

HUMANE WIRTSCHAFT



FREIHEIT
PREISGEBEN

Freiheit durch
Financial Privacy Tax

JP Koning

> 4

Technischer Fortschritt –
Mythen und Irrglaube

Ferdinand Wenzlaff

> 10

USA / China
Vorahnungen von Krieg

Gero Jenner

> 16

„Der Weg des
Westens ist die Kunst“

Liane Dirks

> 35



HUMANE WIRTSCHAFT

Für strukturelle Veränderungen

Die Zeitschrift **HUMANE WIRTSCHAFT** wird vom gemeinnützigen „Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.“ mit Sitz in Essen herausgegeben.

- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist „mehr als eine Zeitschrift“, weil es nicht unser Hauptanliegen ist, alle zwei Monate bedrucktes Papier an Abonnenten zu liefern. Es geht vielmehr darum, **der Idee einer gerechten Bodenordnung und eines nachhaltigen Geldsystems eine Stimme zu geben**. Das geschieht mit Hilfe von Autoren, die jenseits eingefahrenen Denkens Kenntnisse über zukunftsfähige Alternativen vermitteln. Insofern erfüllt die Zeitschrift einen erforderlichen Bildungsauftrag. Unsere regelmäßigen Bezieher sind Botschafter und Möglichmacherinnen. Freundinnen und Freunde, die es für bedeutend und wertvoll erachten, dass wahren Alternativlösungen Raum gegeben wird. Es besteht Interesse daran, die für eine Transformation auf ökonomischem Gebiet unerlässlichen Erkenntnisse weiterzugeben. Meinungsbildungsprozesse sollen mit dem Ziel angestoßen werden, der politischen Umsetzung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Ordnungsrahmens für Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu bereiten.
- Über das reine Abonnement hinausgehend gibt es die Fördermitgliedschaft. Mit ihrer Zeichnung bekunden mittlerweile viele Menschen ihren Willen, für grundlegende Reformen einzustehen und „ihrem“ Medium dabei zu helfen, sie der Realisierung näherzubringen.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist werbefrei, weil wir die Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass jede unserer Ausgaben zu mehr Lesern gelangt, als die nackte Zahl der gedruckten Auflage zum Ausdruck bringt.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** fördert Bildung. Wir reden mit den Menschen auf eigenen Veranstaltungen, ebenso wie auf Kongressen und Konferenzen sonstiger Organisatoren. Wir beteiligen uns an konkreten Projekten und leisten nach Möglichkeit Hilfe, wo immer danach gefragt wird.
- Der Boden ist uns nicht nur im Hinblick auf Ordnungsfragen eine Herzensangelegenheit. Er ist auch das Verbindende zu allen Mitmenschen und der Natur in seiner gesamten Schönheit. Wir stehen zur gleichen Zeit auf ihm. Er nährt uns. Aus „**Humus**“ entstand „**Humanität**“.
- Und weil wir nur gemeinsam mit anderen Menschen zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und intensiverer Kooperation kommen können, wünschen wir, dass Sie uns begleiten:

Gesell
Dich doch dazu

ist die Einladung an alle, die sich für eine humane Wirtschaft einsetzen. Wir wollen Ihr Medium sein!

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <http://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: service@humane-wirtschaft.de oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

Die Seminarreihe „**Wirtschaft und Gesellschaft**“ geht am **1. und 2. September 2018** weiter mit dem Thema:
Herkunft und Zukunft des Ordoliberalismus

und am **20. und 21. Oktober 2018** mit dem Thema:
Sozialwissenschaftliche Überblicke und Querschnittsbetrachtungen

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal. (Details auf S. 28 und S. 29 in dieser Ausgabe und online)
Der Kurs mit Workshop-Charakter wird geleitet von Fritz Andres und David Fiedler vom SffO e. V.

Braucht Nichtpreisgabe einen Preis?

„Alles hat entweder einen Preis, oder eine Würde. Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als Äquivalent gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde.“

Was sich auf die allgemeinen menschlichen Neigungen und Bedürfnisse bezieht, hat einen **Marktpreis**. Das aber, was die Bedingung ausmacht, unter der allein etwas Zweck an sich selbst sein kann, hat nicht bloß einen relativen Wert, d. i. einen Preis, sondern einen inneren Wert, d. i. eine **Würde**.“

Immanuel Kant: Preis und Würde

Als Immanuel Kant das schrieb, konnte er nicht wissen, dass eines Tages Bedeutsames wie das Internet und soziale Medien auf der Bildfläche erscheinen. Bei der Nutzung dieser Fortschrittserrungenchaft tritt Preisgabe von Würde immer deutlicher zutage. Welch ein Wort: preisgeben. Der Duden kennt davon drei Bedeutungsebenen:

1. vor jemandem, etwas nicht mehr schützen; (der Not, Gefahr o. Ä.) überlassen; ausliefern
2. Aufgeben, hingeben; auf etwas verzichten
3. Nicht mehr geheim halten; verraten

Wer heute im Internet Twitter, Facebook, Instagram und vergleichbare Formate nutzt, erfreut sich an einer kostenlosen Gelegenheit zu kommunizieren, sich zu präsentieren und eigene Meinung zu verbreiten. Es wird nur kontinuierlich klarer, dass dieses vermeintliche Geschenk keines ist. Indem man die neuen Medien einsetzt, gibt man nahezu immer Privates preis. Die Verwertungsmaschinerie der Daten, die man durch Teilnahme und Nutzung erzeugt und befeuert, hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Lange Zeit gut funktionierende Geschäftsmodelle, wie Printmedien oder Fernsehen gerieten durch diese Veränderung in Existenzkrisen, weil sie gegen Bezahlung anbieten, was im Internet umsonst zu bekommen ist. Aber im Wirtschaftsleben hat alles seinen Preis. Die Begleichung erfolgt nur auf andere Weise. Der zu bezahlende Preis versteckt sich. Wer auf einem Online-Reiseportal einen Städtetrip erkundet, wird sich anschließend wundern, dass dieses Portal einem auf der zu einem späteren Zeitpunkt genutzten Nachrichtenseite Vorschläge für Unterkünfte in der zuvor gesuchten Stadt präsentiert. Das mag man verblüfft registrieren und hinnehmen. Peinlicher wird es, wenn man wegen Inkontinenzproblemen auf der Suche nach geeigneten Erwachsenen-Windeln war und jemand einem beim Internet-Zeitungslesen über den Rücken schaut. „Du bekommst aber mal interessante Werbung eingeblendet!“

Menschen sehnen sich nach Anerkennung. Wir kommen nicht ohne die Gemeinschaft und das Gefühl aus, gebraucht zu werden und hängen gleichzeitig nicht minder am Alleinsein. Wir müssen in Anonymität abtauchen können, wenn wir es wollen. Rückzugsmöglichkeiten gehören zur Freiheit. Ohne Freiräume, in denen man sich ungezwungen seiner Selbst hingeben kann, fehlt dem Leben Entscheidendes. Die schleichende

Einbuße dieser Freiräume ist eine Begleiterscheinung der unaufhaltsamen Entwicklung der Digitalisierung. Die Preisgabe unserer Anonymität wird durch Dritte in Wert gesetzt, monetarisiert und marktfähig gemacht. Wir bezahlen mit Freiheitsverlust. Das Umsonstsein einer Leistung, die wir gerne annahmen, erweist sich als das Tor in ein Gefängnis, aus dem wir schwer wieder herauskommen. Uns bleibt die Freiheit im Unfreisein.



Eine Lösung dieses Dilemmas könnte darin liegen, dass wir offenbar nicht abwendbare Monetarisierung immer weiterer Bereiche der menschlichen Würde (Kant) als Instrument nutzen und die Anonymität mit einem Preis versehen. Was als Kapitulation vor renditehungrigen Marktkräften erscheint, kann aber der Impuls für grundlegendes Umdenken sein. Darf die Wahrung von Anonymität und Alleinsein etwas kosten? Lässt sich ein Preis zu dem Zwecke einführen, ihn in der Folge unnötig zu machen? Wir müssten sicherstellen, dass die daraus erzielten Einnahmen nicht Einzelnen, sondern der Gemeinschaft zugutekommen. Wem es egal ist, öffentlich durchleuchtbar zu sein, hat keinen Kostenaufwand. Wem Anonymität ein unverzichtbarer Wert ist, der wird geneigt sein, etwas dafür zu geben.

Der Gedanke mag paradox klingen und zum Widerspruch reizen. Aber es könnte der bequemere Weg sein, als sich auf einen eher nicht siegreich zu führenden Kampf gegen die Strukturen des Goldrauchs des 21. Jahrhundert einzulassen. Die nötigen Voraussetzungen müssen gemeinschaftlich, das bedeutet in aller Regel „politisch“ beschlossen und umgesetzt werden.

Am Thema Geld lässt es sich beispielhaft aufzeigen. Das Bargeld gewährleistet Anonymität beim Bezahlen. In Umfragen wird ihr oberste Priorität beigemessen. Man spricht von „geprägter Freiheit“. Sonstige Zahlungsmittel sind überwiegend digitalisiert und unter Verwaltung von privaten Banken und Finanzdienstleistern. Die unkontrollierbare Privatheit führen Experten als Argument für eine Abschaffung von Geldscheinen an, weil dadurch Steuerhinterziehung und Kriminalität Vorschub geleistet werde. Die Folgen der kriminellen Nutzung vermindern oder ausmerzen, ohne das Bargeld abschaffen zu müssen, wäre der Königsweg. Mit einer Steuer als Preis für Anonymität ließe sich das erreichen. Wie genau das funktionieren könnte, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Herzlich grüßt Ihr

Andreas Zangemann

INHALT



Adressdaten unserer Geschäftsstelle:
HUMANE WIRTSCHAFT
 Luitpoldstr. 10
 91413 Neustadt a. d. Aisch
 Tel.: (09161) 87 28 672
 Fax: (09161) 87 28 673
 E-Mail: service@humane-wirtschaft.de

Steuer als Alternative zur Bargeldabschaffung 4 *JP Koning*

Bargeld bietet Anonymität beim Bezahlen. Sie ist von Ehrlichen und Kriminellen gleichermaßen hochgeschätzt. Es gibt einen Weg, wie die Abschaffung von Geldscheinen verhindert und dennoch dunkle Geschäfte vermindert werden können.

Von links nach rechts, von rechts nach links: So stimmt's. 8 *Jörg Güde*

Die Aufforderung zur persönlichen politischen Einordnung hat oft langwirkende Folgen. Wie lassen sich die Pendelschläge von Wählerverhalten erklären? Pendeln die Parteien selbst auch?

Technischer Fortschritt, Arbeitsfreisetzung 10 *Ferdinand Wenzlaff*

In unserer Wirtschaft wird automatisiert, digitalisiert und robotisiert. Der Gedanke eines Schlaraffenlandes lebt, in dem Maschinen und Softwareprozesse die Menschheit von Lohnarbeit freistellen, obwohl vieles dafürspricht, dass es sich um einen unerreichbaren Zustand handelt.

Virtuelle Ausstellung eröffnet 15 *Gerhard Senft*

Die Freiwirtschaft hat viele Spuren hinterlassen. Eine virtuelle Ausstellung in Österreich richtet Schlaglichter auf die Vielfalt der Entwicklung.

Vorahnungen von Krieg 16 *Gerò Jenner*

Leben wir in Zeiten großer Machtverschiebungen? „Strafzölle“ und von Medien als „Handelskriege“ bezeichnete wirtschaftliche Störungen haben erhebliche internationale Spannungen ausgelöst. Schlittern wir kriegerischen Zeiten entgegen?

100 = 75 – Lehrreiches aus Afrika 19 *Redaktion*

Ist es möglich, dass man für einen gültigen 100 US-Dollarschein nur 75 Dollar bekommt? Beim Geld herrschen in Afrika andere Gepflogenheiten als im Rest der Welt

Eden wachgeküsst? 20 *Dietrich Heißenbüttel*

Eine Lebensreform-Siedlung feiert ihr 125-jähriges Bestehen und beweist. Reform bedeutet auch, sich immer wieder neu erfinden.

Japanisches Fernsehen im Archiv in Oldenburg 24 *Hinweis der Redaktion*

Ein öffentlich-rechtlicher Fernsehsender interessierte sich für die Freiwirtschaft, Silvio Gesell und Regionalwährungen.

Termine 2018 25 *Unsere Termine, wie immer in der Heftmitte.*



30



35



JA zu allem Leben

38

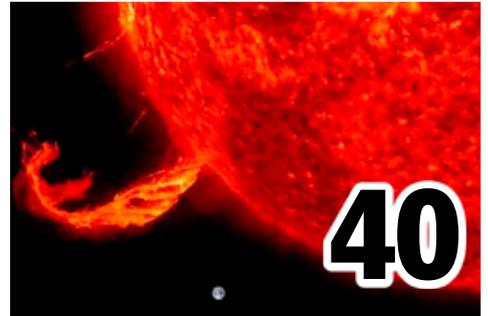


32

TITELBILD:

**DER FREIHEIT EINEN
PREIS GEBEN!**

Idee: Andreas Bangemann
0x71559467bFAab47270f048F29D2F0Afe41fbc743
Umsetzung: Martin Bangemann
0x3D5D58dAA55FeE1f7e4451Ca9A26c00Cc045f46E



40

62. Mündener Gespräche **26**
Termine, wie immer in der Heftmitte.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ **28**
Terminhinweis

Teil 7 und 8 des erfolgreichen Angebots runden die erfolgreiche Reihe ab. Jetzt anmelden!

Das „Wir“ zerbröckelt **30**
Pat Christ

Die Zeiten sind von zunehmenden Spaltungen geprägt. In Zeiten populistischer Extrempositionen klingt der politische Ruf nach einem „neuen Zusammenhalt für unser Land“ wie ein hilfloser Versuch, über lange Jahre entstandene Probleme zu übertünchen.

Alles muss schnell gehen **32**
Karl-Heinz Brodbeck

Wer würde es nicht gerne werden, gelassener? Aber wie nur, in Zeiten, die nur Beschleunigung zu kennen scheinen?

Der Weg des Westens ist die Kunst **35**
Liane Dirks

Die Balance finden zwischen der menschlichen Innenwelt und jenem Außen, das uns zwingt, Gefühle zu unterdrücken, könnte über den Weg der Kunst gelingen.

„Pago en especie“ **37**
Redaktion

Gibt es ein Land, das Steuerzahlungen nicht in Geld, sondern in Naturalien akzeptiert? Aber ja!

„Ohne mich hätten sie's leichter gehabt“ **38**
Christoph Rinneberg

Der beständige Störenfried hielt seine letzte kritische Rede bei der Deutschen Bank.

Kernfusion – Lösung des Energieproblems? **40**
Elmar Klink

Vom Regen in die Traufe? Ein Blick auf eine weitere, nicht beherrschbar erscheinende Technologie.

Die Standhafte **43**
Sven Giegold und Gerhard Schick

Und noch ein Jubiläum! 20 Jahre Europäische Zentralbank.

Lesermeinung **44**
Tristan Abromeit

Ein Freiwirtschaftsgeist alter Schule übt Kritik und klärt auf.

Impressum – Kontakt – Shop **48**

Steuer als Alternative zur Bargeldabschaffung

JP Koning

Deutsche Übersetzung von Andreas Bangemann

Banknoten von hohem Nominalwert sind in internationalen Fachkreisen in der Diskussion.

Strittig ist eine wichtige Eigenschaft des Bargelds, die sowohl positiv, wie negativ bewertet werden kann: Die Anonymität beim Bezahlen. Einiges spricht dafür, eine Trennung innerhalb der Geldpolitik vorzunehmen, die im Ergebnis sinnvolle Maßnahmen in Bezug auf die Anonymität von Bargeldzahlungen zulässt, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten.

JP Koning plädiert für eine Steuer auf Bargeld, anstelle der Abschaffung.

Einleitung der Redaktion

Ken Rogoff fordert bekanntlich ein Verbot von Banknoten mit hohem Wert, um gegen Steuerhinterziehung und Kriminalität vorzugehen. Aber anstatt Geldscheine bestimmter Größen komplett zu verbieten, könnte man auch einen marktbezogenen Ansatz verfolgen, indem man eine Steuer einführen würde. Neben weiteren Vorteilen gäbe eine Steuer den Menschen Flexibilität. Es bliebe ihnen überlassen, bezüglich der Einschränkung der Verwendung von Geldscheinen den für sie billigsten Weg zu finden. Ein vergleichbares Verfahren hat man auch gewählt, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Warum also diesen steuerlichen Weg nicht auch bei Banknoten gehen?

Mein Beitrag für das „Sound Money Project“^[1] hinsichtlich der Einführung von Preisen für den Vorteil finanzieller Anonymität befasste sich mit dieser Idee. Die Eigenschaft der Anonymität von Banknoten ist sowohl „gut“ als auch „schlecht“. Menschen haben eine legitime Nachfrage nach einem finanziellen Schutzraum; einer sicheren Zone, in der weder Freunde, Familie, Regierung noch andere Dritte sehen können, was sie kaufen oder verkaufen. Heutzutage ist Bargeld der einzige Weg, dies zu gewährleisten.

Jedoch kann dieser Schutzraum für Steuerhinterziehung missbraucht werden. Die daraus resultierende Finanzierungslücke zwingt die ehrliche Steuerzahlermehrheit dazu, einen höheren als ihren gerechten Anteil für staatli-

che Dienstleistungen zu bezahlen. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Die Financial Privacy Tax^[2]

Eine Möglichkeit, dieser Ungerechtigkeit zu begegnen, besteht darin, den Preis der Banknotennutzung so anzuheben, dass damit die Kosten des Verlusts durch Steuerhinterzieher kompensiert werden. Mit einer Steuer auf Banknoten, nennen wir es eine „Financial Privacy Tax“, lässt sich das erreichen. Sie internalisiert externe Kosten, bzw. den finanziellen Schaden, der anderen zugefügt wird.

Interessanterweise gibt es diese Steuer bereits. Für jede von ihr ausgegebene Banknote erhält eine Zentralbank normalerweise ein risikoloses, verzinsliches Wertpapier in ihren Bestand. In einem freien Markt würde dieser so von der Zentralbank eingenommene Zins den Inhabern von Banknoten zugutekommen, zum Beispiel durch die Einführung von Lotterien zugunsten von Seriennummern auf den Banknoten. Anstatt die vereinnahmten Zinsen umzuverteilen, behält die Zentralbank sie jedoch zurück. Der Betrag, den sie einbehält, stellt gewissermaßen die Financial Privacy Tax dar.

In Kanada zum Beispiel beträgt der Tagesgeldsatz (overnight interest rate) der-

zeit 1,25%.^[3] Da der Zins einer Banknote bei 0% liegt, behält die Bank of Canada \$ 1,25 Zinszahlungen für jede 100-Dollar-Note ein. Auf diese Weise wird ein banknotennutzender Kanadier effektiv mit 1,25 C\$ pro verwendetem 100-Dollarschein besteuert. Wer die Steuerpflicht vermeiden will, zahlt die Banknote auf ein Bankkonto und spart dadurch 1,25% pro Jahr. Aber sobald man das tut, gibt man seine finanzielle Privatsphäre auf.

Zinsen als Instrument der Geldpolitik

Gegenwärtig sind derlei Steuern auf Banknoten nicht bewusst als Beitrag zum Schutz der Anonymität beim Bezahlen gedacht. Damit meine ich, es ist nicht so, dass Zentralbanker sich an einen Konferenztisch gesetzt hätten und intensiv über die Kosten und Vorteile der Anonymität nachgedacht hätten, um die Höhe der Steuer bestmöglich auszutarieren. Sie ergab sich vielmehr zufällig. Historisch betrachtet nehmen Notenbanker einfach an, dass man für Banknoten niemals einen anderen Zins als 0% erzielen kann. (Genau justierbare Zinssätze für Geldscheine, sowohl positive als auch negative, sind tatsächlich ziemlich einfach zu verwirklichen, wie ich zeigen werde). Das bedeutet, dass die Privacy Tax stets so hoch ist wie der zuletzt festgelegte Tagesgeldsatz.

Der Tagesgeldsatz ist indessen Ausdruck eines völlig anderen Denkprozesses: der Geldpolitik. Die Zentral-

1 <https://www.aier.org/article/sound-money-project/pricing-anonymity-banknotes>

2 Anm. d. Red.: Sehr frei könnte man diesen englischen Begriff mit „finanzielle Privatheitssteuer“ übersetzen. Ich bleibe in der Folge auch in der deutschen Übersetzung beim englischen Begriff. Von JP Koning gemeint ist jedenfalls eine Steuer, deren Höhe den Preis bestimmt, der für die Wahrung der Anonymität beim Bezahlen, zu entrichten ist. Die Anonymität selbst wird dadurch in Wert gesetzt. Und weil es sich beim Geld um eine öffentliche Einrichtung handelt fließen die Einnahmen der Staatskasse in Form einer Steuer zu.

3 Anm. d. Red.: Der „Hauptrefinanzierungssatz“ der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt derzeit bei 0%, der „Spitzenrefinanzierungssatz“, der im Übernachtsgeschäft zum Einsatz kommt liegt bei 0,25%

banker pendeln den Tagesgeldsatz nach oben oder unten, um das von ihnen gewählte Inflationsziel zu erreichen. Das Problem dabei ist, dass zwei separate Entscheidungen zusammengezwungen werden. Die Höhe, in der die Zentralbank ihre *Financial Privacy Tax* festsetzt, ist zu einem schlecht durchdachten Nebenprodukt ihrer gewählten makroökonomischen Politik geworden.

Hier ein Beispiel für dieses Durcheinander: Wenn die *Bank of Canada* beschließt, die Geldpolitik morgen durch eine Erhöhung ihres Zinssatzes von 1,25 % auf 1,5 % zu straffen, hat sie gleichzeitig eine davon völlig abgetrennte Entscheidung getroffen, nämlich die *Privacy Tax* auf Banknoten um 0,25 % zu erhöhen. Aber während die geldpolitische Entscheidung von einer Fülle von Daten und Berechnungen geleitet wird, ist die Erhöhung der *Privacy Tax* rein willkürlich – kein logischer Gedanke hat eine Erhöhung gerechtfertigt. Man hat vollendete Tatsachen geschaffen.

Betrachten wir es noch aus einem anderen Blickwinkel. Nehmen wir an, dass die *Bank of Canada* festgestellt hat, dass es angemessen wäre, die *Financial Privacy Tax* um 0,25 % zu erhöhen. Mit seinen derzeitigen Werkzeugen kann sie dies nur erreichen, indem sie den Tagesgeldsatz um 0,25 % erhöht. Aber diese Straffung der Geldpolitik könnte möglicherweise die gesamte Wirtschaft ins Trudeln bringen, um ein völlig anderes politisches Ziel zu erreichen, nämlich die angemessene Besteuerung der Privatsphäre.

Es gibt keinen guten Grund dafür, die beiden Entscheidungen nicht voneinander zu trennen. Das Instrument, das es den Zentralbankern ermöglichen würde, dies zu tun, ist die Befähigung, positive und negative Zinssätze für Banknoten festzusetzen. Ich habe weiter oben von Lotterien der Seriennummern gesprochen, mit deren Hilfe positive Zinsen ausbezahlt werden könnten. Im Weiteren werde ich eine Möglichkeit erörtern, wie negative Zinsen bezahlt werden können. Um zu erkennen, wie diese Instrumente geldpolitische Entscheidungen erfolgreich von jenen der *Privacy Tax* trennen könnten, kehren wir zu unserem vorherigen Beispiel zurück. Sollte die *Bank of Canada* den Tagesgeldsatz aus geldpoli-

tischen Überlegungen von 1,25 % auf 1,5 % erhöhen, will aber die *Financial Privacy Tax* nicht ändern, dann könnte sie gleichzeitig den Zinssatz für Banknoten von 0 % auf 0,25 % erhöhen. Die ursprüngliche Steuer von 1,25 % bliebe dadurch für den Geldscheinbesitzer intakt. Er erhält die Erhöhung der Steuer durch die 0,25 % Zinsen auf seine Scheine ersetzt.

Umgekehrt würden diese Instrumente es ermöglichen, die *Privacy Tax* zu erhöhen oder zu senken, ohne eine potenziell schädliche Änderung der Geldpolitik auszulösen. In unserem Beispiel würde die *Bank of Canada*, um die *Privacy Tax* von 1,25 % auf 1,5 % zu erhöhen, bei gleichzeitigem konstant Halten des Tagesgeldsatzes, den Zinssatz für Banknoten von 0 % auf -0,25 % ändern. Dadurch werden Besitzer von Banknoten mit 1,5 % pro Jahr besteuert, wovon 1,25 % auf den entgangenen Tagesgeldsatz entfallen und der andere Teil der 0,25 %-ige Negativzinssatz ist. Dies würde ohne eine Verschärfung oder Lockerung der Geldpolitik erreicht.

Damit hätten wir Grundlegendes erreicht: Geldpolitische Entscheidungen wären von jenen zur *Privacy Tax* getrennt. Der Vorteil, diese beiden Denkprozesse aufteilen zu können, besteht darin, dass es fortan möglich ist, genauestens darüber nachzudenken, welches der richtige Steuersatz für die Privatsphäre sein sollte.

Die Feineinstellung



Ob die Steuer auf Banknoten ausreichend hoch ist, bleibt eine stets zu klärende Frage. Erinnern wir uns daran, worin das zu lösende Problem besteht: Eine kleine Gruppe von Bürgern bezahlt ihren gerechten Anteil an den Steuern nicht, indem sie die Nicht-Nachverfolgbarkeit von Banknoten ausnutzt. Die von der *Bank of Canada* derzeit auferlegte Steuer von 1,25 % pro Jahr auf Banknoten reicht möglicherweise nicht aus, um den Schaden auszugleichen, den diese Nicht-Nachverfolgbarkeit für alle anderen darstellt. Vielleicht braucht es dafür zwei Prozent Steuer auf Banknoten, oder gar fünf oder zehn Prozent.

Nehmen wir an, wir haben die kanadische *Financial Privacy Tax* von 1,25 % auf 5 % erhöht. (Im Moment brauchen wir uns nicht so sehr darum kümmern,

wie die Steuer erhoben wird. Ich werde darauf noch eingehen). Ein ungünstiger Nebeneffekt ist, dass legale Nutzer von Banknoten – Leute ohne Bankkonto oder solche, die aus persönlichen Gründen Geld halten wollen, ohne kriminelle Steuerhinterziehungs-Interessen zu verfolgen – dadurch in einem Steuernetz gefangen sind, das es im Grunde auf illegale Nutzer abgesehen hat. Das scheint nicht sehr fair zu sein. Könnte es einen genauer abgestimmten Mechanismus geben, mit dem wir Gauner besteuern können, während wir Ehrliche verschonen?

In seinem umstrittenen Buch über das Verbot von Banknoten mit hohem Nennwert gibt Ken Rogoff den entscheidenden Hinweis. Basierend auf der Annahme, dass die kriminelle Verwendung von Geldscheinen weitgehend auf Banknoten mit hohem Nennwert beschränkt ist, schlägt er vor, dass nur 100-Dollar-, 50-Dollar- und vielleicht 20-Dollar-Noten verboten werden sollten. Wir wollen hingegen keine Abschaffung, sondern lediglich eine Steuer. Wenn Rogoffs Vermutung in Bezug auf die kriminelle Verwendung stimmt, dann hätte man mit Hilfe einer gestaffelten Steuer auf Banknoten eine bessere Alternativmöglichkeit, als mit einer pauschalen Steuer. Die hohen Nennwerte würden stärker belastet als die niedrigen.



Derzeit besteuern alle Zentralbanken die gesamte Palette der Banknotennennwerte zum gleichen Satz. Im Falle Kanadas belastet der derzeitige Steuersatz (der Tagesgeldzins) von 1,25 %, die 1.000 Kanada-Dollarnote (C\$) (in Kanada gibt es tatsächlich 1.000-Dollar-Noten), in relativ gleicher Höhe wie 100-Dollar- oder 10-Dollar-Scheine. Für 1.000 C\$ sind das 12,50 C\$ pro Jahr. Aber ein 1.000-Dollarschein eignet sich weit besser zur Steuerhinterziehung, weil er bessere Anonymitätsdienste pro Gramm leistet als eine 10-Dollar-Note. Zumindest ist eine Tasche voller Zehnersperrig und deutlich erkennbar, ein Umschlag mit ein paar 1.000-Dollar-Scheinen hingegen nicht.

Angesichts der übergroßen Anonymität, die durch 1.000-Dollar-Scheine bereitgestellt wird, wäre es angebracht, den Steuersatz von 1,25% auf 10-Dollar-Scheine zu belassen, hingegen jenen auf 1.000 C\$-Dollar auf beispielsweise 12,5% zu erhöhen. Einen Steuerhinterzieher, der einen 1.000-Dollar-Schein besitzt, würde die Steuer dann mit 125 US-Dollar statt nur 12,50 US-Dollar belasten, während ein regulärer Nutzer, der nur ein paar 10-Dollar-Scheinen hat, keiner Erhöhung der banknotenbezogenen Steuern ausgesetzt wäre. (Es könnte sogar eine gute Idee sein, die Steuer auf kleine Banknoten auf Null zu reduzieren.) Durch die Erhöhung der Steuer auf Banknoten mit hohem Nennwert erschließt die *Bank of Canada* eine zusätzliche Einnahmequelle. Das bedeutet, dass zumindest ein Teil der durch Steuerhinterziehung verursachten Einkommenslücke nun geschlossen und der Schaden behoben werden kann, der ehrlichen Steuerzahlern zugefügt wird.

Wie könnten wir die Anhebung der Financial Privacy Tax für Banknoten mit hohem Nennwert umsetzen?

Die Zentralbanken verfolgen derzeit eine Politik, wonach die Wechselkurse für verschiedene Notenwerte immer konstant bleiben. Ein 10-Dollar-Schein ist immer in 10 Ein-Dollar-Scheine umtauschbar, und ein 100-Dollar-Schein in zehn 10-Dollar-Scheine. Das müsste nicht so bleiben.

Um die Steuer einzuführen, könnten die Zentralbanken damit beginnen, den Wechselkurs zwischen den Banknoten zu variieren. Nehmen wir die USA als Beispiel. Anstatt die 100-Dollar-Note zum Nennwert zurückzunehmen, würde die Federal Reserve (*Fed*) den Kurs, zu dem sie die 100-Dollar-Note einlöst, langsam reduzieren. Dieser stufenweise Preisverfall von Einhunderter-Scheinen würde in Form eines Verlustes für die Nutzer an die Öffentlichkeit weitergegeben werden, wobei dieser Verlust als Steuer funktionieren würde.^[4]

⁴ Einen ähnlichen Vorschlag machte 2013 auch Miles S. Kimball, allerdings nicht mit dem Aspekt auf den Privatsphärenschutz beim Bargeld, sondern in Bezug auf den Umgang mit Negativzinsen. Sein Aufsatz „Negative Interest Rate Policy as Conventional Monetary Policy“ wurde 2016 in deutscher Übersetzung in der Zeitschrift für Sozialökonomie Heft 188/189 nachgedruckt: <https://tup.de/ZFS0e-188-189>

Zum besseren Verständnis will ich ein konkretes Beispiel durcharbeiten. Nehmen wir an, dass die *Fed* eine zusätzliche 5% ige *Financial Privacy Tax* auf die 100-Dollar-Note erheben will, aber nicht auf andere Scheingrößen. Die *Fed* setzt den 31. Dezember 2018 als den letzten Tag fest, an dem sie einen 100-Dollar-Schein einlösen wird und zwar entweder für:

- eine 100-Dollar-Einlage bei der Zentralbank oder
- Scheine im Wert von \$ 100 in den Dollargrößen Einer, Fünfer, Zehner, Zwanziger und / oder Fünfziger. Am ersten Tag der neuen Richtlinie, dem 1. Januar 2019, kann ein 100-Dollarschein für ein kleines bisschen weniger, sagen wir 99,93 Dollar, eingelöst werden. Tägliche Reduzierungen werden fortgesetzt, so dass die *Fed* den Kurs bis Ende 2019 um 5% auf 95 US-Dollar gesenkt haben wird.

Das bedeutet: Wenn man am 31. Dezember 2019 eine Banknote in Höhe von \$100 bei einer Bank einzahlt, in der Folge die Bank besagte Note bei der *Fed* (Zentralbank) einzahlt, dann schreibt die *Fed* der Bank lediglich \$ 95 gut, keine \$100. In Erwartung dessen hätte man als Kunde von der Bank bei der ursprünglichen Einzahlung nur \$ 95 gutgeschrieben bekommen. Voilà, die *Financial Privacy Tax* ist einbehalten. Jeder, der eine 100-Dollar-Note für einen bestimmten Zeitraum hält, bezahlt umgerechnet eine jährliche Steuer von

5%. Wer andererseits zwanzig 5-Dollar-Scheine hält, vermeidet die Steuer.

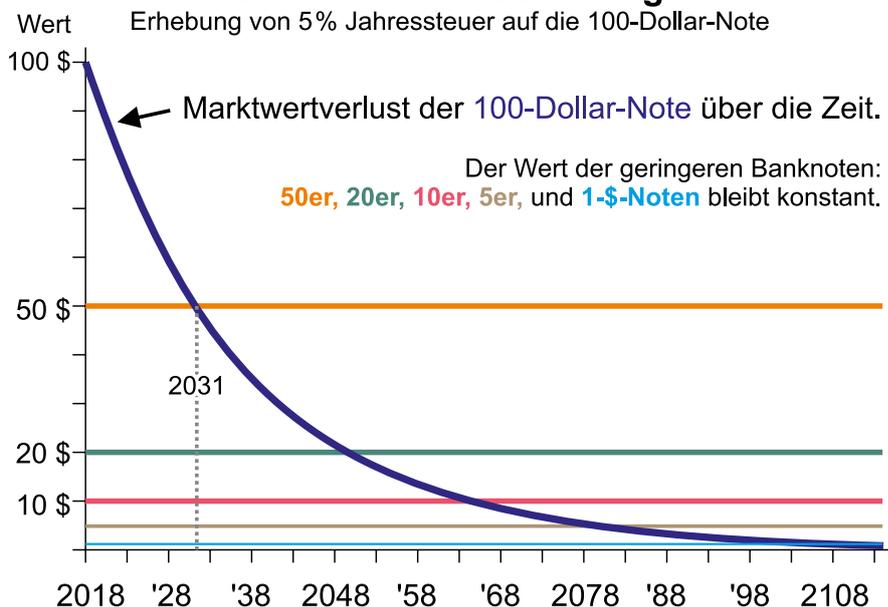
In Fortsetzung unseres Beispiels wird die Rückzahlungsrate der *Fed* bis Ende 2020 um weitere 5% auf 90,25 USD fallen. Ende 2021 würden die 100 Dollar noch 85,74 Dollar wert sein, und so weiter.

Im Laufe der Zeit wird die Sache etwas skurril. Bis zum Jahr 2031 wird der Marktwert besagten 100 US-Dollar-Scheins unter den der 50-US-Dollar-Note gefallen sein, und bis zum ersten Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts wird sie weniger wert sein als 1 US-Dollar. Um diese Wertumkehrung und die damit verbundene Verwirrung zu verhindern, wird die *Fed* irgendwann – sagen wir 2026 – die alte Version der 100-Dollar-Noten für ungültig erklären und eine neue 100-Dollar-Note einführen, deren Marktwert wieder 100 Dollar ist. Danach beginnt der ganze Prozess der stetigen Reduktionen von neuem.

Zum besseren Verständnis hier noch einmal eine Zusammenfassung

Die Anonymität, die Bargeld beim Bezahlen bietet, wird oft missbraucht. Warum sollte man jedoch nicht – anstatt Geldscheine (oder Bargeld insgesamt) abzuschaffen – die Täter besteuern? Wir wären dadurch nicht gezwungen, einen völligen Neuanfang (ohne Bargeld) mit ungewissen Folgen zu vollziehen. Die Rendite auf Banknoten ist 0%,

Steuer statt Abschaffung



wenn die Tagesgeldsätze positiv sind, dementsprechend greift bereits heute eine *Financial Privacy Tax* auf Banknoten. Leider setzen die Zentralbanken diese Steuer willkürlich fest, als ungeplantes Nebenprodukt der Geldpolitik. Neue Instrumente zur Erhöhung / Verringerung der Banknotenrendite könnten eine Trennung der beiden Entscheidungsprozesse erleichtern. Diese Werkzeuge könnten verwendet werden, um eine höhere Steuer auf Banknoten mit großer Stückelung zu erheben, während kleinere Banknoten unversteuert bleiben, wobei die wahren Kosten der Anonymität erstmals gebührend berücksichtigt würden.

Nachtrag

Wer sich für das Thema interessiert, dem sei ein guter Beitrag von David Birch zum *Crime Pays System* oder *CPS* von Austin Houldsworth^[5] nahegelegt. Darin steckt eine augenzwinkernd vorgetragene Bedeutsamkeit:

„Während dieses Vortrags schlug Herr Rogers das ‚Crime Pays System‘ (CPS) vor. Bei diesem System würden digitale Zahlungen entweder ‚hell‘ oder ‚dunkel‘ durchgeführt. Der Standardtransaktionstyp wäre ‚hell‘ und für die Nutzer kostenlos. Alle Transaktionshistorien würden in einen öffentlichen Raum hochgeladen (man könnte hierfür die Bitcoin-Blockchain in Erwägung ziehen), die es jedem erlauben würde, die Transaktionsdetails einzusehen. Diese Art der Trans-

5 <https://banknxt.com/61890/cashless-society/>

aktionen soll ein Milieu sozialer Verantwortung fördern.

Der alternative Transaktionstyp wäre ‚dunkel‘. Bei dieser Option würde man mit Hilfe fortschrittlicher kryptografischer Techniken die Zahlung völlig unsichtbar machen, so dass keine Spur des Austauschs zurückbleibt und dadurch alle Transaktionen anonymisiert werden. Eine kleine Abgabe in Höhe von ungefähr 10-20 % würde pro Transaktion gezahlt werden müssen. Der ‚Dark Exchange‘ (die dunkle Transaktion) würde die Privatsphäre für persönliche Finanzen zu einem angemessenen Preis bieten.

Die Einnahmen aus der Nutzung dieses Systems würden von der Regierung dafür verwendet werden, den Verlust an Steuern durch die Schattenwirtschaft auszugleichen.“

Eine ebenfalls lohnende Quelle ist Josh Hendricksons jüngstes Papier *„Breaking the Curse of Cash“* (geschrieben mit Jaevin Park)^[6]. Es ist ein ziemlich technisches Papier, aber es untersucht ein Modell, in dem Münzen und Papiergeld zirkulieren, wobei Münzen eine Belastung für die illegalen Geschäfte von Kaufleuten darstellen, weil sie Lärm machen, was wiederum zur Aufdeckung der illegalen Geschäfte führt.

„Wenn illegale Kaufleute der Gesellschaft externe Belastungen aufzwingen, kann die Regierung durch Festlegung niedriger

6 <https://ssrn.com/abstract=3160989>

Renditen beim Papiergeld und hoher Renditen für die Nutzung von Münzen legaler Händler eine Seignorage von den illegalen Händlern generieren. Damit ist der Umfang des illegalen Handels reduziert, während der Umfang des legalen Handels zunimmt. Dies ist eine Standardlösung für ein Externalisierungsproblem.“

Zum hier vorliegenden Aufsatz fühlte sich der Autor angeregt durch seinen deutlich kürzeren eigenen Beitrag zum „Sound Money Projekt“, der auf den Seiten des „American Institute for Economic Research“ (AIER) erschien. Siehe: <https://t1p.de/Koning-AIER>

Link zum Beitrag von JP Koning in englischer Sprache auf seinem Blog „Moneyness“: <http://t1p.de/Moneyness-tax-not-ban>

Zum Autor

JP Koning, B.A. Economics



Er schreibt über Finanzen und ist Blogger mit Interesse an Geldsystemfragen der Wirtschaft, Wirtschaftsgeschichte, Finanzen allgemein und „Fintech.“ Er arbeitete als Wissenschaftler bei einem

kanadischen Finanzbroker und als Finanzautor und Herausgeber bei einer großen kanadischen Bank. In jüngster Zeit verfasste er verschiedene Papiere für R3, einer „distributed ledger company“ (dezentrale Datenbanken), zu Themen Zentralbank-Kryptowährungen und grenzüberschreitende Zahlungen. Er gründete 2012 den beliebten Blog „Moneyness“. Er gestaltet Wirtschafts- und Finanzcharts für „Financial Graph & Art“.

Koning erhielt den *Bachelor of Arts* in Wirtschaftswissenschaften an der McGill University.

Blog: <http://jpkoning.blogspot.com/>

Steffen Henke: **„Fließendes Geld für eine gerechtere Welt – Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat“**

Tectum Verlag 2017, Paperback, 464 Seiten mit 44 Abbildungen, ISBN 978-3-8288-4023-2

€ 39,95 http://shop.humane-wirtschaft.de/Henke_FG

Wir brauchen ein anderes Geldsystem, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern wollen. Umweltzerstörung, Demokratieverlust und extreme soziale Ungleichgewichte sind unter anderem schädliche Wirkungen des bestehenden Geldsystems. Eine bessere Alternative existiert, doch sie ist noch zu wenig bekannt: Fließendes Geld.

Dieses Buch versucht den Spagat zu schaffen, einerseits in die inhaltlichen Tiefen vorzudringen, andererseits eine Verständlichkeit zu liefern, so dass es für alle Leserinnen und Leser geeignet sein soll, die sich mit dem Thema beschäftigen möchten. Der Au-

tor ist fest davon überzeugt, dass wir Menschen auch beim Geld zu neuen Wegen finden müssen.

Veränderungen im Geldsystem sind wegen gegebener Machtstrukturen nur dann erzielbar, wenn breite Bevölkerungsschichten dem Wandel zustimmen und ihn unterstützen. Dazu muss der seit Jahrzehnten stattfindende Erkenntnisprozess deutlich an Fahrt gewinnen. Geld greift mit hoher Intensität in so gut wie alle Bereiche unseres Lebens ein. Neuerungen beim Geld bringen deshalb hervorragende Potenziale für fast alle Gebiete, wie den



Schutz der Natur, die Verbesserung demokratischer Strukturen oder den Frieden. Ziel muss es sein, dass der Mensch nicht dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient.

Stimmen zum Buch auf <http://www.neuesgeld.net/>

Von links nach rechts, von rechts nach links: So stimmt's.

Die Behauptung, die hier aufgestellt und durch historische Erfahrungen und Beispiele belegt werden soll, lautet: Parteien und Regierungen müssen ursprünglich linke politische Positionen räumen und diese einem Realitätstest unterziehen, indem die Bewegungsrichtung politisch nach rechts verläuft, um anschließend Erfolg zu haben bei einer Neuorientierung nach links. Erfolgt keine Pendelbewegung nach links, so kann und wird langfristig der politische Erfolg ausbleiben. Umgekehrt: Wenn eine anfänglich linke Position nicht dem Realitätstest auf Machbarkeit und Anpassung nach rechts unterzogen wird, ist oftmals der Machtverlust die Folge.

.....

Betrachten wir die CDU, eine Neugründung einer bürgerlichen Partei nach dem 2. Weltkrieg, die teilweise an die Traditionen der Zentrumspartei anknüpfte. Das berühmte, unter heutigen Mitgliedern der Partei eher berüchtigte Ahlener Programm der Partei, ist für seine linke, fast marxistische Position der Verstaatlichung der Schwerindustrie (Kohle und Stahl) bekannt. Unter den Bundeskanzlern Adenauer und Erhard entwickelte sich die Regierungspolitik der CDU im Sinne einer Läuterung durch Regierungsverantwortung und Realitäten nach rechts, bis sie für Erstarrung und Konservatismus stand, für die Erhard das Bild einer formierten Gesellschaft fand, während in den USA unter John F. Kennedy eine Liberalisierung, Modernisierung und Demokratisierung einsetzte. Die CDU verlor die Macht, weil sie es versäumte, dem Zeitgeist zu folgen und die Gegenbewegung von rechts nach links auszulösen. Für die Überwindung der ersten großen Rezession bot sie der SPD die Regierungsbeteiligung in einer großen Koalition an.

Betrachten wir die SPD. Ursprünglich eine linke, fast schon marxistische Partei, fand sie in der Weimarer Republik den Weg nach rechts durch die und während der Übernahme der Regierungsver-

antwortung. Links von ihr bewegten sich Kommunisten und die Abspaltung der USPD. In der Spätphase der Weimarer Republik wurde sie in den Augen der Wähler zur Stütze eines immer weiter nach rechts und zum Sozialabbau neigenden Systems (Brünning'sche Notverordnungen). Die Präsidentschaftskandidatur des greisen und rechten Kandidaten Hindenburg (gegen Hitler) unterstützte die Sozialdemokratie. Die Gegenbewegung nach links blieb aus oder war dem Wähler nicht ersichtlich. Aus diesem Grunde machten KPD und auch Nationalsozialisten der SPD Wähler streitig. Ebenso wenig wie die SPD schaffte es auch die Zentrumspartei, wieder nach links auszuweichen.

Nach dem 2. Weltkrieg begann die SPD wieder weiter links. Der Realitätstest war vernichtend: Mit dem Wahlkampfmotto „Keine Experimente“ gewann Adenauer für die CDU 1957 die absolute Mehrheit in der Bundestagswahl. Mit der großen programmatischen Reform der SPD im Godesberger Programm 1959 wurden marxistische Anklänge fallen gelassen. Die Partei bewegte sich nach rechts und gewann langsam, aber sicher Wähler aus der bürgerlichen Mitte hinzu. Auch konnte die SPD durch ihre Regierungsbeteiligung in der großen Koalition ihr Verantwortungsbewusstsein beweisen. Mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt zeigte sie deutlich auf, dass sie bereit und willens war, selbst die Wegstrecke klar nach links zu gehen. Unsere Bewegungslehre findet hier ihre positive Bestätigung.

Was kam dann? Als Kanzler verabscheute Willy Brandt den Realitätstest und die Anpassung nach rechts. „Die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen“, war so ein Satz, der bei den Entscheidungsträgern der Wirtschaft nicht so gut ankam. Elf Prozent Lohnerhöhung im Öffentlichen Dienst war ein Fakt, der der Wirtschaft und den Arbeitgebern schadete. Als Kanzler ist Brandt dann wohl auf Betreiben Wehners und Schmidts zum Rück-

Versuch einer politischen Bewegungslehre.

Jörg Gude

tritt gedrängt worden, wahrscheinlich aus Sorge um die Wirtschaft(spolitik) und nicht wegen der Enttarnung des DDR-Spions Günther Guillaume. Willy Brandt hat als Regierungschef den Realitätstest mit einer erforderlichen Bewegung zunächst nach rechts nicht durchgeführt, sondern sich ihm verweigert. Also so gesehen, bewahrheitet sich auch hier der Ausgangssatz.

Sein Nachfolger Helmut Schmidt steht geradezu als Personifizierung für staatsmännischen Realismus und unterzog sich dem Realitätstest geradezu bereitwillig. Den Weg später nach Konsolidierung der Macht nach links zu gehen, wollte und vermochte er jedoch nicht. „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“ war ein Schmidt'scher Ausspruch, gerichtet an den linken Flügel seiner Partei. Die FDP trieb die SPD nach rechts vor sich her, proklamierte mit dem Lambsdorff-Papier eine sogenannte „geistig-moralische Wende“ und verhalf der CDU zur Regierungsmacht.

Die FDP wiederum, die lange Zeit nicht zu Unrecht als liberaler Korrekturfaktor gegenüber CDU oder SPD auftrat, um aus ihrer Sicht Schlimmeres zu verhindern, ging so weit nach rechts, dass sie heute nicht mehr die Kraft und das Personal hat für eine Wende zu einer linksliberalen Bürgerrechtspartei. Ein Aussetzen aus dem Bundestag bei den vorletzten Parlamentswahlen war die Folge.

Wir wollen noch einmal zeitlich zurückgehen und auch Politiker und Bewegungen betrachten, die nicht oder nicht unbedingt als links einzustufen sind. Wie steht es mit der NSDAP, dem Namen nach eine auch sozialistische und Arbeiterpartei? Nach der nationalsozialistischen Erhebung oder völkischen Revolution, wie sie von ihren Anhängern gesehen wurde, stand dann die Forderung nach einer Linkswende, einer Ergänzung oder Komplementierung um eine soziale Revolution im Raum entsprechend dem ursprünglichen Parteiprogramm. Hitler

hatte sich dann gegen die Linkswende entschieden und für den Mord an deren Protagonisten (Röhm-Putsch). Die Wirtschafts- und Aufrüstungspolitik Hitlers ließ dann später nur noch die Entscheidung offen für Inflation oder deren Zurückstau durch Entscheidung für eine kriegerische Aggression. Hitler wählte letztere Alternative.

Schauen wir zurück auf Bismarck, mitnichten ein Linker. Er wirkte repressiv gegen die Katholische Kirche im sogenannten Kulturkampf und mit den Sozialistengesetzen gegen die Sozialdemokratie. Bis heute Geltung und Anerkennung gefunden hat er mit der Einführung der Sozialversicherung im Deutschen Reich, mag er sie auch als Instrument gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie gedacht und eingesetzt haben. Diese Linkswende bleibt neben einer gemäßigten Außenpolitik in guter geschichtlicher Erinnerung.

Betrachten wir Winston Churchill, ohne dessen Willenskraft die Engländer den 2. Weltkrieg nicht durchgestanden hätten. 1940 versprach er seinen Bürgern „*nichts als Blut, Schweiß und Tränen.*“ Die Unterhauswahlen vom Juli 1945 gewann jedoch nicht der erfolgreiche Kriegs-Premier Churchill, sondern der vergleichsweise blasse Clement Attlee von der Labour Party. Die Wähler wollten Licht am Ende des Tunnels der Anstrengungen sehen und nicht die Fortsetzung der im Grunde bereits verlorenen Großmachtstellung Britanniens. Churchill hatte eine Linkswende vermieden und wurde darum abgewählt. Für den angejahrten Churchill war dies aber nicht das Ende seiner politischen Karriere. Laut Wikipedia erlangen die Konservativen mit ihm „*im Oktober 1951 einen knappen Wahlsieg, weil er diesmal die Wahlkampfthemen der Labour Party übernommen und den Briten die Fortführung des staatlichen Wohnungsbauprogramms versprochen hatte.*“ Realitätstest bestanden. Zuvor einmal erfolglos ohne Linkswende und dann einmal erfolgreich mit Linkswende.

Gerhard Schröder, der sich selbst gerne als „Genosse der Bosse“ sah, hat mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen bis heute den linken Markenkern der SPD nachhaltig beschädigt. Der Wähler dankt dies heute mit Wahlergebnissen in der Nähe von unter 20 % in Umfragen für die SPD. Da wird es schon schwierig, glaubwürdig einen eigenen Kanzlerkan-

didaten zu positionieren, um nicht von vornherein als Bewerber um die Juniorpartnerschaft einer GroKo wahrgenommen zu werden.

Andererseits ist die CDU unter Angela Merkel so weit in die Mitte und nach links gerückt, dass auch große Teile der CDU (und CSU) ihre eigenen Positionen aufgegeben oder als unterminiert erachten. Das Ansehen der Kanzlerin und der Erfolg der Strategie der asymmetrischen Mobilisierung in den Wahlkämpfen ersticken eine Rebellion von rechts in den eigenen Reihen bislang noch im Keim.

So gesehen erscheint es schwierig für die SPD, in der GroKo jetzt den Realitätstest mit einer Bewegung nach Mitte-rechts auszuhalten (statt nach links auszuscheren) und für die CDU, den Mitte-links-Kurs beizubehalten, um sich Wählerschichten zu erschließen.

Der Einzug der AfD in Bundestag und Landtage ändert ernsthaft an der Grundposition nichts. Die CDU tat gut daran, gegenwärtig einer Koalition oder Duldung durch die AfD aus dem Wege zu gehen. Dies dient übrigens auch der AfD selbst, die erst noch beweisen kann und muss, dass sie parlamentarisch arbeitsfähig ist und sich nicht selber zerlegt. Mit der Etablierung der AfD als Partei, die auch rechts von der CDU wird es rechnerisch für die SPD annähernd unmöglich, ein rot-rot-grünes Bündnis auch nur rechnerisch darstellen zu können. Davon profitiert die CDU, auch wenn sie Wähler am rechten Rand verliert.

Bisher noch kein Wort verloren ist darüber, was links oder rechts als Politik einzuordnen ist. In der ökonomischen Theorie der Politik dominiert das Medianwähler-Modell, das von einer Gauß'schen Normalverteilung der Wähler ausgeht. Der Wähler in der Mitte, der Median-Wähler entscheidet die Wahl entsprechend der Nähe der Parteien zu seiner eigenen Position. Im Falle von zwei großen Parteien wie in den USA oder lange Zeit in Großbritannien oder zwei politischen Lagern gewinnt die Wahl, wer am nächsten sich dem Medianwähler annähert. Das Links-Rechts-Schema kann sich orientieren an der Frage staatlicher Eingriffe in die Einkommens- und Vermögensverteilung. Wer dazu als Wähler eine eindeutige Meinung hat, also politisch mehr an den Rändern der Verteilung selber verortet ist, ist eher Mitglied einer Partei als jemand, der

weniger dezidiert diese Frage betrachtet. Die List der Demokratie ist nun die, dass nicht wie zu erwarten die leichter links oder rechts in dieser Frage Organisierten nach ihrem Gusto bestimmen, sondern die Partei die Oberhand gewinnt, die dem oder den Wählern in der Mitte am genehmsten erscheint.

Von links nach rechts, von rechts nach links: So stimmt's. Soll heißen, so ist die Bewegungsrichtung richtig und so kommen Stimmen für die Parteien zusammen. Genügend zeitgeschichtliche Evidenz ist zusammengetragen worden. Was bedeutet das für die Parteien oder Partner in der GroKo? Es wäre falsch, frühzeitig in die je eigene Denkrichtung überzuwechseln, also für die CDU nach rechts und die SPD nach links auszuscheren. Wie in der ersten GroKo 1969 im Wahlkampf ein lebhafter Disput über die Frage der Aufwertung der DM zwischen Finanzminister Franz-Josef Strauß (CSU; dagegen) und Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD; dafür) stattfand, so sollten die Koalitionspartner Sachfragen in der Endphase der Legislaturperiode kontrovers besetzen und sachlich um die besseren Lösungen ringen. Vorab müssen die CDU und die SPD sich dem Realitätstest stellen, um dann im späteren Wahlkampf eine vergleichsweise Mitte-links-Position einzunehmen, etwa, dass der Markt alleine für viele Probleme und Bedürfnisse der Menschen keine abschließende Regelung bereitstellt.

Nachwort: Die Stimmenverluste 2017 für CDU und SPD bei der Bundestagswahl sind darauf zurückzuführen, dass diese Parteien in der Flüchtlingsfrage den Realitätstest als Bewegung hin zu rechten Positionen verweigert haben. Sowohl CDU als auch SPD haben im wirtschaftlichen und sozialen Bereich so gehandelt, wie es die hier vorgestellte Theorie nahelegt. 

Zum Autor

Dipl.-Volksw., Ass. jur. Jörg Gude 



ist zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ mit Sitz in Hamburg. Unterrichtet Volkswirtschaftslehre an der privaten  RFH Köln.

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de>

Technischer Fortschritt, Arbeitsfreisetzung und Schlaraffenland:

Kreislauftheoretische Argumente gegen Mythen und Irrglauben

Ferdinand Wenzlaff



Das Schlaraffenland (Pieter Bruegel der Ältere, ca. 1567); Quelle: Wikipedia, gemeinfrei

Den technischen Fortschritt mit dem Ergebnis der Automatisierung von Produktionsprozessen kann man beobachten und erfahren, etwa als gekündigter Produktionsmitarbeiter. Maschinen und Roboter ersetzen die menschliche Arbeit. Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaftswissenschaft erklärt sich so die Arbeitslosigkeit – mit der Folge einer Wirtschaftspolitik, die Ungleichheit und Unterbeschäftigung nicht beheben kann. Noch schwieriger erscheint der Fehlschluss, dass sich auf Basis der Freisetzung von Arbeit durch Fortschritt das Paradies einer Gemeinschaft errichten ließe, in welchem wie im Schlaraffenland sich die Güter selbst produzieren und damit Einkommens- und Verteilungsfragen obsolet werden. Dieser durch Marx bekannte und heute z. B. der Grundeinkommensbewegung zugrundeliegende Trugschluss ist daher fatal, weil er die Massen fehlleitet und Irrglauben zementiert, statt emanzipierende Aufklärungsarbeit zu leisten, die dann auch in funktionsfähige Reformvorschläge münden kann.

Die Vision vom Schlaraffenland

In Tradition zentraler Vertreter der klassischen politischen Ökonomie schien auch Marx von der Vorstellung einer konsumseitigen Sättigungstendenz auszugehen. Auch wenn heute die meisten Ökonomen eher von prinzipiell grenzenlosen Bedürfnissen ausgehen, bleibt die These der Sättigung präsent (z. B. Zinn, 2015). Den Sättigungszustand kann man sich so vorstellen: Beim stationären Zustand der Klassiker (z. B. John Stuart Mill) fällt die Profitrate auf null, womit auch der Anreiz zur weiteren Kapitalakkumulation verschwindet. Es stellt sich dann qua-

si ein Tauschsozialismus ein (wie ihn ja insb. Pierre-Joseph Proudhon anstrebte), in welchem sich Arbeitswerte gegen Arbeitswerte tauschen. Dies entspräche auch der Formel „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ (z. B. Gerhard Senft).

Für Marx funktioniert diese Vision so nicht. Denn für ihn ist das Prinzip Markt bzw. Tauschwert untrennbar vom Prinzip Akkumulation bzw. Profit. In anderen Worten: eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ist im Marxismus nicht denkbar. Marx schien jedoch optimistisch in anderer Hinsicht: Unterstellt man trotz Sättigungstendenz einen weiterlaufenden technischen Fortschritt, fallen die Grenzkosten gegen null. Mit dieser Konvergenz wäre jeder einzelne irgendwann arbeitsfrei. In diesem Schlaraffenland einer kommunistischen Gesellschaft kann dann ganz auf Markt, Tausch, Leistungsprinzip, Geld usw. verzichtet werden:

„Sowie nämlich die Arbeit naturwüchsig verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muss es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will – während in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx, 1969, S. 33)

Wenn auch in diesem berühmten Zitat nicht explizit erkennbar, sollte diese „Regelung der Produktion durch die Gesellschaft“ eben durch den technischen Fortschritt möglich werden. Generell ist unstrittig, dass Marx den Kapitalismus als notwendiges Stadium zur Entfaltung der Produktivkräfte und damit als Basis einer kommunistischen Gesellschaft verstand. Die vage Formel der „Regelung der Produktion durch die Gesellschaft“ ließe sich daher überspitzt übersetzen in „Regelung durch die Maschinen, Computer und Robotern“. Diese These der Freisetzung von Arbeit durch technischen Fortschritt nutzt auch die Grundeinkommensbewegung. Auf das Grundeinkommen kommen wir abschließend zurück und entwickeln zunächst Argumente gegen die fragliche These, wonach die Erwerbsarbeit angeblich ausgehe.

Technischer Fortschritt und Arbeitsfreisetzung – Vorüberlegungen

Zunächst erscheint der unterstellte Zusammenhang der Theoretikerinnen und Theoretiker vom „Ende der Arbeit“ (z. B. Jeremy Rifkin) unüberwindbar: Die Maschinen bzw. Roboter übernehmen Produktionsschritte, sodass die menschliche Arbeit ersetzt und alle ersetzten Arbeitskräfte arbeitslos werden. Ähnlich herrscht ja auch die Vorstellung, Staatsschulden steigen allein durch Staatsausgaben und lassen sich entsprechend *ceteris paribus* einfach durch Ausgabenkürzungen beherrschen, als ob der Gesamteinkommenskreislauf von Staatsausgaben nicht betroffen wäre (Wenzlaff, 2011). Soweit der einzelwirtschaftliche Blick.

Volkswirtschaftliches Kreislaufdenken darf jedoch nicht so leicht in die Falle gehen. Technologischer Fortschritt ist Ergebnis des Strebens nach Gewinn bzw. Kostensenkungen. Typischerweise sinkt damit der Anteil am „variablen Kapital“ (Löhnen) im Vergleich zum „konstanten Kapital“ (Abschreibungen von Maschinen, aber auch die Zinsen für das eingesetzte Kapital). Wie Marx korrekt erkannt-

te, ist ein Produktionsmittel nur „tote Arbeit“ und der Kapitalcharakter hängt dem Produktionsmittel an sich nicht an, sondern konstituiert sich durch eine Verwertungsbeziehung. Ohne diese Verwertungsbeziehung verliert das Produktionsmittel seinen Kapitalcharakter und mit der Zeit auch seinen Wert (dies erkannte deutlich Silvio Gesell).

Eine Maschine, die in Sektor C als Kapital dient und in diesem Sektor C Arbeit verdrängt, hat den Sektor B als Produkt verlassen – muss also in Sektor B mittele Arbeit produziert werden. Im Sektor B wird eine Produktionsstätte benötigt, die Sektor A herstellt. Sektor A produziert Produktionshallen als Produkt, die dann als Kapital im Sektor B verwertet werden müssen. Wie lang man die Kette auch weiterspinn, die Maschinen fallen nicht vom Himmel, sondern müssen entwickelt, gebaut und gewartet werden. Automatisierung impliziert zunächst eine Verschiebung der Arbeit, typischerweise von niedrig qualifizierter hin zu hoch qualifizierter Arbeit. Eine jüngste OECD-Studie zeigt ein noch differenzierteres Bild: teilt man die Jobs in drei Qualifikationssegmente, werden die Beschäftigten aus dem mittleren in das hochqualifizierte sowie in das niedrigqualifizierte Segment verdrängt (OECD, 2017). Dies erklärt sich auch dadurch, dass sich bestimmte Dienstleistungen doch schwer automatisieren lassen oder es sich noch nicht rechnet.

Damit soll aber keinesfalls argumentiert werden, dass der technische Fortschritt nicht arbeitssparend sei. Selbstverständlich ist er das – doch erklärt er deswegen Arbeitslosigkeit?

Technischer Fortschritt und seine Effekte



Findet in einer Branche technischer Fortschritt statt, wird sich typischerweise vorgestellt, dass Arbeitskräfte entlassen werden und bei konstant gehaltenen Variablen Produktionsmenge, Löhnen sowie Preisen die Unternehmensgewinne entsprechend ansteigen. Nehmen wir an, es wäre so, dann steigen die Einkommen der Unternehmer, Kapitalisten, Aktionäre. Wie auch immer man sich das genau vorstellt: Irgendwo müssen die Einkommen steigen. Mit diesen Einkommen kann nun aber mehr des Produktes der Branche oder auch einer anderen Branche gekauft werden – damit werden die zunächst freigesetzten Arbeitskräfte wieder in den Kreislauf hereingezogen. Unter Wettbewerbsbedingungen werden die Konkurrenten mit der Technik nachziehen und der Kampf um Marktanteile führt

zu Preissenkungen, solange die Mindestrendite erreicht bleibt. Auch kapitalseitig würden die Anleger in die Unternehmen bzw. Branchen mit überdurchschnittlichen Renditen strömen und die Renditen auf das Marktniveau drücken. Insofern kein Monopol besteht, ist es nicht möglich, dass der technische Fortschritt systematisch-langfristige Extra-Einkommen generiert. Extra-Profite bzw. Pionierrenten sind nur temporäre Einkommen, können aber durch Patent- und Schutzrechte verstetigt werden, womit der Marktprozess gestört wird (z. B. Lühr, 2013).

Unter Wettbewerbsbedingungen sinken also die Kosten der Produkte. Dies bedeutet wiederum, dass alle Konsumenten dieses Produktes einen geringeren Teil Ihres Einkommens für das Produkt aufwenden müssen und somit einen Einkommenszuwachs haben. Mit diesem Einkommenszuwachs kann nun mehr desjenigen Gutes oder mehr von anderen Gütern gekauft werden. In beiden Fällen werden die freigesetzten Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsprozess hereingezogen, typischerweise muss die Branche gewechselt und sich dabei umgeschult werden. Systematische Arbeitslosigkeit ist jedoch ein unmögliches Resultat.

Es gibt auch noch folgende Möglichkeit: Nehmen wir an, dass eine Arbeitskraft aus Branche **A** den Einkommenszuwachs aufgrund des Produktivitätsfortschritts in Branche **B** nicht in einen erhöhten Konsum von Produkt **a** und/oder **b** umsetzen will, sondern den Konsum konstant hält und stattdessen seine Arbeitszeit senkt. Da sich die Nachfrage nach Produkt **a** nicht verändert hat, entsteht in Branche **A** eine Arbeitskraftnachfrage, um die Arbeitszeitsenkung zu kompensieren. Damit wird die freigesetzte Arbeitskraft aus Branche **B** in die Branche **A** gezogen. Wie man es auch fasst, der technische Fortschritt setzt bezogen auf den Gesamtkreislauf keine Arbeit frei und kann Arbeitslosigkeit nicht erklären. Um diese Gedankengänge zumindest für zahlenaffine Leser zu illustrieren, sind alle möglichen Effekte des technischen Fortschritts modellhaft auf den folgenden zwei Seiten (siehe blaue Rahmen) durchgespielt.

Bemerkenswerterweise schwappt der Produktivitätsfortschritt einer Branche immer auch auf die anderen Branchen über, sodass vom Fortschritt in einer einzelnen Branche mittelfristig alle profitieren. Dies geschieht über den relativen Preismechanismus. Denn insofern ich als Arbeitskraft der Branche **B** auch das Gut **a** konsumiere, profitiere ich vom

Fortschritt in Branche **A** anhand der fallenden Preise des Gutes **a**. Falls mir jetzt jemand entgegen möchte, dass die Preise von Smartphones oder Laptops doch nicht fallen, ist darauf hinzuweisen, dass die steigende Qualität bzw. Leistung der Produkte natürlich gegenerechnet werden muss. Zudem fallen auch stabile nominale Preise real, wenn sich die nominalen Einkommen (z. B. aufgrund von Tarifsteigerungen) erhöhen. Auch der Joker, dass Unternehmen die Gewinne wie auch immer absichern würden, hat ja, wie oben schon angedeutet auch, nichts mit technischem Fortschritt zu tun, sondern adressiert wieder nur Fragen der Schutzrechtregelung und Wettbewerbskontrolle oder auch psychologische Faktoren der Rentenabschöpfung durch Marken. All dies geschieht auch ohne technischen Fortschritt.

Wie erklärt sich dann die Arbeitslosigkeit?



Technischer Fortschritt kann also den Konsum erhöhen bzw. dessen Struktur verändern, was dann auch mit sektorialem Wandel sowie einem Wandel der Arbeitswelt einhergehen muss. Ebenso kann inter- oder intrasektoral die Arbeitszeit gesenkt werden.

Wie erklärt sich aber nun die Arbeitslosigkeit? Bisher haben wir mit dem vereinfachten Modell einer Tauschwirtschaft gearbeitet, in welcher das Say'sche Gesetz gilt und nie weniger verbraucht als produziert werden kann bzw. nie weniger nachgefragt als angeboten werden kann, weil eben das Angebot durch die eigene Nachfrage determiniert ist. Dies war zweckdienlich und völlig legitim, um die ganz unmittelbaren Effekte des technischen Fortschritts zu untersuchen und die These zu widerlegen, dass der technische Fortschritt Arbeitslosigkeit erkläre.

Für die Erklärung der Arbeitslosigkeit und Ungleichheit muss man aber in den Bereich der (monetären) Makroökonomie eintauchen und sich (keynesianische) Kategorien wie Zinssatz und effektive Nachfrage anschauen. Mit Verweis auf andere Arbeiten (Betz, 2001; Spahn, 1986; Wenzlaff, Kimmich, & Richters, 2014; Wenzlaff & Löscher, 2018) kennzeichnet chronische Arbeitslosigkeit den Gleichgewichtszustand einer entwickelten, stagnierenden Ökonomie. Das Unterbeschäftigungsgleichgewicht basiert auf der Kombination einer auf dem Vermögensmarkt bestimmten zu hohen Zinsrate sowie einer zu hohen Sparquote.

Zwei-Sektoren-Wirtschaft

Schauen wir uns eine einfache Volkswirtschaft mit einem Primärsektor (Agrarwirtschaft) und einem Sekundärsektor (Industrie) an. Es wird jeweils ein Gut produziert – in Reminiszenz an Marx: Weizen und Stiefelwiche. Die Volkswirtschaft bestehe aus 300 Arbeitskräften und der Arbeitstag sei auf 8h normiert. Zur Vereinfachung – jedoch ohne Erkenntnisverlust – sei die Tauschwirtschaft geldlos und die Reallöhne seien in beiden Sektoren gleich. Dies bedeutet, dass bei schwankender Produktivität auch die Tauschverhältnisse schwanken müssen, damit es für jede Arbeitskraft gleich ist, in welchem Sektor sie arbeitet. Würde in einem Sektor systematisch höher entlohnt, würden die Bewegungen vom schlecht bezahlten Sektor in den gut bezahlten Sektor mittelfristig wieder zum intersektoralen Einheitslohn führen. Wir könnten auch annehmen, dass die Arbeit in der Industrie qualifikatorisch anspruchsvoller ist und die Reallöhne systematisch höher als im Primärsektor sind, es hätte aber keinen Einfluss auf die hier zu illustrierenden Mechanismen und Effekte. Ferner bestehe das gesamte Einkommen nur aus Arbeitseinkommen; es gibt keine Kapitalisten und keine Monopole, womit sich der Marktprozess voll entfalten kann. Diese Vereinfachungen entsprechen nicht der Realität, aber es geht nicht um die Simulation der Realität, sondern die Prüfung der Frage, ob der technologische Fortschritt Arbeitslosigkeit erklären kann. Die Vereinfachungen sind daher keine Schwäche, sondern vielmehr eine Stärke, da so der reine Effekt des technologischen Fortschritts ohne Verzerrung freigelegt und analysiert werden kann. Weiterhin nehmen wir zunächst eine einfache Nutzenfunktion an, nach welcher der Nutzen maximal ist, wenn von beiden Gütern gleich viele Einheiten (1 Quarter Weizen; 1 Dose Stiefelwiche) konsumiert werden. Da zufälligerweise 1 Quarter Weizen sowie 1 Dose Stiefelwiche in 1 Arbeitsstunde produziert werden, liegt das relative Preisverhältnis bei 1:1. Bei 8 Stunden Arbeitszeit und gegebener Nutzenfunktion verbraucht jede Arbeitskraft täglich 4 Quarter Weizen und 4 Dosen Stiefelwiche.

Sektor	Primärsektor (Weizen)	Sekundärsektor (Stiefelwiche)
Produktivität	1 Quarter je h	1 Dosen je h
Ertrag je Arbeitstag je Arbeitskraft	8 Quarter	8 Dosen
Preisverhältnis	1:1	1:1

Status Quo

Arbeitszeit je Tag	8 h	8 h
Arbeitskräfte (300)	150	150
Arbeitszeit gesamt (2400h)	1200 h	1200 h
Ertrag je Arbeitstag gesamt	1200 Quarter	1200 Dosen
Konsumstruktur	4 Quarter Weizen + 4 Dosen Stiefelwiche	

Technischer Fortschritt im Sektor Stiefelwiche

Mittels neuer Maschinen und Computertechnik verdoppelt sich die Produktivität, sodass jetzt auf eine Arbeitsstunde gerechnet 2 Dosen Stiefelwiche produziert werden können. Dabei war ein Unternehmen Pionier und konnte temporär Extraprofite aufgrund geringerer Produktionskosten einstreichen. Mit der Zeit haben jedoch die Konkurrenten nachgerüstet, sodass der Pionier mit Preissenkungen reagieren musste. Schließlich mussten alle Konkurrenten mit Preissenkungen nachziehen, sodass sich ein neuer Marktpreis ergibt: 1 Dose Stiefelwiche ist jetzt nur noch einen halben Quarter Weizen wert bzw. ist ein Quarter Weizen nun 2 Dosen Stiefelwiche wert.

Produktivität	1 Quarter je h	2 Dosen je h
Ertrag je Arbeitstag je Arbeitskraft	8 Quarter	16 Dosen
Preisverhältnis	1:2	2:1

Szenario 1: Höherer Konsum von Stiefelwiche

Arbeitszeit je Tag	8 h	8 h
Arbeitskräfte (300)	150	150
Arbeitszeit gesamt (2400h)	1200 h	1200 h
Ertrag je Arbeitstag gesamt	1200 Quarter	2400 Dosen
Konsumstruktur	4 Quarter Weizen + 8 Dosen Stiefelwiche	

Diskussion Szenario 1

In diesem Szenario führt der Produktivitätsfortschritt in einem Sektor zur Erhöhung des Konsums genau und nur dieses Gutes (hier: Sektor Stiefelwiche). Dies würde eine Änderung der Präferenzen und Konsumstruktur (Nutzenfunktion) bedeuten. Dieses begrenzt realistische Szenario sei daher um realistischere Szenarien ergänzt.

Fazit Szenario 1

Technischer Fortschritt produziert keine Arbeitslosigkeit, solange einfach mehr Güter des vom Fortschritt betroffenen Sektors konsumiert werden.

Szenario 2: Höherer Konsum von Stiefelwichse und Weizen

Arbeitszeit je Tag	8 h	8 h
Arbeitskräfte (300)	200	100
Arbeitszeit gesamt (2400h)	1600 h	800 h
Ertrag je Arbeitstag gesamt	1600 Quarter	1600 Dosen
Konsumstruktur	5,33 Quarter Weizen + 5,33 Dosen Stiefelwichse	

Diskussion Szenario 2

In Szenario 2 wird unterstellt, dass die Präferenzstruktur durch den technischen Fortschritt nicht tangiert wird - nach unserer angenommenen Nutzenfunktion muss das optimale Konsumverhältnis also bei 1:1 bleiben. Der Einkommenszuwachs aus dem Produktivitätsfortschritt der Industrie lässt also die Nachfrage nach beiden Gütern proportional steigen. Aufgrund dieses Nachfragesoges werden sich die Mitarbeiter aus der Industrie als Ackerbauern umschulen müssen. Temporär wird dies begünstigt durch übertarifliche Löhne im Ackerbau, während sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Industrie verschlechtern. Es kann temporär zu Arbeitslosigkeit aufgrund des Qualifikations-Mismatches kommen – in der Mittelfrist greifen jedoch die Gesetze der Marktwirtschaft.

Fazit Szenario 2

Technischer Fortschritt produziert keine Arbeitslosigkeit, solange einfach mehr Güter des vom Fortschritt betroffenen Sektors konsumiert werden.

Szenario 3: Neue Bedürfnisse

Sektor	Primärsektor (Weizen)	Sekundärsektor (Stiefelwichse)	Tertiärer Sektor (Massagen)
Arbeitszeit je Tag	8 h	8 h	8 h
Ertrag je Arbeitstag je Arbeitskraft	8 Quarter	16 Dosen	8 Massagen
Arbeitskräfte (300)	150	75	75
Arbeitszeit gesamt (2400h)	1200 h	600 h	600 h
Ertrag je Arbeitstag gesamt	1200 Quarter	1200 Dosen	600 Massagen
Konsumstruktur	4 Quarter Weizen + 4 Dosen Stiefelwichse + 2 Massagen		

Diskussion Szenario 3

In Szenario 2 fand ein „primitiver sektoraler Wandel“ statt im Sinne, dass Arbeiter von einem in den anderen Sektor wandern. Auch waren die Bedürfnisse noch zu einfach gedacht. Nehmen wir an, dass die Menschen statt und die Stiefel blitzblank sind - was soll man mit noch mehr Weizen und Stiefelwichse? Vielleicht gibt es aber noch andere unbefriedigte Bedürfnisse. So entsteht eine Nachfrage nach Massagen, sodass die in der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte sich umschulen lassen müssen. Gegeben der Produktivität von 1 Massage je Arbeitsstunde erlaubt also die Verdopplung der Produktivität in der Industrie den zusätzlichen Konsum von 2 Massagen.

Fazit Szenario 3

Auch in diesem Fall wird niemand arbeitslos. Unvermeidbar bleibt jedoch die notwendige Umschulung für einige aus der Industrie freigesetzten Arbeiter.

Szenario 4: Senkung der Arbeitszeit

Arbeitszeit je Tag	6 h	6 h
Ertrag je Arbeitstag je Arbeitskraft	6 Quarter	12 Dosen
Arbeitskräfte (300)	200	100
Arbeitszeit gesamt (2400h)	1200 h	600 h
Ertrag je Arbeitstag gesamt	1200 Quarter	1200 Dosen
Konsumstruktur	4 Quarter Weizen + 4 Dosen Stiefelwichse	

Diskussion Szenario 4

Jetzt treten die Theoretiker vom Ende der Arbeit, vom Ende der Bedürfnisse, von den endlichen Ressourcen des Planeten usw. auf den Plan. Selbstverständlich geht selbst in den orthodoxesten ökonomischen Modellen auch die Freizeit mit in die Nutzenfunktion ein. Ob nun die Freizeit einen hohen Wert hat, Bedürfnisse gesättigt sind oder ein ökologisches Motiv dahinter steht: es ist denkbar (und empirisch evident), dass die Menschen sagen: „Wir sind satt, unsere Schuhe sind sauber, Massagen brauchen wir nicht.“ Also halten sie ihr Konsumniveau und senken dafür ihre Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden.

Fazit Szenario 4

Auch in diesem Fall wird niemand arbeitslos. Statt aus dem Einkommenszuwachs mehr alte oder zusätzliche neue Produkte zu konsumieren, wird einfach das Einkommen gesenkt. Technischer Fortschritt transformiert sich so in Arbeitszeitverkürzung. Unvermeidbar bleibt jedoch die notwendige Umschulung für einige aus der Industrie freigesetzten Arbeiter.

Ein niedrigeres (negatives) Realzinsniveau würde auf mehr Investitionsnachfrage treffen, weil dann die Gesamtkosten sinken und folglich zu geringeren Preisen mehr abgesetzt werden kann. Zins- bzw. Vermögenseinkommen verstärken die Ungleichverteilung, womit auch der Sparquoteneffekt verstärkt wird: niedrige Einkommensklassen haben geringe bzw. negative Sparquoten während hohe Einkommensklassen (also insb. Vermögenseigentümer) eine höhere Sparquote aufweisen. Daher hat Einkommensumverteilung von reich zu arm immer einen Konjunkturreffekt – allerdings will ja an die Vermögen bekanntlich niemand ran. Selbst viele Grundeinkommensbefürworter lassen die Vermögen unberührt und stellen sich eine konsumsteuerfinanzierte Lösung vor, die ja insbesondere die niedrigen Einkommen besonders hart trifft und das Ungleichheitsgefälle weiter verschärft. Gegen diesen kaum zu übertreffenden Unsinn erscheint FDP-Politik als Sozialismus.

Ohne an dieser Stelle den wirklichen Zinssatz-Sparquoten-Problemkomplex entwickelter Ökonomien weiter auszuführen, sei noch einmal ganz klar gesagt, dass dem technischen Fortschritt hier kein Erklärungsbeitrag zukommt. Denn auch ohne technischen Fortschritt können die Präferenzen der Vermögensbesitzer ein zu hohes Realzinsniveau erwirken; ebenso wird es ohne technischen Fortschritt eine Einkommensungleichverteilung geben, die – verstärkt durch den Zinseinkommenseffekt – zu einer mangelnden effektiven Gesamtnachfrage aufgrund einer zu hohen Sparquote führt.

Das Konzept mangelnde effektive Gesamtnachfrage fußt nicht auf einer naiven Überproduktionstheorie, wonach die Waren unverkauft in den Regalen bleiben, weil der Geldbesitzer warten kann. So einfach stellen sich das viele Freigeldtheoretiker vor. Der komplexere keynesianische Mechanismus ist aber, dass sich aufgrund des Sparverhaltens die Investitionen und damit das gesamte Volkseinkommen solange nach unten hin anpassen, bis Sparen und Investitionen in Einklang gebracht werden. Anders ausgedrückt: die mangelnde Nachfrage bzw. die zu hohe Sparquote führt dazu, dass Investitionen unterbleiben → weniger Investitionen führen zur Unterauslastung und senken das Gesamteinkommen → damit sinkt auch das Sparvolumen als Anteil des Gesamteinkommens → über diesen Mechanismus wird die volkswirtschaftliche Identität von Sparen = Investitionen gewahrt, mit der Folge von Stagnation und Arbeitslosigkeit.

Schlusswort



Abschließend ist noch die Vision vom Schlaraffenland auf Basis der Theorie vom Ende der Arbeit zu korrigieren. Auch Maschinen, Computer und Roboter sind am Ende Arbeitsprodukte und müssen nach der Herstellung bedient, gewartet und erneuert werden. Wichtiger: wenn Arbeit durch technischen Fortschritt in einer Branche freigesetzt wird, treten Preissenkungs- und damit Einkommenseffekte auf, womit die zunächst freigesetzten Arbeiter in andere Branchen hereingezogen werden.

Vollbeschäftigung – definiert als die Abwesenheit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit bzw. als die Situation, in welcher jeder Mensch so viel Arbeit anbieten kann, wie er verbrauchen möchte – wird verhindert durch den Wirkungskomplex bestehend aus Zinssatz, Sparquote und Einkommensverteilung. Ansatzpunkte für eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ sind daher bei diesen Variablen zu suchen.

Nun ist die Auffassung vieler Reformer/innen berechtigt und legitim, dass die Vision eines „Marktsozialismus ohne Kapitalismus“ noch nicht genug ist, da immer noch die Prinzipien Tausch, Wert, Leistung und damit ökonomische Denkkategorien dominieren. Gewünscht ist eine Bedarfswirtschaft nach den Prinzipien der Hingabe und Bedarfsdeckung unabhängig von Leistung und Tausch. Dies kann man wollen, begründen und konzeptionieren. Allerdings hilft hier der technische Fortschritt nicht weiter. Der technische Fortschritt erlaubt nur ein höheres Konsumniveau und/oder mehr Frei-

zeit, löst aber nicht die Probleme der Einkommensverteilung, Ungleichheit oder unfreiwilliger Arbeitslosigkeit.

Eine Grundeinkommensökonomie unter Beibehaltung des bestehenden Systems einer Marktwirtschaft mit Kapitalismus bleibt ein konzeptionell fragwürdiger Hybrid. Die konzeptionellen Schwachstellen (z. B. hinsichtlich der Steuerfinanzierung oder des schizophrenen Freiheitsbegriffs) müssen offen kommuniziert und debattiert werden. Wie passt denn die Freiheit der einen, nicht am Markt arbeiten zu müssen, zusammen mit dem damit verbundenen Steuerzwang für die Arbeitenden? Ökonomiekritik und Reformkonzepte haben eine aufklärerische und emanzipatorische Funktion. Indem aber – und dies ist insbesondere der Grundeinkommensbewegung anzulasten – Visionen auf Basis von Irrglauben und Märchen verbreitet werden, findet Desinformation und Verblendung statt.



Zum Autor Ferdinand Wenzlaff
Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Volkswirt



geboren in Berlin. Studium der Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre an der TU Chemnitz und dann Promotion an der Leuphana Universität Lüneburg. Seit 2014 tätig an der Universität Hamburg im Bereich Struktur- und Entwicklungsplanung.

Literatur

- Betz, K. (2001):** „Jenseits der Konjunkturpolitik. Überlegungen zur langfristigen Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft.“; Marburg: Metropolis.
- Löhr, D. (2013):** „Prinzip Rentenökonomie: Wenn Eigentum zu Diebstahl wird.“; Marburg: Metropolis.
- Marx, K. (1969):** „Die deutsche Ideologie.“; MEW, Band 3. Berlin: Dietz.
- OECD (2017):** „OECD Employment Outlook 2017“; OECD Publishing.
- Spahn, H.-P. (1986):** „Stagnation in der Geldwirtschaft: Dogmengeschichte, Theorie und Politik aus keynesianischer Sicht.“; Frankfurt/M.: Campus.
- Wenzlaff, F. (2011):** „Staatsverschuldung. Volkswirtschaftliche Fragestellungen können nicht betriebswirtschaftlich gelöst werden!“; **HUMANE WIRTSCHAFT**, 03/2011: S. 30-36
- Wenzlaff, F., Kimmich, C., & Richters, O. (2014):** „Theoretische Zugänge eines Wachstumszwangs in der Geldwirtschaft.“; Hamburg University: ZÖSS Discussion Papers No. 45.
- Wenzlaff, F., & Löscher, A. (2018):** „Vollgeld: Eine kritische Betrachtung aus (Monetär-) Keynesianischer Perspektive.“ In: H. Hagemann, J. Kromphardt, & M. Martebauer (Eds.), Keynes, „Geld und Finanzen.“ Schriften der Keynes-Gesellschaft, Band 11 Marburg: Metropolis.
- Zinn, K. G. (2015):** „Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus.“; Hamburg: VSA.



Gero Jenner

Noch gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts war im Spiegel zu lesen, dass die Supermacht USA nach dem Untergang der Sowjetunion einen vollständigen Sieg errungen habe. Tatsächlich waren überall auf der Welt die Filme Hollywoods zu sehen, kleideten sich die Leute in Jeans, wurde amerikanisch gesungen und musiziert, Coca-Cola getrunken und breiteten sich Windows, Apple und das in Amerika erfundene Internet aus. Noch in den neunziger Jahren schien keine andere Weltmacht denkbar zu sein als die Vereinigten Staaten von Amerika.

Wer einen Blick in die Geschichte warf, hätte allerdings schon damals wissen können, dass die amerikanische Elite seit den achtziger Jahren emsig daran arbeitete, die Weltstellung des eigenen Lands auszuhöhlen. Die Vorherrschaft Großbritanniens wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dadurch unterminiert, dass die Reichsten im Lande ihr dort erwirtschaftetes Geld lieber im Ausland, vor allem in den USA, aber auch auf dem Kontinent anlegten, weil ehrgeizig aufstrebende Länder in der Regel höhere Renditen erbringen. Auf diese Weise kam es zu einem Kapital- und Technologietransfer, der die Vereinigten Staaten ebenso wie das aufstrebende Deutschland erst zu einem wirtschaftlichen, dann sehr schnell auch noch zu einem militärischen Konkurrenten Großbritanniens aufrücken ließ. Amerika lag gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch zu weit entfernt, um den Engländern Angst einzuflößen, aber die unterschiedlichen Machtinteressen von England und Deutschland sollten

im beginnenden zwanzigsten Jahrhundert das Inferno des Ersten Weltkriegs entfachen. Konkurrenz – auch Handelskonkurrenz als Ringen um die Beherrschung von Märkten – war nie ein Spaß. Es kann bitterer Ernst daraus werden.

Manchmal fällt der Geschichte nichts Besseres ein als ein *Da Capo* 📄

Der Geld- und Kapitaltransfer, der die Stellung Englands als Weltmacht einbrechen ließ, spielt sich seit circa drei Jahrzehnten auf ähnliche Art zwischen den Vereinigten Staaten und China ab. Das obere ein Prozent sehr reicher Amerikaner hat in dieser Zeit außerordentlich davon profitiert, dass die Industrien im eigenen Land abgewrackt und anschließend in China neu aufgebaut wurden. Im ökonomischen Fachjargon spricht man von einer günstigeren Allokation des Kapitals. Zweifellos erbrachte dieses in China die besseren Früchte, sprich, die höheren Renditen, aber ein hoher Preis war dafür zu zahlen – so hoch wie schon damals in Großbritannien. Wird die eigene industrielle Basis schrittweise ausgedünnt, dann geht zugleich damit sehr viel technisches und Ingenieurwissen innerhalb der Bevölkerung verloren, das dann eben in China und nicht mehr in den USA heimisch ist. Den Chinesen ist in diesem Zusammenhang zuzugestehen, dass sie die wissenschaftlich-technischen Lektionen des Westens nicht nur in sehr kurzer Zeit lernten, sondern darin inzwischen geradezu exzellieren. Mit der Zahl angemeldeter Patente liegt das Land bereits an der Spitze. Die bloße Quantität dieses technologischen

Aufstiegs bleibt auch dann beachtlich, wenn das für die Qualität der Patente bisher nur teilweise gilt. Dieselbe Entwicklung hat sich zuvor in Japan abgespielt, das inzwischen zu den technologisch führenden Staaten gehört – aber China verfügt über ein zehnmal größeres Potenzial an Menschen.

Äußerer und innerer Wettbewerb 📄

Staaten stehen im Wettbewerb um den größeren Lebensstandard – das ist ein Kampf, den sie nach außen führen. Gäbe es nur diesen äußeren Wettbewerb, dann wären die USA auch heute noch eine Weltmacht, welche sich vor der Konkurrenz Chinas nicht zu fürchten brauchte. Aber im Inneren moderner Staaten wird noch ein weiterer Kampf geführt, der den Akteuren nur selten als solcher bewusst wird, und der doch in seiner Wirkung gleich mächtig sein kann wie der Sieg einer äußeren Macht – dies ist der Kampf, den ökonomische Eliten gegen das eigene Volk betreiben, indem sie dessen Interessen rücksichtslos den eigenen unterwerfen. Hätte die reiche Elite der Vereinigten Staaten nur anderen Nationen bei deren Entwicklung geholfen, ohne dass daraus ein Schaden für das eigene Land entsteht, dann könnte man ihr Verhalten vorbehaltlos begrüßen, aber institutionelle Vorkehrungen, die einen solchen Schaden verhindern, wurden bis heute niemals in Erwägung gezogen oder gar durchgesetzt. Die Auslagerung der industriellen Substanz hat einer Mehrheit von Amerikanern geschadet, denn die dadurch erzielte Verbilligung der Waren wurde ja mit dem Preis der Vernichtung von Arbeitsplät-

zen und des damit erbrachten Einkommens erzielt. Dem ehemaligen Entwicklungsland China aber wurde nicht nur geholfen – diese Selbstlosigkeit war in Wirklichkeit nie ein treibendes Motiv –, sondern die Wahrheit sieht sehr viel trister aus: Aus rein egoistischem Selbstinteresse hat die amerikanische Polit- und Wirtschaftselite den Trumpf der Weltmacht an China weitergereicht – ganz genau so wie es ihnen ein Jahrhundert zuvor aus denselben Motiven die britische Elite vorgemacht hat. Der innere Kampf um Stuserhalt, Bereicherung und Macht hat den äußeren Wettbewerb entschieden.

Irgendwann helfen auch Scheuklappen nicht länger

Es war abzusehen, dass irgendein amerikanischer Präsident irgendwann merken würde, wie es um die USA wirklich bestellt ist. Niemandem, der sich die Augen von ideologischen Scheuklappen freihält, kann entgehen, dass sich die USA zwar weiterhin einer Handvoll von weltweit bekannten Exzellenzzentren rühmen dürfen und dass sie immer noch einige der weltbesten Universitäten besitzen, dass dies aber längst vereinzelte Lichtpunkte in einer verödeten Industrielandschaft sind, dem berüchtigten *rust belt*, der die Realität für eine Mehrheit von Amerikanern bildet. Schon gar nicht wird ein vorurteilsfreier Beobachter darüber hinwegsehen können, dass es um die Allgemeinbildung inzwischen so schlecht bestellt ist, dass auf einen amerikanischen Forscher, der zu den weltbesten in seinem Fache zählt, ein Vielfaches an hoffnungslos dumpfen Köpfen kommt, welche in Charles Darwin einen Abgesandten teuflischer Mächte sehen. Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, wird gleichfalls bemerken, dass die Infrastruktur des Landes – die Substanz von Brücken, Straßen, Schienen-, Energienetzen usw. – sich in rapidem Verfall befindet und dass exorbitante Schulden der amerikanischen Politik schon seit Jahren nicht mehr erlauben, daran wirklich etwas zu ändern. Das Geld, welches die Großmacht noch aufzutreiben vermag – vor allem auf dem Weg weiterer Verschuldung –, wird in das Militär gesteckt, um wenigstens auf diesem Gebiet die Spitze zu halten. Allerdings beliefen sich schon die Kriege, welche die Bush-Regierung in Afghanistan und Irak zwischen 2003

und 2006 führte, auf etwa vierhundert Milliarden Dollar, die nicht zu bezahlen gewesen wären, hätten die Chinesen nicht innerhalb etwa derselben Zeit amerikanische Staatsanleihen und staatlich garantierte Pfandbriefe im Wert von 464 Milliarden Dollar erworben. Wie lange wird China den Amerikanern Kredit erteilen, wenn Trump nun mit Handelssanktionen eine Politik gegen ihr Land betreibt?

Es ist das Verdienst eines Politikers namens Trump,

dass er die Misere des Landes erkannte, jene Misere, welche die Washingtoner Politelite beider staatstragenden Parteien beharrlich verdrängte, weil sie überwiegend selbst der Schicht angehört, die von der Auslagerung amerikanischer Industrien bis dahin so stark profitierte. Dagegen ist es das Unglück Amerikas, dass es zu einer Art von ökonomischem Porzellanladen wurde, zu dessen Lenkung ein Elefant bestellt worden ist. Trump schlägt mit der Keule des Protektionismus um sich.

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass Protektionismus in einer idealen Welt immer von Übel ist – darin ist der orthodoxen Wirtschaftstheorie Recht zu geben. Leider hat die Welt sich nie als Ideal präsentiert. Für das friedliche Zusammenleben der Nationen war es jedenfalls ein noch größeres Übel, wenn sich ein Staat auf Kosten anderer stärkt und es dadurch zu Ungleichgewichten kommt, die das Potential für Kriege bilden – der Erste Weltkrieg liefert dafür ein warnendes Beispiel.

Was China vom Westen lernte

Worauf die wirtschaftliche Stärke eines Landes beruht, ist kein Geheimnis. Sie besteht einmal darin, dass die Elite keine Politik gegen die eigene Bevölkerung betreibt. In dieser Hinsicht ist die kommunistische Partei Chinas den beiden Parteien des amerikanischen Kongresses weit überlegen. Auch wenn die Zahl chinesischer Milliardäre mit jedem Jahr weiter wächst, wird dies in China solange keinen Unwillen erregen, wie zur gleichen Zeit auch das Volk wohlhabender wird. Von Rostgürteln ist dort nichts zu bemerken, sondern überall im Land werden blitzende Industrien aufgebaut. Was aber für das Verhältnis Chinas zur äußeren Welt besonders zählt, ist die

Maxime, die es vom Westen lernte, weil dieser sie im Umgang mit den weniger erfolgreichen Entwicklungsstaaten jahrzehntelang vordemonstrierte. Sie lautet: Wenn du ökonomische Übermacht und politische Herrschaft dauerhaft zementieren willst, dann exportiere industrielle Produkte und importiere von anderen Staaten nach Möglichkeit nichts anderes als Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Politische und militärische Macht beruht auf erfolgreichen Industrien und nicht auf Bananen, Milchprodukten oder Sojabohnen.

In diesem Sinne läuft das auf dem jüngsten chinesischen Parteikongress gerade verabschiedete Industrieprogramm 2025 darauf hinaus, die letzten Bastionen westlicher Überlegenheit zu stürmen. In der Kommunikationstechnologie ist das dem Riesen Huawei schon fast gelungen, in der Flugzeugindustrie werden die Chinesen mit einem eigenen – natürlich sehr viel billigeren – Großraumflugzeug Boeing und Airbus in naher Zukunft verdrängen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis man auch die deutsche und amerikanische Autoindustrie nicht mehr benötigen wird. Stattdessen werden sie Sojabohnen und Schweine aus den USA und Milchprodukte aus Deutschland und Österreich importieren. Die Österreicher haben schon eine große Delegation nach Peking geschickt, um ja nicht zu kurz zu kommen, wenn es darum geht, ihren Beitrag zu dieser von Peking mit magistraler Intelligenz vorangetriebenen Entwicklung zu leisten.

Das Ringen um die Macht

Eine wirtschaftlich ausgehöhlt Weltmacht, deren Vorsprung nur noch auf militärischer Stärke beruht, bildet eine Gefahr für sich selbst und die übrige Welt. Zu lange war man sich der eigenen Weltgeltung so sicher, dass sich eine neoliberale Elite erlaubten konnte, den Erfolg der Wirtschaft nur noch am eigenen Kontostand zu bemessen. Eine umsichtige Politik hätte ihr schon längst die Zügel anlegen müssen. In den achtziger Jahren wäre das auch noch ohne größere Verwerfungen möglich gewesen, denn damals hatte der Prozess der Auslagerung gerade erst begonnen, und die Chinesen begannen sich hinter vorgehaltener Hand schon darüber zu wundern, dass die Ameri-

kaner ihre eigene Stärke so leichtsinnig verspielten. Heute aber haben sich die Bedingungen markant zu Ungunsten der Amerikaner – und der übrigen Welt – geändert. Wir können ziemlich sicher sein, dass die globalen Auswirkungen des von Trump losgetretenen Handelskriegs überaus ernst sein werden, unter Umständen so ernst, dass darauf eine Lähmung bis hin zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft folgt.

Zunächst werden gerade amerikanische Unternehmen davon besonders betroffen sein, da das Handelsdefizit im Verhältnis zu China ja wesentlich darauf beruht, dass amerikanische Unternehmen dort so viele Waren herstellen lassen, die sie dann auf ihrem Heimatmarkt verkaufen, während China weit weniger Waren und Dienstleistungen aus den USA benötigt. Aber auch die amerikanische Bevölkerung wird zunächst doppelt leiden, denn Arbeitsplätze lassen sich zwar durch Auslagerung schlagartig vernichten, sie wiederherzustellen aber erfordert gewöhnlich Jahre.

China aber wird unter dieser Attacke weit weniger leiden, da seine Abhängigkeit von westlicher Technologie nur noch in einzelnen Sektoren besteht. Inzwischen ist das Land wissenschaftlich wie technologisch so stark geworden, dass es zu einem selbstständigen Pol und Zentrum des materiellen Fortschritts aufgerückt ist. Im Gegensatz zu Amerika, wo der Präsident die eigene Scheingröße der ganzen Welt beständig in laut in die Ohren posaunt, ist man in China vornehm und geschickt genug, sich klein zu machen und sich nach außen immer noch als Entwicklungsland zu präsentieren. Wer die für in China selbst ausgestrahlten Programme über Satelliten verfolgt, wird allerdings von ganz anderen Tönen überrascht. Da spricht eine Großmacht, die sich der eigenen Stärke inzwischen sehr bewusst und nicht länger bereit ist, sich vor Amerika – und gar vor Europa – zu ducken.

Zwanzig Jahre zu spät

Instruierte Kreise in den USA wissen längst, dass China die Nummer eins sein wird, wenn man nichts unternimmt, denn dann werden seine Industrien vermutlich schon in den kommenden zehn Jahren auf fast allen Gebieten weltweit die führenden Exporteure

sein. Ein amerikanischer Präsident versucht nun – allerdings mit zwanzig Jahren Verspätung –, die Notbremse zu ziehen, indem er den Zutritt von chinesischen Hightech-Firmen zum amerikanischen Markt so beschränkt, dass sich ihr Aufstieg dadurch verlangsamen wird. Allerdings trifft er auf diese Art auch die in China produzierenden amerikanischen Firmen, so dass es zweifelhaft ist, ob er diese Maßnahmen gegen deren Widerstand überhaupt längere Zeit durchsetzen wird. Anders gesagt, ist es zweifelhaft, ob die Weichen nicht längst gestellt sind, so dass es letztlich gleichgültig ist, ob Amerika dem eigenen ökonomischen Niedergang nur tatenlos zuschaut oder ob es sich nach Art von Trump verzweifelt dagegen aufzubauen versucht.

Ein Spiel mit dem Feuer

Die Wirkungen reichen aber auf jeden Fall weit über das Verhältnis der USA zu China hinaus. Die ganze Weltwirtschaft ist aufgrund ihrer Verflechtung davon betroffen. Denn die chinesische Regierung wird natürlich nicht untätig akzeptieren, dass eine veränderte amerikanische Handelspolitik die eigene Bevölkerung in die Arbeitslosigkeit treibt. Wenn die USA ihren Markt abschotten, wird China umso größeren Druck auf Europa ausüben, um Waren, die in Amerika nicht länger abgesetzt werden können, in die EU umzulenken. Deindustrialisierung aufgrund überlegener Konkurrenz ist in den südlichen Ländern Europas längst endemisch, sie könnte sehr bald auch im Norden Europas industrielle Rostgürtel entstehen lassen. Die nötigen Druckmittel hätte China sehr wohl in der Hand. Für deutsche Großunternehmen wie Mercedes, BMW oder Volkswagen ist China inzwischen der größte Einzelmarkt. Es ist sehr fraglich, ob eine deutsche Regierung dem Ansinnen Pekings nach unbeschränktem Marktzugang Widerstand leisten könnte, wenn die deutsche Autoindustrie dieses Ansinnen unterstützt.

Daran wird wohl auch die Tatsache kaum etwas ändern, dass China mit hoher Wahrscheinlichkeit in spätestens zehn Jahren Autos in gleicher Qualität wie die Deutschen produzieren wird – so wie die Japaner das schon seit Jahren tun. Sie werden davon auch eine weit größere Zahl produzieren als

die im Vergleich winzige Bundesrepublik Deutschland. Spätestens wenn dieser Zeitpunkt erreicht ist, wäre der fernöstliche Riese nur noch an landwirtschaftlichen Produkten aus Europa interessiert – aber kaum mehr an deutschen Autos.

Es wäre falsch, China zu dämonisieren,

denn das Land handelt nur wie jeder andere Staat aus wohlverstandem Eigeninteresse. Aber noch dümmere wäre es, in seinem Bekenntnis zu weltweiter Handelsfreiheit etwas anderes zu sehen als Opportunismus, denn erst jetzt, da China auf den meisten Gebieten konkurrenzfähig ist, macht es sich zum Sprachrohr einer unbeschränkten Handelsfreiheit, während es nicht lange her ist, dass es seine eigenen Industrien mit allen Mitteln gegen ausländische Wettbewerber abschirmte. Diese Form opportunistischer Verlogenheit ist leider normal, nur würde das heillos zerstrittene Europa gut daran tun, seine künftige Stellung in der Welt zu überdenken. Was die Amerikaner gerade begonnen haben, ist ein Spiel mit dem Feuer. Sie wollen sich schützen – ein legitimes Ziel –, aber um es mit Aussicht auf Erfolg zu erreichen, hätten sie viel früher gegen den Egoismus ihrer eigenen Eliten einschreiten müssen. Die Frage ist, welche Richtung Europa einschlagen wird. Holt es die Fehler der Amerikaner nach oder wird es dem alten Kontinent gelingen, sich aus eigener Kraft zu behaupten und auch zukünftig eine eigenständige ökonomische Rolle zu spielen? Man sollte China jedenfalls nicht allzu sehr trauen, wenn es seine Bereitschaft bekundet, Europa dabei zu helfen. 

Zuerst erschienen am 9. April 2018 unter:
<http://www.gerojenner.com/wp/?p=2123>

Zum Autor

Dr. Gero Jenner



Studium der Philosophie, Indologie und Sinologie in Hamburg, später in München, Paris und Rom. Zuvor Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Zweitstudium der Soziologie in München und London ebenfalls mit

Unterstützung der Studienstiftung.

Website: <http://www.gerojenner.com>



Michael Kimani
@pesa_africa

Folgen

These two pairs of \$100 bills have 2 different USD/KES exchange rates
Top pair exchanges for 98.49 KES
Bottom pair exchanges for 75 KES
Can you guess why?



07:41 - 19. Mai 2018

26 Retweets 63 „Gefällt mir“-Angaben



28 26 63



Michael Kimani @pesa_africa · 20. Mai
But there is policy against old USD notes pre-2000 and worn out notes

"All bills of small denomination, old, dirty torn and below year 2000 series will be bought at a lower rate due to buyers including the banks reject or pay less for them"



Unternehmer, Forscher und Autor Michael Kimani arbeitet in Ostafrika im Finanzwesen mit Schwerpunkt auf der Blockchain-Technologie und Kryptowährungen. Er twittet über seine Erfahrungen rund um die afrikanische Finanzwelt.

Im Mai 2018 berichtete er über eine Geldwechsel-Aktion von US-ameri-

100 = 75 – Lehrreiches aus Afrika

Gute und schlechte Dollarscheine. Über Erlebnisse beim Umtausch von 100-US-Dollarscheinen in Kenia.

Redaktion

kanischen 100-Dollar-Noten in Kenia. Der Wechselkurs liegt normalerweise bei ca. 1 zu 100, bzw 1:1 Dollar-Cent zu KES (Kenia-Schillinge).

Die bei einem FOREX (Foreign Exchange)-Dienstleister vorgelegten Scheine waren unterschiedlichen Alters. Dabei stellte sich heraus, dass für die neuen Scheine der aktuelle Tageskurs bezahlt wurde, während es für die älteren (in den USA nach wie vor gültigen) Scheine einen Abschlag von rund 25 % gab. Ein Ausblick weist zwar darauf hin, allerdings nicht auf diesen erheblichen Unterschied.

Gemäß Schilderungen von Kommentatoren unter dem Tweet sei das üblich. Es handele sich um eine Art Risikoausgleich,

weil man sich in Afrika nie sicher sein könne, ob bei einem Weiterreichen der Scheine innerhalb des Landes nicht Schwierigkeiten hinsichtlich der Akzeptanz aufträten.

Vorausgesetzt, diese Gepflogenheit sei marktüblich, dann könnte man feststellen: Der Wechselkurs eines 100-Dollarschein liegt bei 75,- Dollar in alten

Scheinen, bzw. für drei neue 100-Dollarscheine bekommt man vier alte.

Michael Kimani arbeitet derzeit an einer Blockchain-Umsetzung für eine beliebte kenianische Einrichtung. In Ermangelung des in den westlichen Ländern normalen Bankengeschäfts haben sich – neben digitalen Zahlungssystemen über Mobiltelefone – auch soziale Spargruppen herausgebildet. Sie nennen sich „Chamas Across Africa“ (<https://chamapesa.com>). 65 % aller Kenianer nehmen an mindestens drei dieser Einrichtungen teil. Es ist dabei möglich, regelmäßig Summen anzulegen, Kredite zu niedrigen Zinsen aufzunehmen und sogar in Vermögenswerte wie Immobilien zu investieren. Die aus der Bevölkerung entstandene Einrichtung bekommt durch Michael Kimani mittels modernster technischer Entwicklungen Unterstützung, um die verwaltungstechnischen Abläufe und übliche Unwägbarkeiten, wie beispielsweise säumige Zahler besser zu bewältigen. Bei den Chamas gilt der Leitspruch: „Alleine können wir ein bisschen tun, gemeinsam sehr viel.“

Link zum hier abgebildeten Tweet: <https://t1p.de/100-75>



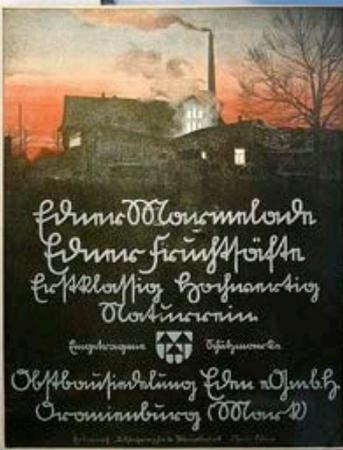
Webseite von Michael Kimani: <https://kioneki.com/>

Twitter: @pesa_africa
https://twitter.com/pesa_africa/

Eden wachgeküsst?

Ein Zwischenstand des Projekts Re-Eden in der Oranienburger Reformsiedlung

Dietrich Heißenbüttel



Text im Plakat: Edener Marmelade
Edener Fruchtsäfte
Erstklassig Hochwertig
Naturrein
Eingetragene Schutzmarke
Obstbausiedlung Eden e.G.m.b.H.
Oranienburg (Mark)



Plakat der Obstbausiedlung in Deutscher Schrift (Sütterlin) und aktuelles Foto der Gebäude.
Alle Fotos dieses Beitrags freundlicherweise bereitgestellt von Dietrich Heißenbüttel.

„Unter ‚Lebensreform‘ können sich heute nur noch Wenige etwas vorstellen“, schreibt der damalige Vorstand der Eden-Genossenschaft Roland Bloeck 1993 in der Publikation „100 Jahre Eden. Eine Idee wird zur lebendigen Philosophie“. Und weiter: „Heute führt die alternative Bewegung die Lebensreform fort.“^[1] In einem Kapitel, überschrieben „Was ist Lebensreform?“ stellt Judith Baumgartner, die den Text der 39-seitigen Broschüre verfasst hat, fest: „Lebensreform umfasst sämtliche Lebensbereiche, nämlich Arbeiten, Wohnen, Familie, Essen, Schlafen, Freizeit, Erziehung, Eigentum und Gesellschaft und versucht, reformbedürftige Verhältnisse zu verändern. Die Einzelbestrebungen sind vielfältig, ergänzen sich jedoch stets in ihrer gemeinsamen Idee, der Lebensreform.“

Im großen, zweibändigen Katalog der Darmstädter Ausstellung 2001, der umfangreichsten Publikation zum Thema, hatte Baumgarten festgehalten, die Oranienburger Obstbaukolonie sei „die älteste noch bestehende lebensreformerische Siedlungsgenossenschaft“^[2]. Nun hat sich das Rad der Geschichte weitergedreht und die Siedlung hat Ende Mai ihr 125-jähriges Bestehen gefeiert. Allerdings: Reform bedeutet Veränderung. Wie kann eine Reform 125 Jahre Bestand haben? Hat sie sich durchgesetzt? Oder verfolgt die Genossenschaft die Reformbestre-

bungen weiter, ohne nach 125 Jahren am Ziel angelangt zu sein? Oder müssten vielmehr die Reformgedanken immer wieder neu aufgegriffen und den veränderten Bedingungen angepasst, also selbst einer ständigen Revision unterzogen werden? Etwas in dieser Richtung stand hinter der Gründung des Vereins *re:form* in diesem Frühjahr: Der Doppelpunkt, der auch an die Programmiersprache erinnert, suggeriert als ambivalentes Zeichen, dass die Form der Reform einer Erneuerung – oder wie in der Musik-Notation, dass es einer Wiederholung der Reformprozesse bedarf.

Ob sich die Gedanken der Lebensreform in Eden und darüber hinaus durchgesetzt haben, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Manches ist aufgegriffen worden, anderes bleibt ungelöst. Sicher ist, dass die Siedlung im Verlauf ihrer 125-jährigen Geschichte verschiedenerlei Veränderungen, auch Einschnitten unterworfen war, die keineswegs immer aus eigenem Antrieb zustande kamen. Bis zum achten Internationalen Vegetariertag, der 1932 in Eden stattfand, lässt sich resümieren: Eden war eine Erfolgsgeschichte. Erfindungen wie die großen, innen emaillierten Tankkessel zur Lagerung des Apfelsaftes, die pflanzliche „Eden-Butter“ oder Fleischersatzprodukte wie die vegetarische Bratenmasse „Gesunde Kraft“, die im 1898 gegründeten Obstverwertungsbetrieb produziert wurden und zum Teil bis heute unter der Marke Eden, wenn auch nicht mehr zugunsten der Eden-Genossenschaft, in Reformhäusern verkauft werden, ließen die Siedlungsgemeinschaft prosperieren.

Die Einschnitte begannen in nationalsozialistischer Zeit. Die Siedlung war gespalten. Immerhin war der Zusammenhalt stark genug, um einigen, wenn auch nicht allen jüdischen Genossen, das Überleben zu sichern.^[3] In der DDR wurde wirtschaftliche Eigeninitiative nicht belohnt. Dennoch gelang den Siedlern als einzigen Ost-Betrieb, 1950 in Bad Soden im Taunus eine westliche Zweigstelle aufzumachen. Freilich verkauften die West-Genossen nach der Wende in aller Eile ihren Betrieb, ausgerechnet an den Sandoz-Chemiekonzern. Die Genossenschaft erhielt zwar ihren Anteil, war aber regelmäßiger Einkünfte beraubt. Das Geld ging überwiegend in der Finanzkrise 2008 verloren. Zudem war der Obstverwertungsbetrieb 1972 verstaatlicht worden. Wie alte Edener sagen, ging die Qualität daraufhin stark zurück. Eigeninitiative wurde nicht belohnt. Nach der Wende legte die Treuhand den Betrieb still.

Noch zur 100-Jahr-Feier hatte eine Eden-Werkstatt ein „organisatorisches Leitbild für die Weiterentwicklung“ als „ökologische Siedlung Eden“ entworfen. Zustände kamen ein neuer Kindergarten mit der damals größten Lehmkuppel Europas und eine Mehrgenerationenanlage, die bis heute über einen Mangel an Bewerbern nicht klagen kann. Andere Pläne wurden nicht mehr verwirklicht. Nach dem Verlust ihres Kapitals musste die Genossenschaft ihre Finanzen konsolidieren. Bis heute streiten die Genossen über den Kurs: War es richtig, Gemeinschaft stiftende Einrichtungen wie die Bibliothek oder den redaktionellen Teil der seit 1992 neu herausgegebenen *Edener Mitteilungen* zu streichen, die seither zu einem Mitteilungsblatt des Vorstands geschrumpft sind? War es richtig, einen

3 Zum Einfluss völkischer Ideen auf Eden gibt es eine Masterarbeit von Anja Neumann an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

1 100 Jahre Eden. Eine Idee wird zur lebendigen Philosophie, hrsg. von der Eden-Genossenschaft, Text: Judith Baumgartner, Oranienburg 1993.

2 Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900, Bd. 1, Darmstadt 2001, S. 51f.

Geschäftsführer einzustellen, der eher nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten denkt und handelt, statt den Gemeinschaftsgedanken in den Mittelpunkt zu stellen? Dazu gab und gibt es verschiedene Meinungen.

In dieser Situation zog das Berliner, der Herkunft nach bayrische Künstlerduo *bankleer* vor zwei Jahren nach Eden. Begeistert von den Gedanken der Lebensreform, in der sie die Vorläufer vieler heutiger Bewegungen entdeckten, wollten Karin Kasböck und Christoph Leitner, die auf dem Umweg über den Monte Verità bei Ascona nach Eden gefunden hatten, die frühe Reformsiedlung mit aktuellen Bestrebungen in Kontakt bringen, wie sie ihnen aus ihrem Berliner Umfeld vielfach bekannt sind. Zu prüfen, was die Gedanken der Eden-Gründer heutigen Künstlern, Initiativen oder Wissenschaftlern noch zu sagen haben, war eine Stoßrichtung. Umgekehrt war die Siedlung Eden selbst zwar von Berlinern gegründet worden und anfangs mit der Großstadt eng verbunden. Doch in neuerer Zeit, bedingt durch die deutsche Teilung, die politischen Gegebenheiten und die Altersstruktur, blieb der Radius der Wahrnehmung häufig auf Oranienburg beschränkt. In Berlin war Eden kaum noch bekannt. Ebenso wenig in Eden die vielfältigen, brodelnden neuen Entwicklungen der kunterbunten Berliner Alternativszene.

Als **HUMANE WIRTSCHAFT** in Heft 2/2018 zuerst über das Projekt berichtete, das sich inzwischen **Re-Eden** nennt, befand sich Vieles noch im Fluss. Inzwischen haben drei von fünf Programmschwerpunkten stattgefunden. Vorab war schon ab April ein Seminar von Architekturstudentinnen und -studenten des Natural Building Lab und der Habitat Unit der Technischen Universität Berlin nach Eden gekommen, um aus wiederverwerteten Hölzern ein flexibles Mobiliar für den Außenraum zu zimmern, das sich je nach Bedarf für die verschiedensten Zwecke nutzen lässt: um Aufmerksamkeit auf einen Ort zu lenken; Veranstaltungen anzukündigen; als Anschlagfläche für die Wunschproduktion; Sitzgelegenheit, um sich über die hohen Edener Hecken hinweg zu unterhalten; oder alle Teile im Kreis zusammengestellt als „Agora“ für Versammlungen.

Mit einer solchen Versammlung auf der traditionsreichen Edener Festwiese be-

gann am 27. Mai das Projekt. Künstler, die eine Arbeit realisieren wollen, stellten sich vor, ebenso wie diejenigen, die zu Themen wie Selbstversorgung als Lebenskonzept, Mikrotechnologien für regenerative Energien, Archivarbeit, Ressource Wasser oder Freinet-Pädagogik einen Workshop anbieten wollen. Am frühen Nachmittag folgte ein Umzug durch die zentralen Teile der Siedlung, der nach langer Zeit wieder etwas vom früheren Gemeinschaftsgeist aufleben ließ. Elisa Zucchetti und Nandhan Molinaro hatten mit Kindern der Musikwerkstatt Eden und der Kinderschule Oberhavel, die beide im Herz der Siedlung ihren Sitz haben, ein Programm choreografiert. Drei ältere Edener führten als fantastische Paradiesvögel den Zug an. Zwei Chöre aus Berlin, wovon Zucchetti in einem selbst mitsingt, taten sich mit dem Edener Singekreis zusammen, um „Schöner Frühling komm doch wieder“ anzustimmen. Die Beteiligung der jüngsten und ältesten Bewohner der Siedlung zog ein großes Publikum von Angehörigen und Neugierigen an. Die Parade endete mit einem Maibaumtanz nach Anleitung der ältesten Edenerin.

Mit seinem Wappen aus drei stilisierten Bäumen beruft sich Eden auf eine Trias von Reformgedanken: Lebensreform, Bodenreform und Wirtschaftsreform. Zu jedem dieser Themen ist in monatlichem Abstand ein „Eden-Salon“ angesetzt, von denen zwei mittlerweile stattgefunden haben. Der erste am 10. Juni war sehr gut besucht. Von den eingeladenen Experten hatte die Literaturwissenschaftlerin Gertrude

Cepl-Kaufmann leider aus gesundheitlichen Gründen absagen müssen. Sie hat über den Friedrichshagener Dichterkreis^[4] geforscht, ein anderer früher Schwerpunkt lebensreformerischer Bestrebungen, von dem unter anderem die Volksbühne, die Volkshochschulbewegung und die Deutsche Gartenstadtgesellschaft ausgingen. Bernd Wedemeyer-Kolwe, der das Niedersächsische Institut für Sportgeschichte in Hannover leitet und im vergangenen Jahr ein Buch zur Lebensreform veröffentlicht hat^[5], konzentriert sich auf die Kerngedanken der Lebensreform um 1900, wie sie auch Eden geprägt haben: Naturheilkunde, Vegetarismus, Körperkultur und Siedlungsbewegung. Er ging in seinen Ausführungen auch den problematischeren Entwicklungen der völkischen Teile der Reformbewegung früher und heute nach.

Aus Eden waren Waltraud und Dieter Eisenberger beteiligt, die seit 1962 zusammen in Eden leben: Er hat die Ausstellung zur Geschichte Edens mit aufgebaut und zwanzig Jahre lang geleitet; sie war lange Jahre im Redaktionsteam der *Edener Mitteilungen*. Andrea Mischke und Annike Knackstedt, die Leiterinnen der Kinderschule Oberhavel, gaben einen Einblick in die Prinzipien des französischen Reformpädagogen Célestin Freinet. Erstaunlich erscheint, wie we-

4 Gertrude Cepl-Kaufmann, Rolf Kauffeldt: *Berlin-Friedrichshagen. Literaturhauptstadt um die Jahrhundertwende. Der Friedrichshagener Dichterkreis*, München 1994.

5 Bernd Wedemeyer-Kolwe: *Aufbruch. Die Lebensreform in Deutschland*, Darmstadt 2017.



Der erste „Eden-Salon“ am 10. Juni 2018 fand regen Anklang.



Kartons der Eden-Pflanzenbutter der „neuform VDR“, Vereinigung deut. Reformhäuser, Oberursel, Taunus

nig sich die Ziele der Reformpädagogik – unter anderem selbstbestimmtes Lernen und Lernen mit und in der Natur – seit 1897, als die erste Schule in Eden gegründet wurde, geändert haben. Über die Arbeit mit Grundschulern hinaus stieß die Aussage „jeder Mensch ist gleich wertvoll“ auf große Zustimmung. Die Diskussion nutzten manche Anwesenden, um einem lange gehegten Groll oder alten Enttäuschungen Luft zu machen. Genossenschaftsvorstände und ein Aufsichtsrat widersprachen. Wichtiger war vielleicht, überhaupt wieder ins Gespräch zu kommen. Nach der Veranstaltung äußerten mehrere Genossenschaftsmitglieder, die sich vor Jahren im Zorn zurückgezogen hatten, den Wunsch, sich wieder einzubringen.

Vor dem zweiten Salon waren zunächst noch einmal die Architekturstudenten am Zug, die in vier Teams ihre Entwürfe

zum leerstehenden Obstverwertungsbetrieb vorstellten. In Modellen und Zeichnungen detailliert ausgearbeitet, waren ihre Ideen erstaunlich gut durchdacht. Er habe in Eden eine solche Ruhe empfunden, wie er sie von Berlin gar nicht kenne, meinte einer. Erholung für Städ-



Die angehenden Architekten präsentierten ihre Werke beim zweiten „Eden-Salon“ am 1. Juli 2018.

ter, ein Naturheil-Quartier, eine Ausbildungsstätte oder einen neuen Betrieb, der aus der vielseitigen Brennnessel, angebaut auf derzeit ungenutzten Edener Grundstücken, Textilien und Tee sowie viele weitere Produkte herstellt: Dieser Art waren die Vorschläge, die auch bei der Genossenschaft sehr gut ankamen.

Bodenreform, das Thema des zweiten Salons, ist nicht nur ein zentraler Aspekt der Eden-Geschichte, sondern auch zahlreicher aktueller Probleme von der Grundsteuer bis hin zur Gentrifizierung. Zu den Eden-Gründern gehörte Franz Oppenheimer, auch wenn er selbst nicht in Eden gelebt hat. „Das erste Projekt im Rahmen seiner Siedlungspolitik war die ‚Obstbausiedlung Eden‘, an deren Gründung 1893 er sich zwar nicht direkt beteiligte, aber später an der Ausarbeitung der Statuten mitarbeitete, die hinsicht-



lich der Eigentums- und Erbpachtregelung weitgehend seinen Vorstellungen entsprach“, meint sein Biograf Bernd Vogt.^[6] Adolf Damaschke, 1898 Gründer des Deutschen Bunds für Bodenreform, war von 1911 an Mitglied der

6 Bernd Vogt: Franz Oppenheimer. Wissenschaft und Ethik der sozialen Marktwirtschaft, Bodenheim 1997, S. 157.



Eden-Genossenschaft und nahm später wesentlichen Einfluss auf die Bodenpolitik der Weimarer Republik. In der Weimarer Verfassung heißt es: „Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.“^[7]

David Haney, der eine detailreiche Studie zu dem bedeutenden Landschaftsarchitekten und Ökologie-Pionier Leberecht Migge verfasst hat,^[8] fing an mit der *Single Tax* von Henry George. Für Migge, von dem die Grünplanungen der Frankfurter Römerstadt und der Berliner Hufeisensiedlung stammen, war der amerikanische Ökonom ebenso wichtig wie das Vorbild Eden, das er von seiner Gärtnerlehre um 1900 her kannte. Marco Clausen, Mitbegründer des Berliner Prinzessinnengartens, erläuterte, wie Bodenreform und Bodenpolitik angesichts schwindelerregender Preissteigerungen in seiner *Nachbarschaftsakademie*^[9] und im Verein *Common Grounds*^[10] diskutiert wird. Berlin, wie viele andere Städte, hat lange Zeit eher einen Ausverkauf städtischer Grundstücke betrieben, um Geld in die klammen Kassen zu spülen. Eine völlig verfehlte Politik, wie auch Sabine Horlitz meint, die als Architektin mit Andrej Holm eine Studie zu einer neuen Wohnungs-Gemeinnützigkeit ausgearbeitet hat.^[11] Sie konzentrierte sich in ihren Aus-

7 Art. 155.

8 David Haney: *When Modern Was Green. Life and Work of Landscape Architect Leberecht Migge*, London, New York 2010.

9 <http://www.nachbarschaftsakademie.org/>

10 <http://common-grounds.net/>

11 Andrej Holm, Sabine Horlitz, Inga Jessen: *Neue Wohnungs-Gemeinnützigkeit. Voraussetzungen, Modelle und erwartete Effekte*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017.

führungen auf das amerikanische Modell der Community Land Trusts, das einerseits große Ähnlichkeit mit Eden hat, da der Boden grundsätzlich Gemeinbesitz ist und im Erbbaurecht vergeben wird, während die Häuser Eigentum der Besitzer sein können. Zu den Unterschieden gehört, dass es erklärtes Ziel der Trusts ist, Wohnungen für alle Zeit in ihrem Besitz zu behalten und dauerhaft kostengünstig anzubieten.

Wirtschaftsthemen sind schwieriger zu diskutieren als das große, bunt schillernde Thema der Lebensreform, unter dem sich jeder etwas vorstellen kann. Gleichwohl kam es auch im zweiten Salon zu interessanten, teils kontroversen Diskussionen über die Gemeinnützigkeit der Eden-Genossenschaft, den soeben erst gescheiterten Versuch, die Schwelle der Auflösung herabzusetzen, über Erbbauzinsen und Grundstücksgrößen. Wieder stellte sich heraus: Es mangelt an Begegnungsräumen und Anlässen, an Wegen der Kommunikation, der Begeisterung für die gemeinsame Sache, wie sie früher in Eden zu spüren war und in jüngerer Zeit eingeschlafen zu sein scheint. Ein begeisterter Teilnehmer meinte gar, der Verein *re:form* habe mit seinem Programm Eden wachgeküsst.

Ob es sich um ein vorübergehendes Aufwachen aus dem Dämmer Schlaf handelt oder ob etwas in Gang gekommen ist, wird sich noch weisen müssen. Einstweilen ist es nur ein kleiner Teil der über 500 Haushalte, der das Projekt interessiert verfolgt. **Als nächstes steht am 26. August der dritte Eden-Salon zum Thema Wirtschaftsreform auf dem Programm, an dem neben dem Silvio-Gesell-Herausgeber und -Biografen Werner Onken^[12] auch Andreas Bangemann,**

12 Werner Onken: *Silvio Gesell und die natürliche Wirtschaftsordnung*, Lütjenburg 1999; Silvio Gesell: *Gesammelte Werke in 18 Bänden*, hrsg. von Werner Onken, Hannoversch-Münden, Lütjenburg 1988-1997.

der Redakteur von **HUMANE WIRTSCHAFT** teilnehmen wird. Gesell lebte von 1911 bis zu seinem Tod 1930 überwiegend in Eden, weil er hier seine Vorstellungen bereits weitgehend verwirklicht sah. Gesell und die Geldreform werden eine Rolle spielen, aber auch diesmal wieder die Eden-Genossenschaft selbst. Wird sie den Idealen ihrer drei Bäume noch gerecht oder nähert sie sich einem normalen Wirtschaftsbetrieb? Lassen sich in ihrer eigenen Geschichte Ansätze finden, die zu einem neuen, zukunftsweisenden gemeinschaftlichen Wirtschaften führen? Dazu könnte Angelika Drescher Anregungen liefern, die mit ihrem Büro „Die Zusammenarbeiter“^[13] bereits eine Reihe von gemeinschaftlichen Projekten mit vielköpfigen Bauherren entwickelt und gesteuert hat.

Was aus den spannenden Diskussionen wird, wie sie ausgewertet und einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden können, steht im Moment noch nicht fest. Auch die Entwürfe der Architekten sollten, damit sie Wirkung entfalten können, nicht nur einmal für zwei Stunden an einem Ort zu sehen sein. Ob sich für eine vorgesehene Publikation eine Finanzierung findet, ob sie rechtzeitig zum Abschluss des Projekts fertig wird, ist ebenfalls noch nicht klar. An den fünf Tagen vom 19. bis 23. September finden die Workshops statt. Das letzte Wort haben die Künstler. An zwei Tagen setzen sich Erik Göngrich, Stephan Dilleuth, Adam Page und Eva Hertzsch, Milosz Paul Rosinski und nicht zuletzt *bankleer* mit der Siedlung auseinander. Florian Wüst kuratiert ein Filmprogramm. Das Hamburger Theaterkollektiv *Kommando Himmelfahrt* begibt sich auf die Suche nach dem Geist von Eden. Es endet wie es begann mit einer Parade. 

13 <http://www.zusammenarbeiter.de/>

Zum Autor

Dr. Dietrich Heißenbüttel



Geboren 1956 in Hamburg. Ausbildung zum Schreiner und Möbelrestaurator. Studium der Kunstgeschichte und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Stuttgart. Promotion in Kunstgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitet als Kunsthistoriker, Journalist und Übersetzer.

Website: <http://artwritings.de>

Japanisches Fernsehen im Archiv für Geld- und Bodenreform in Oldenburg

Hinweis der Redaktion



Wie Werner Onken mitteilte, besuchte ein Fernseherteam aus Japan dieser Tage das in der Bibliothek der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg beheimatete „Archiv für Geld- und Bodenreform“. Das Interesse der Filmemacher der

Nippon Hōsō Kyōkai (NHK), dem einzigen öffentlich-rechtlichen Sender Japans und zugleich dem zweitgrößten des Landes, galt dem Wirken Silvio Gesells. Werner Onken führte die Gäste durch das Archiv und ermöglichte Einblicke, die im Rahmen der für den Herbst diesen Jahres geplanten Ausstrahlung über Ökonomie einen Eindruck der freiwirtschaftlichen Alternative bieten soll. Besonders interessierte sich Redakteur

Tsuyoshi Katsuragi für Fotos von Gessell und vor allem von den „Geldscheinen“, die mit Hintergrund seiner Theorie in verschiedenen Experimenten gedruckt wurden. Weitere Stationen der Reise für die Fernseh-Dokumentation sind Traunstein, wo die Regionalwährung „Chiemgauer“ beheimatet ist, und die Schweizer Gemeinde Gondo, wo sich ein Kryptowährungsunternehmen angesiedelt hat. 

Archiv für Geld- und Bodenreform

Sondersammlung in der
Bibliothek der
Carl von Ossietzky-Universität

Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg
Raum B 232 im Saal 6 auf der Ebene 2



Kontakt:

Werner Onken, Dipl.-Ökonom
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
Fon: 0441 – 36 111 797
eMail: onken@sozialoekonomie.info
Web: www.sozialoekonomie.info



Gesprächs- und Leserkreise

Kontakt über unsere Geschäftsstellenleiterin **Frau Erika Schmied** in unserer Geschäftsstelle in **Neustadt a. d. Aisch**.

Dortmund, jeden ersten Dienstag im Monat

Dortmunder Stammtisch und Diskussionskreis
Ort: Steinstraße 48, im Haus der „Auslandsgesellschaft“, direkt am Hbf.
Kontakt: Mark Brill E-Mail: dortmund@humane-wirtschaft.de

Stuttgarter/Böblinger Leserkreistreffen

Jeden Donnerstag, 19 Uhr Diskussionsrunde, Wichtel in Böblingen
(Kurzlink zur Anfahrt: <https://t1p.de/wichtel>)
Neben der Verinnerlichung einer Geld- und Bodenreform diskutieren wir aktuelle Geschehnisse in der Wirtschaft, in Finanz- und Geopolitik und deren mögliche Auswirkungen.

Interessierte Menschen sind herzlich willkommen.

Kontakt: Said Ben Sedrine, E-Mail: stuttgart@humane-wirtschaft.de

Jeden ersten Montag im Monat ab 20 Uhr in Plauen

Stammtisch/Leserkreis • Im Malzhaus • Alter Teich 7
• 08527 Plauen • Kontakt: Andreas Wunderlich
• E-Mail: plauen@humane-wirtschaft.de

E-Mail: service@humane-wirtschaft.de
Telefon: (09161) 87 28 672

Wuppertal, jeden dritten Mittw. im Monat, 17 - 19 Uhr

Lernort Wuppertal – Treffpunkt für Aktive und die es werden wollen. **Jour fixe** an jedem dritten Mittwoch im Monat.

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <http://lernort-wuppertal.de>

Biberach a. d. Riß, jeden dritten Dienstag im Monat

Stammtisch für „Nachhaltige Finanzen“

Funktionsweise und Hintergründe unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems werden mit unterschiedlichsten Themen vielseitig betrachtet.

Ort: **TG-Heim Restaurant, Adenauerallee 11, 88400 Biberach a. d. Riß** Infos: S. Späth 01 76 - 61 50 74 53
E-Mail: Sebastian.Spaeth@bund.net
Informationen im Internet: <http://t1p.de/bund-biberach>

Wien, Mi. 25. Juli bis Fr. 10. Aug. 2018

„Alternative Economic and Monetary Systems“ **Internationale Summer University** – The Economy of the Future Summer school, u. a. mit Christian Felber, Bernard Lietaer, Christian Kreiß... weitere Info: <http://summer-university.net>

Malmö (Schweden), Di. 21. bis Sa. 25. August 2018

„Degrowth-conference 2018 - DIALOGUES IN TURBULENT TIMES“ – Weitere Infos: <https://malmo.degrowth.org/>

Berlin/Oranienburg, 26. August 2018, 17:00 bis 19:00 Uhr

„Eden-Salon“ **Wirtschaftsreform** – Im Rahmen des Jubiläumsprogramms zum 125-jährigen Bestehen der ältesten Siedlung der Lebensreformbewegung u. a. mit Angelika Drescher, Werner Onken und Andreas Bangemann, sowie Mitgliedern der Eden-Genossenschaft.
Ort: **Pension Eden im Lilienthalhaus, Struweg 102, 16515 Oranienburg-Eden.**
Weitere Infos zum gesamten Jubiläumsprogramm: <http://bankleer.org/de/re-eden-2018/> siehe auch Seiten 20-23 in dieser Ausgabe.

Wuppertal, Sa. 1. bis So. 2. September 2018

Seminarreihe „Wirtschaft und Gesellschaft“ zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen zum Thema: „Herkunft und Zukunft des Ordoliberalismus“ (Details s. S. 28, S. 29 und online).

Wuppertal, Fr. 21. bis So. 23. September 2018

Vernetzungstreffen geld- und bodenreformerischer Organisationen und Initiativen (Einzelheiten in unserer Ausgabe 05/2018)

Wuppertal, Sa. 27. und So. 28. Okt. 2018

Vormerken!

62. Mündener Gespräche „Zukunft des Bargeldes - Abschaffung oder Reform?“ – Details auf den Seiten 26 und 27 in dieser Ausgabe.
Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de>

F Kontaktpersonen „Fließendes Geld“ nach **PLZ-Gebieten**.
In Zusammenarbeit mit der „Neues Geld gGmbH“ in Leipzig.

PLZ, Ort und **Kontakt-E-Mailadresse:**

- | | |
|--|--|
| 0: Altenburg
Halle
Lauchhammer
Leipzig
Leisnig, Grimma
und Döbeln
Markkleeberg
Plauen
Zwickau | engelmann-klaus@t-online.de
k.s.h@hotmail.de
philipp.kapp@web.de
info@neuesgeld.net

Stammtisch-Leis-Gri-Doe@t-online.de
info@christian-heller.name
info@lehmmacke.de
uta.pleissner@web.de |
| 1: Berlin
Pritzwalk | marlies.kujawa@yahoo.de
Marcel.Neumann1977@gmx.de |
| 2: Ihlow | karinbuse@web.de |

- | | |
|---|--|
| 3: Clausthal-Zellerf.
Marburg | michael.boettcher@harz-for-fun.de
post@regioinitiative.de |
| 4: Dortmund
Osnabrück | fließendes-geld-dortmund@online.de
fließendes-geld@osxnet.de |
| 6: Frankfurt
Homburg | rm-geld@web.de
neuesgeld@egal-war-gestern.de |
| 7: Stuttgart
Tübingen | said.bensedrine@gmail.com
grossmann@neuesgeld-engstingen.de |
| 8: Bad Wiessee
Augsburg | bogner.holz@t-online.de
benedikt.michale@fm-michale.de |
| 9: Kronach
Nürnberg
Weimar | hruyter@web.de
fabian_huck@web.de
info@ilm-kreisel.de |

Viele weitere Infos: <http://www.neuesgeld.net>

„Zur Zukunft des Bargeldes: Reform oder Abschaffung?“

62. Mündener Gespräche
vom 27. bis 28. Oktober 2018 in Wuppertal



Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

In den letzten Jahren traten die US-amerikanischen Ökonomen Larry Summers und Kenneth Rogoff sowie der deutsche Ökonom Peter Bofinger mit der Forderung an die Öffentlichkeit, im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung das Bargeld ganz abzuschaffen und sich damit einer Entwicklung anzuschließen, die besonders in Schweden schon sehr weit vorangeschritten ist. Banknoten und Münzen seien in Zeiten der Digitalisierung archaische, altmodische Zahlungsmittel, die besser durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ersetzt werden könnten. Außerdem förderten sie dunkle Geschäfte auf Schwarzmärkten sowie in den kriminellen Bereichen des Frauen-, Drogen- und Waffenhandels. Tatsächlich könnte die Existenz von 200er und 500er Scheinen diese dunklen Geschäfte ebenso erleichtern wie die Steuerhinterziehung. Deren tiefere Ursache ist das Bargeld allerdings nicht. Problematisch ist vielmehr die Eignung der größeren Scheine zur Hortung von Geld.



Trotz aller Erleichterungen durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ist das Bargeld besonders bei der Zahlung von kleineren und mittleren Beträgen in Deutschland nach Angaben der Deutschen Bundesbank noch immer das beliebteste Zahlungsmittel. Seine Abschaffung würde die Anonymität der Zahlungsvorgänge aufheben und die Menschen in einem wesentlichen Teil ihrer ökonomischen Existenz den technischen Möglichkeiten einer totalen Überwachung ausliefern.

Sollte das Bargeld also wirklich abgeschafft werden? Oder wäre es viel-

leicht sinnvoller, es im Sinne der Geldreformvorschläge von Gesell, Keynes & Co. zu reformieren? Seine Belegung mit einer Liquiditätsgebühr – Keynes sprach von „*künstlichen Durchhaltungskosten des Geldes*“ – könnte gerade in den gegenwärtigen Zeiten negativer Leitzinsen eine Möglichkeit bieten, die Hortung von Geld in größerem

Stil zu unterbinden. Dann könnten die Notenbanken die Menge des in den Verkehr gegebenen Bargeldes stabilitätsgerecht an die Bedürfnisse der Realwirtschaft anpassen. Sie könnten die Inflation im Wege einer exakten Geldmengensteuerung ohne die Gefahr eines Abgleitens in eine Deflation auf null senken. Und zugleich könnten

Das Programm (Änderungen vorbehalten)

Samstag, 27. Oktober 2018

- 9:15 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Steinfurt
- 9:30 Uhr **Makroökonomische Bedeutung des Bargeldes im Geldsystem**
Andreas Barke, Uni München
- 10:45 Uhr **Kaffeepause**
- 11:00 Uhr **Zukunft des Bargeldes – als Komplementärwährung?**
Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen
- 12:30 Uhr **Mittagspause**
- 14:30 Uhr **Abschaffung oder Reform des Bargeldes? – Was sagen US-amerikanische Ökonomen dazu?**
Beate Bockting, Redaktion „Fairconomy“, Greven bei Münster
- 16:00 Uhr **Kaffeepause**
- 16:30 Uhr **Zur praktischen Einführung einer Liquiditätsgebühr auf das Bargeld**
Thomas Seltmann, wiss. Mitarbeiter (Photovoltaik) der Verbraucherzentrale NRW, Düsseldorf; s. a.: <https://t1p.de/bargebuehr/>
- 18:00 Uhr **Abendpause**
- 20:00 Uhr **Robert Eisler - Leben und Werk eines vergessenen österreichischen Kulturhistorikers und Geldreformers**
Dr. Ferdinand Wenzlaff & Anne Löscher, Hamburg

Sonntag, 28. Oktober 2018

- 9:15 Uhr **Warum staatliche Währungen langfristig privaten Kryptowährungen überlegen sind**
Dr. Max Danzmann, Frankfurt/M.
- 10:15 Uhr **Kaffeepause**
- 10:45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12:30 Uhr **Ende der Tagung**

sie die kurzfristigen Zinsen noch tiefer als die bisherigen Null- und Negativzinsen in die Richtung von -5 % senken, dadurch einen deutlich negativen Leitzins ermöglichen und dafür sorgen, dass die Zinsen für langfristige Geldanlagen in geringer Bandbreite um null pendeln. Dann würde das Geld – endlich! – ein verteilungsneutrales Mittel des wirtschaftlichen Austausches. Und eine gerechtere Verteilung würde schließlich gleichsam von selbst auch den Nährboden für kriminelle Geschäfte austrocknen.

Abschaffung oder Reform des Bargeldes? In Anknüpfung an die wissenschaftlichen Debatten in den USA und Deutschland sollen bei den 62. Mündener Gesprächen Argumente

und Gegenargumente sorgfältig abgewogen werden. Zur Beteiligung an diesen Gesprächen laden wir Sie sehr herzlich ein. 

Weitere Informationen und Programm zum Download:

<https://t1p.de/MueGe>

Übernachtung/Verpflegung im Tagungshaus buchbar. Alle Infos dazu in einem ausführlichen Anmeldeformular mit Preisliste im Internet unter:

<https://t1p.de/MueGe62>
Tagungsgebühr: 25,- €

Silvio Gesell
TAGUNGSSTÄTTE

Tagungsort:

Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Schanzenweg 86
42111 Wuppertal

Tel.: 0 20 53 - 42 37 66
Fax: 0 20 53 - 42 37 99

E-Mail: ab@sgt-wuppertal.de
Homepage: <http://sgt-wuppertal.de>

Ansprechpartner: **Andreas Bangemann**

Die 63. Mündener Gespräche werden vom 23. März bis zum 24. März 2019 ebenfalls in Wuppertal stattfinden. Das Thema dann: „Krieg & Frieden“

NEU

Werner Onken: „**Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen**“

Oldenburg 2018, 110 S., Softcover € 16,00 ISBN 978-3-933891-31-0

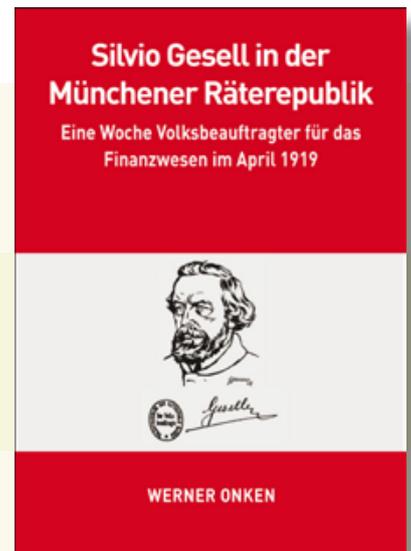
Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Im Zusammenhang mit den historischen Erinnerungen an diese rund 100 Jahre zurückliegende besondere Episode der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts geht es in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie Silvio Gesell die wirtschaftspolitische Entwick-

lung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug. Könnten seine Geld- und Bodenreformvorschläge angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten vielleicht auch heute noch aktuell sein und in weiterentwickelter Form zur Überwindung gegenwärtiger Krisen beitragen?

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über

Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.
E-Mail: post@dieterfauth.de (Lieferung frei Haus).



„Wirtschaft und Gesellschaft“

Jetzt anmelden!

**Seminarreihe zur Vermittlung
und Erarbeitung von Grundlagenwissen**

Redaktion

Interessierte jeden Alters erlangen hier das Rüstzeug für die aktive Befassung mit Problemstellungen und Lösungsvorschlägen zum Geld- und Finanzsystem, der Bodenordnung und weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Kurs mit Workshop-Charakter wird geleitet von Fritz Andres und David Fiedler und ist ein Projekt des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. in Bad Boll, an dem der Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V., Essen und der Lernort Wuppertal, getragen vom Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland e. V. mitwirken.

Schulungsmaterial, Abschluss-Zertifikat und die Möglichkeit zum Besuch weiterer Aufbaukurse werden geboten.

Die Seminare sind einzeln buchbar oder im Ganzen. Ab Februar 2018 sind weitere aufbauende Seminarwochenenden geplant. Die Teilnahmegebühr beträgt pro Seminarwochenende 50,- €, für Schüler und Studenten 25,- €.

Das Komplett-Verpflegungspaket während des gesamten Seminars (alle Mahlzeiten am Samstag und Sonntag, sowie alkoholfreie Tagungsgetränke, heiß und kalt) kostet 39,- €.

Zusätzlich können preiswerte Übernachtungen in der Tagungsstätte gebucht werden. Anreise Freitag ist möglich. Nähere Informationen siehe Anmeldeformular.

Veranstaltungsort:

Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal
<https://sgt-wuppertal.de>

Nähere Informationen und Anmeldung unter:
<https://lernort-wuppertal.de> und
<https://humane-wirtschaft.de>

Infotelefon: 0 20 53 - 42 37 66

E-Mail: redaktion@humane-wirtschaft.de

Termine

1. / 2. Sept. 2018

20. / 21. Okt. 2018

Themen

Herkunft und Zukunft
des Ordoliberalismus

Sozialwissenschaftliche Überblicke
und Querschnittsbetrachtungen

1. und 2. September 2018 **Herkunft und Zukunft des Ordoliberalismus**

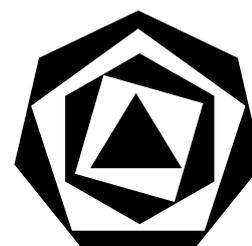
Die Aktualität des Ordoliberalismus ergibt sich daraus, dass er zur Zeit seiner Entstehung um 1930 eine Antwort auf den damals zum Laissez-faire entarteten Liberalismus war – einen Liberalismus, der dem Neoliberalismus unserer Tage in vielem glich. Nachdem am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in vieler Hinsicht ein Versagen des Staates, ein Mangel an Ordnung und Gleichheit zu beklagen war, stellte der Ordoliberalismus den Versuch dar, den Staat

als ordnende Potenz in volle Funktion zu setzen und Freiheit und Ordnung, Freiheit und Gleichheit in eine neue Balance zu bringen. Können wir aus den Antworten von damals etwas für die Lösung der Probleme von heute lernen?

In der Tagung sollen die Antworten des Ordoliberalismus im Einzelnen vorgestellt und auf ihre Tauglichkeit für die Lösung der Probleme unserer Zeit geprüft werden. Nicht alles wird man übernehmen

können, auch erfordern neu aufgekommene Probleme neue Antworten. Und es wird zu prüfen sein, was die Geld- und Bodenreform zur Erreichung der Ziele des Ordoliberalismus beitragen kann.

Referenten: **Fritz Andres**, Kirn; **David Fiedler**, Andernach (beide SffO, Bad Boll).



**SEMINAR FÜR
FREIHEITLICHE
ORDNUNG e. V.**

Das Programm 1. und 2. September 2018:**Freitag, 31. August 2018**

Möglichkeit zur Anreise, Zeit für Gespräche vor der Tagung, Zeit, um gemeinsame Pläne zu schmieden.

(Übernachtungsmöglichkeiten von Freitag auf Samstag sind gegeben)

Samstag, 1. September 2018

10:00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
10:15 Uhr	Historische Herleitung des Ordoliberalismus: das Problem der privaten Macht in einer freien Gesellschaft
11:15 Uhr	Marktformen und konstituierende Prinzipien
12:30 Uhr	Mittagspause
14:30 Uhr	Kaffeeangebot im Tagungsraum
15:00 Uhr	Offene Märkte, persönliche Haftung und weitere konstituierende Prinzipien des Ordoliberalismus
16:15 Uhr	Pause
16:45 Uhr	Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft aus ordoliberaler Sicht

18:00 Uhr	Abendessen
20:00 Uhr	Freies Gespräch

Sonntag, 2. September 2018

9:00 Uhr	Vollendung des Ordoliberalismus durch Freiwirtschaft? – Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), ein unvollendet gebliebener Versuch der Kooperation
10:00 Uhr	Pause
10:30 Uhr	Ergänzung des Ordoliberalismus durch Dreigliederung des Sozialen Organismus
11:15 Uhr	Schlussdiskussion
12:00 Uhr	Tagungsende

20. und 21. Oktober 2018**Sozialwissenschaftliche Überblicke und Querschnittsbetrachtungen** 

Die Zunahme ökologisch, sozial, ökonomisch und politisch bedingter Konflikte auf der Erde ist nicht zuletzt ein Spiegel der Zerrissenheit unserer Sozialwissenschaften. Wenn an den Hochschulen die einzelnen Wissenschaften immer weniger miteinander zu tun haben, sich immer weiter auseinanderentwickeln und sich zuletzt nicht mehr miteinander verständigen können, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn in einer Welt, in der alles mit allem zusammenhängt, die Probleme immer größer werden. Gleichzeitig scheint der Mensch in den Sozialwissenschaften immer

mehr aus dem Blick zu geraten, obwohl er doch im Zentrum jeder Sozialgestaltung steht oder stehen müsste. Vielleicht ist dieser Verlust des Mittelpunkts sogar die eigentliche Ursache für die Zersplitterung der Wissenschaften.

Mit Überblicken und Querschnittsbetrachtungen soll gleichsam horizontal und durch menschenkundliche Orientierung vertikal versucht werden, den zentrifugalen Zersplitterungstendenzen entgegenzuwirken und die Idee eines Sozialen Ganzen als Organismus sichtbar und verständlich werden zu lassen.

Die Tagung bildet den Abschluss des Kurses über Grundfragen von Wirtschaft und Gesellschaft und bietet Interessierten zugleich die Möglichkeit, sich einen Überblick über den ab Januar 2019 beginnenden neuen Kurs zu verschaffen. 

Referenten: **Fritz Andres**, Kirn; **David Fiedler**, Andernach (beide SffO, Bad Boll).

Begleitende Schriften der „Fragen der Freiheit“ zum Seminar können während beider Veranstaltung erworben werden.

Das Programm 20. und 21. Oktober 2018:**Samstag, 20. Oktober 2018**

10:00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
10:15 Uhr	Das Bild des Menschen im Spiegel der Sozialordnung
11:00 Uhr	Pause
11:15 Uhr	Besitz und Nutzung – Querschnittsbetrachtungen durch verschiedene Sozialbereiche
12:30 Uhr	Gemeinsames Mittagessen in der Tagungsstätte
14:30 Uhr	Kaffeeangebot im Tagungsraum
15:00 Uhr	Gleichheit und Freiheit/Verschiedenheit, Ungleichheit und Gleichmacherei im Wertequadrat
16:15 Uhr	Pause
16:45 Uhr	Macht und Recht: Ergänzung oder Widerspruch?
18:00 Uhr	Abendessen

20:00 Uhr	Das Ganze und die Teile in verschiedenen Bereichen der Sozialordnung – und wohin man kommt, wenn man beides nicht auseinanderhält
-----------	---

Sonntag, 21. Oktober 2018

9:00 Uhr	Die Interdependenz der Ordnungen und die Dreigliederung des sozialen Organismus
9:45 Uhr	Mechanismus und Organismus in Natur und Gesellschaft
10:30 Uhr	Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft: die menscheitsgeschichtliche Bedeutung sozialer Reformen am Beispiel der Bodenreform
11:00 Uhr	Schlussdiskussion
12:00 Uhr	Tagungsende

Das „Wir“ zerbröckelt

Was vom geplanten „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ zu halten ist

Pat Christ

Was dieses Institut wohl herausfinden wird? Sehr wahrscheinlich, dass es tatsächlich enorme Unterschiede gibt. Von 100 Bundesbürgern sind vier so arm, dass sie Monat für Monat Probleme haben, die Miete zu zahlen, das Geld für den Strom zu überweisen oder eine Hypothek abzubezahlen. Um das herauszufinden, braucht es allerdings kein neues Institut. Das weiß auch die statistische Bundesamt. Das weiß sogar noch mehr. Das weiß, dass es 16 Millionen Menschen in diesem Land materiell nicht gut geht.

In welchem Maße unsere Gesellschaft auseinanderdriftet, bekommen viele soziale Einrichtungen seismografisch mit. Dazu gehören die Bahnhofsmissionen als Anlaufstelle für Heimat- und Hilfslose. Menschen ohne eigenes Dach über dem Kopf suchen die Bahnhofsmissionen ebenso auf wie Männer und Frauen in prekären Lebenssituationen oder Geflüchtete. 103 Bahnhofsmissionen gibt es derzeit in Deutschland. Sie helfen jedes Jahr mehr als zwei Millionen Menschen. Jeder zweite befindet sich in einer dauerhaften sozialen Notlage.

Besser als in Afrika?

Natürlich, um in diese Richtung zielende Argumente vorzugreifen, geht es diesen Menschen weitaus besser als Bürgern in vielen afrikanischen oder lateinamerikanischen Ländern. Gar keine Frage. Womit wir uns relevanteren Themen zuwenden könnten.

Aber genau das ist der Punkt: Diese Menschen leben nicht in einem afrikanischen Staat. Sondern hier. In einer Gesellschaft, die eigentlich ein „Wir“ darstellen sollte. Die von einer aus einem Konsens hervorgegangenen Regierung gelenkt wird. Auf deren Bedürfnisse, soweit die Theorie, ein Bildungssystem maßgeschneidert wurde.

So ganz „Wir“ war dieses „Wir“ freilich noch nie. Aber das muss auch

Das gesellschaftliche Gefüge ist morsch geworden. Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Alles scheint zu zerfleddern. Da sind die Reichen. Da die Armen. Da die Christen. Da die Muslime. Hier die „Ossis“. Da die „Wessis“. Hier die „Homos“. Dort die „Heteros“. Da die Linken. Dort die Rechten. Da sind die, die schon ewig im Lande leben. Andere kamen gerade eben an. Immer weniger geht zusammen. Alles zersplittert. Fragmentiert. Ein von der Politik herbeigeführter Zustand beginnt, die Politik zu beunruhigen. Einen „Neuen Zusammenhalt“ wollen sie schaffen, unsere PolitikerInnen.

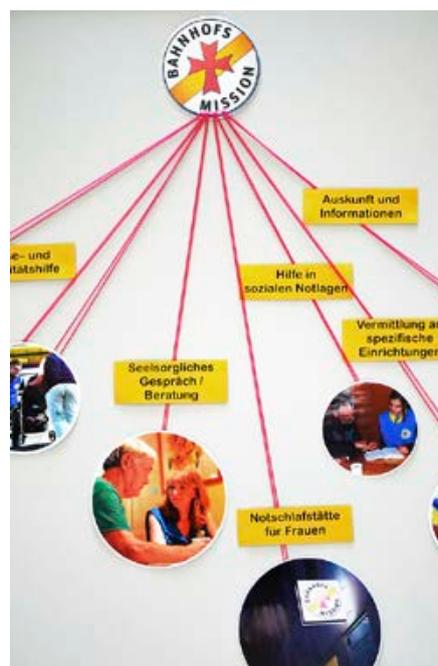


Immerhin: Die Koalition nimmt zur Kenntnis, dass unsere Gesellschaft inzwischen völlig zerrissen und vielfach gespalten ist. Der Koalitionsvertrag hat denn auch einen Untertitel, der aufhorchen lässt. „Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“, lautet er.

„Wir wollen einen neuen Zusammenhalt schaffen“, betonte Angela Merkel auch in ihrer Regierungserklärung vom 21. März. Menschlich und gerecht soll sie werden, die Gesellschaft unseres Landes. Dass gerade in Deutschland alles auseinanderdriftet, dass Neid und soziale Konkurrenz wachsen, führt Merkel auf ihre Flüchtlingspolitik zurück. Leider sei der Eindruck entstanden, „dass in einer großen Notlage ganz schnell und umstandslos Fremden geholfen wird, die einheimischen Deutschen, die ebenfalls der Hilfe bedürfen, aber zurückstehen müssen“. Ein falscher Eindruck, so Merkel, in einem

Land mit „übergroßem Wohlstand“.

Wie soll geschehen, dass ein neuer Zusammenhalt entsteht? Die Politik scheint ratlos. Und wie so oft in solchen Situationen, wird ein neues Institut gegründet: Das „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Diese Forschungseinrichtung soll Impulse geben, wie die vielfachen Risse quer durch unsere Gesellschaft gekittet werden könnten. In Sachsen soll es angesiedelt werden. Denn dort soll die Situation noch schlimmer sein als im Rest des Landes.



Vor allem die Bahnhofsmissionen bekommen das Auseinanderdriften von Armen und Reichen stark zu spüren.



Weil er nicht genug Altersrente bekommt, muss dieser Senior Werbeblätter austragen.

nicht sein. Welches Individuum könnte auch schon mit allen Fasern seines Seins „Ich“ sagen. Da schert auch so manches aus der Reihe. Aber wir reden auch nicht vom Idealzustand. Sondern über einen Zustand, der sehr weit weg von einem „Wir“ anzusiedeln ist.

Was einst zusammenhielt

In früheren Zeiten hielt die Religion zusammen. Das kann heute von außen rasch als Zwangsgemeinschaft abgetan werden. Aber ich neige dazu, anzunehmen, dass viele Menschen damals die religiöse Unterfütterung als etwas Gegebenes hinnahmen. Etwas Gegebenes, das verband. Bis auch das zu zerfleddern begann. Dann sind wir bei Hexern, Hexen und Co.

Zusammenhalt kann es nur geben, wenn alle ungefähr gleich sind. Ich vergleiche das gern mit einer Familie. Nehmen wir eine richtig große Familie an. In einem richtig großen Haus. Acht Kinder. Eltern. Großeltern. Ist vorstellbar, dass sich alle zu Tisch setzen und die erste kriegt ein Drei-Gänge-Menü, der zweite ein exklusives veganes Mahl, die dritte Hausmannskost, der vierte Ravioli aus der Discounterdose... Undenkbar. Man isst in Familien normalerweise das Gleiche. In etwa. Mag sein, der Opa hat Probleme mit der Verdauung. Dann wird das eine oder andere Gericht variiert. Der Kleine hat ein Allergieproblem. Dann auch. Aber im Großen und Ganzen schnabulieren alle das Gleiche.

In den einzelnen Zimmern sieht es völlig unterschiedlich aus. Da Popposter. Dort Reitkappe und Gerte. Da Zinn-

soldaten. Gleich ist eben nicht Gleichmacherei. Aber es wäre wiederum nicht vorstellbar, wenn eine oder einer dieser zwölf den gesamten zweiten Stock für sich alleine hätte. Eine andere hätte ein winziges Kämmerchen. Der nächste muss sich das Zimmer mit zwei Geschwistern teilen. Es wäre permanent Krach und Neid in diesem Haus. In dieser Familie. Und so, wenn freilich wesentlich komplexer, ist es in unserem Land.

Melange mit Sprengkraft

„Ohne eine annähernde Ebenbürtigkeit aller funktioniert Demokratie nicht“, heißt es in der „Studie zur sozialen Spaltung“ von Günter Foss. Eine Auffassung, zu der auch die Bundeszentrale für politische Bildung kommt. Ungleichheit sei gleich mit drei Krisen verwoben, heißt es in einem Aufsatz von Julian Bank und Till van Treeck: Sie führe zu einer Krise der Demokratie, der sozialen Teilhabe und der ökonomischen Stabilität. Diese „Melange“ besitze Sprengkraft: „Wie am wachsenden Erfolg demokratie- und menschenverachtender Ideologien deutlich wird.“



In Schulen und Unternehmen wird durch Teambuilding-Übungen versucht, den Zusammenhalt zu stärken.

37 Millionen Euro soll das neue „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ kosten. Bis zu zehn verschwisterter Institutionen soll es geben. Übers Land zerstreut. Bald soll ein Konzept gestrickt werden. Dann läuft das Ausschreibungsprocedere: Wer von den etlichen Forschungseinrichtungen soll den Hut aufbekommen? Eventuell muss Personal akquiriert werden. Dann wollen sie erst einmal daran gehen, sich auf eine Definition festzulegen. „Zusammenhalt“ – was für ein schwieriger Begriff! Es wird die Analysephase

folgen. Womöglich wertet man den Armuts- und Reichtumsbericht aus. Zieht den Bericht zur Deutschen Einheit heran. Sowie Analysen zum Rechtsextremismus und Islamismus.

Wie viele Jahre wird es dauern, bis an allerersten Lösungsansätzen geforscht wird? Drei Jahre? Vier Jahre? Meine Vermutung geht dahin, dass dann schon wieder alles ganz anders ist in unserer Gesellschaft. Dass wir dann die ersten richtig großen Opferwellen der Digitalisierung haben. Dass alles noch viel mehr zerfleddert ist. Aber das könnten auch andere ahnen. Und sagen, wie unsinnig dieses Institut ist. Wissen wir doch längst, was getan werden müsste.

Ein logisches Phänomen

Für Humanwirtschaftlerinnen und Humanwirtschaftler ist es ohnehin in keiner Weise verwunderlich, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet. Das herrschende Geldsystem sowie die gesellschaftlichen Spielregeln, die leistungslose Vermögensvermehrung möglich machen und unbegrenzten Machtzuwachs erlauben, lassen gar keine andere Konsequenz zu. Nun wird die Bundesregierung sicher nicht so mutig sein, zu entscheiden, dass das Geldsystem auf eine Weise gestaltet wird, die ein humanes Miteinander ermöglicht. Machbar und erfolgversprechend wäre es allerdings, an kleinen Stellschrauben zu drehen.



Seit Jahren macht der VdK darauf aufmerksam, dass die gesellschaftliche Kluft wächst.

So forderten im März über 30 bundesweite Sozialorganisationen eine sofortige Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung für alle hier lebenden bedürftigen Menschen. Anlass für die Forderung war die damals hochkochende Diskussion über die Tafeln. Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssten, sei Ausdruck politischen und sozialstaatlichen Versagens in diesem reichen Land, heißt es in der Erklärung. Unterzeichnet wurde sie vom DGB, der Nationalen Armutskonferenz, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Sozialverband VdK Deutschland und der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.

Der DGB speiste das Thema außerdem bei seinem Bundeskongress im Mai ein. Der DGB-Bundesvorstand wurde aufgefordert, einen breiten gesellschaftspolitischen Zukunftsdialog zu initiieren. „Das Ziel dieses Dialogs ist es, im Austausch mit den relevanten demokratischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Perspektiven jenseits der neoliberalen Agenda der letzten Jahrzehnte zu entwickeln“. Mit diesem Leitantrag setzt sich der DGB das weitere Ziel, eine einseitig auf Deregulierung und marktradikalen Wettbewerb ausgerichtete Politik zu überwinden. Ein hehres Ziel. Man darf gespannt sein. 

Zur Autorin
Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Alles muss schnell gehen

Beschleunigung, neue Medien, Geld, Wirtschaft – warum steht es so schlecht um die Gelassenheit?

Karl-Heinz Brodbeck



„Gelassenheit“ ist wohl der Begriff, mit dem wir unsere wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gegenwart am allerwenigsten beschreiben würden. Es herrscht das schlichte Gegenteil: Angst, Aufregtheit, Gier und Aggression in allen Spielarten. Es scheint sogar so, als hätte sich die Entwicklung beschleunigt, um auf ein für niemanden mehr erkennbares „Ziel“ zuzurasen – ein Ziel, das Angst

einflößt: Angst vor dem großen Crash, vor Krieg, Naturkatastrophen, politischen Verwerfungen, vor dem Eindringen des Fremden, um nur ein paar zu nennen. Eine fast völlig von wirtschaftlichen Interessen dominierte Politik unternimmt alles, um die Lebensumstände der Menschen unaufhörlich umzuwälzen und sie vor neue Situationen zu stellen. Die globale Raserei ist zur Normalität geworden;

begleitet von den damit einhergehenden schlechten Nachrichten. Der Pulsschlag politisch-wirtschaftlicher Hektik ist allgegenwärtig. Weit entfernte Ereignisse sind medial ganz nah gerückt und fordern zur Stellungnahme, zu neuen Entscheidungen heraus, die wiederkehrend den je alten Lebens- und Denkstil infrage stellen.

Der Pulsschlag politisch-wirtschaftlicher Hektik ist allgegenwärtig.

Lassen sich hinter all dieser Hektik an der medialen Oberfläche tiefere Prinzipien erkennen? Und kann man diese Prinzipien mit dem kontrastieren, was im Begriff der „Gelassenheit“ einmal gedacht, erhofft, erwünscht wurde? Um eine vorläufige These zu formulieren: Die Gesellschaften der Gegenwart produzieren täglich das schlichte Gegenteil dessen, was eine alte Tradition „Gelassenheit“ nennt. Dass dennoch ein Leben in Gelassenheit nicht unmöglich geworden ist, möchte ich nachfolgend zeigen.

Ich betrachte zunächst den Begriff der „Gelassenheit“ etwas genauer. Im Altertum, in der Stoa galt als Lebensideal eine gelassene Haltung, die *ATARAXIA*. Seneca spricht von der *tranquillitas animi*, der Seelenruhe, als dem stoischen Ideal. Auch außerhalb der Stoa, in dem, was in die Tradition unter dem Begriff „Skeptizismus“ eingegangen ist, findet sich eine verwandte Haltung. Christopher Beckwith hat in seinem unlängst erschienenen Buch „*Greek Buddha*“ die innere Verwandtschaft des Ursprungs dieser Philosophie bei Pyrrhon mit dem Buddhismus aufgedeckt. Pyrrhon war in Indien und lernte vermutlich den ursprünglichen, noch rein mündlich überlieferten Buddhismus kennen. Der Kern von Pyrrhons Lehre besteht in der Aussage, dass wir nichts dauerhaft ergreifen und festhalten können – weder Dinge noch Gedanken. Wer mit dem Dharma vertraut ist, wird hierin die Lehre des Buddha wiedererkennen. Diese Tradition, die über die Griechen und Römer auch das Mittelalter Europas erreichte, drückt sich bei Meister Eckhart in dem Begriff *gelâzenheit* aus. Das mittelalterliche Denken und Lebensideal gipfelt in diesem Wort. Eckhart meinte sogar, dass man auch „Gott“ lassen, nichts also dauerhaft ergreifen solle. Erst dies führe zu dem, was die Römer ‚Seelenruhe‘ nannten.

Eckhart macht zudem eine wichtige Unterscheidung: Er differenziert in der Predigt Nummer 49 über Johannes 4.23 zwischen „gelassen-sein“ und „gelassen-haben“. Wenn man gelassen hat, dann löst man sich von etwas Äußerem. Daraus erwächst schrittwei-

se eine Haltung den Menschen und Dingen gegenüber, die zu einem Gelassen-sein führt. Man lässt sich nicht mehr grundlegend erschüttern, weder von Neuigkeiten noch von der Vergänglichkeit, wie etwa von Besitz, der Trennung von Menschen, Veränderungen im Arbeitsleben. Hoffmeister definiert in seinem philosophischen Wörterbuch „Gelassenheit“ sehr schön als „*das feste Beruhen auf dem eigenen Wesen*“. Damit ist nicht gemeint, keine Bedürfnisse zu haben oder Menschen keine Zuneigung entgegenzubringen. Im Gegenteil. Wie im Buddhismus ist auch hier gemeint, dass wir solche Neigungen und Gefühle nicht festhalten, nicht in unserem Ego-Territorium als „Mein“ einsperren und Unliebsames zornig ausgrenzen. Gelassenheit heißt hier: Wir lassen den Menschen, den Dingen ihre eigene Würde, ohne sie kontrollieren zu wollen.

Wie praktiziert man solche Gelassenheit? Durch Achtsamkeit. Achtsamkeit hier nicht verstanden als eine bloße Technik, um etwa mehr beruflichen Erfolg zu haben oder um sich irgendwie glücklicher zu fühlen. Achtsamkeit heißt, Menschen, die Natur, die Dinge achten, sie – ich zitiere Martin Heidegger – „*in die Acht nehmen*“, dies heißt, sie behüten oder sie einfach so sein lassen, wie sie sind. Jemand hat ein neues Auto, einen erfolgreichen Partner oder auch nur das neueste iPhone. Die gewöhnliche – im Buddhismus sagen wir: die „verblendete“ – Reaktion darauf ist: „Das will ich auch und bin neidisch auf dich.“ Hier zeigen sich in einem Gedanken drei Geistesgifte: Ich will das auch – *Ich-Verblendung*. Ich will das auch – *Gier*, aber ich neide es dir – *Aggression*. Beachten wir dagegen die Dinge, die Ereignisse zunächst einfach so, wie sie erscheinen, reagieren wir in neuen Situationen auf andere zunächst vorurteilsfrei und mit Empathie, dann nähern wir uns der Gelassenheit. Achtsamkeit und Mitgefühl sind der zuverlässige Weg dorthin. Das Ich definiert sich durch Abhängigkeit und Ausgrenzung, durch Ergreifen und Festhalten. Angst und Ungewissheit sind die Folge. Das ruhige Gewahren und Ruhen in uns selbst wird immer wieder vom Lärm der Sineseneindrücke, ganz zu schweigen von der medialen Belästigung abgelenkt.

Das „Ich“ definiert sich durch Abhängigkeit und Ausgrenzung, durch Ergreifen und Festhalten.

Das zupackende und ausgrenzende Ich ist in dieser Verstrickung vor allem auch todernst. Wir nehmen die äußeren Dinge mit Sorgenfalten wahr, besonders das, was heute neu erscheint und morgen schon wieder alt geworden ist. Ein oftmals befreiender Weg zu mehr Gelassenheit kann die Aus-Gelassenheit, der Humor sein. Wenn wir ausgelassen sind – beim Tanzen, mit Freunden, beim Herumalbern –, dann machen wir schon einen Schritt weg vom Festhalten unserer Ich-Grenzen, vom Ergreifen des jeweils Verlockenden. Man macht sich lustig über die Gier, das Neueste haben zu wollen, und übernimmt nicht sofort eine Meinung aus den Medien, auch wenn sie oberflächlich plausibel erscheint. Die heitere Distanz, die der Witz schaffen kann, wird auch durch ruhiges, vernünftiges Nachdenken erreicht. „Witz“ ist ein altes Wort für Klugheit und Verstand. Die kritische Prüfung von Meinungen macht uns nicht blind für die Ereignisse des Tages. Sie schafft aber dadurch, dass wir innehalten und etwas zunächst auf sich beruhen lassen, eine Offenheit, einen Raum, in dem sich die Dinge dann auch ganz anders darstellen können. Wie bei einem guten Witz, der die Blickweise plötzlich völlig umkehrt und uns zum Lachen bringt.

Gelassenheit ist also nicht – wenigstens nicht notwendig – eine weltferne Sache. Zweifellos haben die Nonnen und Mönche des christlichen Mittelalters und im Buddhismus Gelassenheit durch Distanz, durch Abstand von der Welt gefunden: im Kloster oder – wie es im frühen Buddhismus heißt – in der „Waldeinsamkeit“.

Ein oftmals befreiender Weg zu mehr Gelassenheit kann die Aus-Gelassenheit, der Humor sein.

Und ich beeile mich hinzuzufügen: Vorübergehend Abstand zu schaffen bleibt eine wunderbare Möglichkeit auch in unserer Zeit: ein Retreat oder der tägliche Rückzug auf das Sitzkissen zur Meditation. All dies ermöglicht uns, die Welt der Gedanken, der Dinge und anderer Menschen vorübergehend

zu lassen und in diesem Lassen, in der entstehenden Offenheit den Kern der eigenen Achtsamkeit immer wieder neu zu entdecken. Aus diesem vorübergehenden Lassen erwächst dann schrittweise auch die große Gelassenheit mitten in den Stürmen des Alltags.

Weshalb ist es aber so schwer geworden, diese Gelassenheit in der Gegenwart zu finden – trotz all der Angebote an Achtsamkeitstrainings, Meditationskursen und vielfältigen psychologischen Techniken? Man darf immerhin sagen: Das wachsende Bedürfnis danach ist ein Symptom, ein gutes Zeichen in unserer Zeit. Die Menschen stehen den politischen sowie gesellschaftlichen Entwicklungen vermehrt kritisch gegenüber, trotz aller Verlockungen und dem Rausch des ewig Neuen.

Doch welches innere Prinzip der Moderne hat uns überhaupt in diese Situation gebracht? Wenn wir mit Goethes Faust wünschen „*Daß ich erkenne, was die Welt / Im Innersten zusammenhält*“, so lässt sich in der Tat eine relativ einfache Antwort finden. Hier wird ein Blick auf die Wirtschaft unvermeidlich. Tatsächlich finden wir dort wie in einem Spiegel, der alles auf den Kopf stellt, die Antwort auf das Fehlen jeglicher Gelassenheit im Alltag der Moderne. Diese Moderne hat viele Namen: Marktwirtschaft, Demokratie, Kapitalismus, Globalisierung. Die Gesellschaft in der Moderne – sieht man ab von einigen Experimenten im 20. Jahrhundert – wird organisiert durch das Geld. Wir tauschen unsere Arbeiten, unsere Leistungen, unsere Produkte auf den Märkten gegen Geld ein, geben es aber wieder aus und streben deshalb unaufhörlich erneut nach Geld, um weiter Marktzutritt zu erlangen. Unser Denken wird von dieser Handlungsweise grundlegend bestimmt. Wir verwandeln die ganze Welt in eine Rechnung: Die Dinge, die Natur, die Menschen – alles erhält einen Preis, wird in Zahlen bewertet. Zugleich – und das ist für unsere Diskussion hier zentral – treten wir auf den Märkten mit dieser berechnenden Haltung einander fremd gegenüber. Bis hinein in den Alltag spricht das Geld mit: „Ich zähle auf dich; ich rechne mit dir“ – ganz wörtlich. Wir begegnen uns als Fremde durch das Geld hindurch, anerkennen uns darin aber jeweils als Eigentümer. Was ist das, „Eigentum“? Es ist das, was wir uns zurechnen, was wir ergriffen haben und festhalten. Und wenn

wir uns von einem Eigentum trennen, dann nur im Austausch – gegen neues Eigentum. Ich gebe meine Arbeitsleistung her – aber nur gegen Lohn; ich verkaufe meine Produkte nur gegen Geld. Trotz der unendlichen Dynamik dieses endlosen Austauschs bleibt doch eine Sache immer gleich, immer unveränderlich, und dies schon seit Jahrtausenden: das Ergreifen von Dingen, das Festhalten. Wir lassen nur los, wenn wir dafür etwas Neues ergreifen dürfen. Nur mit Müll, mit alten, uninteressant gewordenen Dingen sind wir „großzügig“ und „entsorgen“ sie in dafür vorgesehene Behälter und Plätze. Wir lassen nur los, was wir nicht mehr ergreifen wollen, wofür wir keinen Gegenwert mehr erhalten.

Kurz, die moderne Eigentumsgesellschaft, der Kapitalismus mit seinen Produkten, seinen Medien – all dies ruft uns unaufhörlich zu: „Ergreif!“ „Halte fest!“ „Strebe nach mehr!“ Viel zu ergreifen oder zu haben ist „gut“; wenig zu haben, arm zu sein ist „schlecht“. Ich möchte nicht missverstanden werden: Zweifellos sind elementare Bedürfnisse zu befriedigen. Wer einen leeren Magen hat, wem einfache Kulturtechniken wie das Lesen und Schreiben verwehrt werden, den zu mehr Gelassenheit aufzufordern wäre zynisch. Mitgefühl und Gelassenheit gehören hier untrennbar zusammen: Wenn ich nichts nur für mich festhalte, dann wünsche ich das, was mir wohltut, auch allen anderen. Doch die Gegenwartskultur bewegt sich in anderen Dimensionen. Hier nennt man Mitgefühl verächtlich „Gutmenschentum“. Gelassenheit verkehrt sich ins Gegenteil, in „Coolness“, die ein vages Interesse vorspielt, in Wahrheit jedoch nur Gier und Ängste zu verbergen trachtet.

„Interesse“ ist überhaupt ein vielsagendes Wort. Wer ein Interesse verfolgt, macht sich von dem, wonach er strebt, abhängig: Geld, Macht, Ruhm. All dies erwächst nicht aus uns selbst, sondern kommt von außen. Macht und Ruhm setzen die Anerkennung anderer voraus. „Interest“ heißt im Englischen auch der Zins, das Streben nach mehr Geld: Loslassen von Geld als Kredit nur, um mehr zurückzuerhalten. Wer Interessen verfolgt, macht sich abhängig, will etwas ergreifen und festhalten. Interessen werden sogar „verteidigt“, auch von Staaten oder Firmen; im schlimmsten Fall auch mit kriminellen oder kriegerischen Mitteln.

Kultur, Wirtschaft und Politik heute stehen in direktem Gegensatz zu jener „mittelalterlichen“ Gelassenheit, von der sich die Moderne nicht ohne Stolz weit entfernt wähnt.



Interessen zu verfolgen, Eigentum festzuhalten, das ist die Normalität in der Moderne. Kultur, Wirtschaft und Politik heute stehen in direktem Gegensatz zu jener „mittelalterlichen“ Gelassenheit, von der sich die Moderne nicht ohne Stolz weit entfernt wähnt. Dennoch bleibt ein großes Unbehagen. Das zeigt sich daran, dass immer mehr Menschen Achtsamkeit, Meditation und Mitgefühl zu ihrer ethischen Praxis gemacht haben. Man kann gelassen leben, ohne festzuhalten. Ja, man wird eigentlich nur so ein glücklicher Mensch.



Dieser Beitrag erschien im Juni 2018 in Ausgabe 98 des Magazins *Ursache\Wirkung*.

siehe: <https://t1p.de/UWschnell>

Ursache\Wirkung behandelt als einziges unabhängiges Magazin im deutschsprachigen Raum relevante Themen in den Bereichen Gesellschaft, Gesundheit, Spiritualität, Ökologie, Kultur und Politik aus buddhistischer Sicht. Gründer und Herausgeber ist Univ. Prof. Dr. Peter Riedl.

Zum Autor

Prof. em. Dr. Karl-Heinz Brodbeck



Foto: Pat Christ

(Jhrg. 1948) Der Würzburger Philosoph, Kreativitätsforscher, Ökonom und Wirtschaftsethiker ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, Statistik und Kreativitätstechniken an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt und Mitglied des Lehrkörpers der Hochschule für Politik in München. Er setzt sich bereits seit mehr als zehn Jahren für eine alternative Ökonomik ein und vertritt eine an die buddhistische Ethik angelehnte Wirtschaftsethik, formulierte eine eigene alternative Theorie der Kreativität und entwickelte vor dem Hintergrund seiner Kritik der traditionellen Ökonomik eine neue Theorie des Geldes.

Zitat von der Webseite des Autors:

„Durch Hass fürwahr kann nimmermehr zur Ruhe bringen man den Hass“

Dhammapada, Vers 24

Webseite:

<http://kbrodbeck.homepage.t-online.de>

E-Mail: brodbeck@t-online.de

Der Weg des Westens ist die Kunst



Foto: Alvan Nee <https://unsplash.com/@niwengen>



Kunst ist ihrem Wesen nach ein zutiefst spiritueller Akt. Doch der zeitgenössische Kunstbetrieb macht es Künstlern schwer, die transformative Kraft der Kunst zu entfalten. Statt Kunst als Erleuchtungsweg zu feiern wird sie unter das Diktat des Marktes gezwungen.

Wann es angefangen hat, lässt sich schwer sagen, wahrscheinlich schon als Kind. Dieser Wunsch kam auf, etwas auszudrücken, das man mit Worten nicht sagen kann und wofür man doch die Worte braucht. Als Kind habe ich das freilich nicht so gedacht. Aber die Sehnsucht war schon da. Es ist die Sehnsucht des Künstlers. Ob singend, malend, tanzend oder schreibend, man will etwas ausdrücken, das das Wie des Ausdrucks übersteigt. Das mehr ist, etwas, das da ist und doch nicht da ist. Etwas, das man nur so und nicht anders sagen kann. Etwas, das genau diese Farben braucht und diese Formen und diese Töne, und nichts darf falsch sein daran und nichts fehlen und nichts zu viel sein; und noch bevor es geschaffen ist, gibt es diese Begeisterung, denn es ist etwas Geistiges, etwas gefühlt Geistiges, das erlebbar werden will

und vor allem, das geteilt werden will: mit anderen, mit der Welt.

Ungeheure Wucht

Kunst machen zu wollen, schreiben zu wollen, singen zu müssen, das kommt mit einer ungeheuren Wucht daher. Es haut einen um. Es fordert, es verlangt, es will in die Welt, es ist ein Auftrag. Und es lässt nicht mehr locker. Wild, bedingungslos, sehr oft gnadenlos, hart und lustvoll, unglaublich schön, nichts verleugnend, alles umarmend und immer im Werden. Kunst zu machen fordert den Menschen ganz und: Es fordert einen ganzen Menschen.

Was aber ist ein ganzer Mensch? Wo hat er seine Grenzen, wie weit darf er sie überschreiten? Welchen Intensitätsgrad halten wir aus? – denn hier geht es um Intensität, um Losgelöstheit, die auf Gestaltungswillen trifft. Das ist etwas Ähnliches wie ein Gewitter.

Dafür bewundern wir sie doch, die Künstler, nicht wahr? – dass sie exzessiv leben, dass sie aufs Ganze gehen, wie es so schön heißt, (ach, die kluge Sprache) und dass sie sich dabei ver-

Eine kritische Bestandsaufnahme

Liane Dirks

gessen können, das bewundern wir auch. Und ist all das, was ich hier beschreibe, nicht vergleichbar, ja nahezu identisch mit einem Bewusstseinsweg, einem spirituellen Weg?

Und ist es nicht eine Erinnerung und zugleich eine Ausrichtung, eine Vision, die wir alle haben? Uns dem Werden hinzugeben, jenseits des kleinen begrenzten Egos, jenseits unserer vermeintlichen Grenzen.

Der Erleuchtungsweg des Westens



Es ist lange her, aber ich war bereits das, was man eine anerkannte Schriftstellerin nennt, als ich im „Stern“ ein Interview mit dem Dalai Lama las. Gefragt nach all den Unterschieden zwischen Ost und West von einem devot wirkenden Reporter, antwortete er auf die Frage, was wir denn tun könnten, um zu entspannen, in seiner bekannt humorvollen und verblüffenden Manier: „Trinken Sie!“ Und dann empfahl er tatsächlich ein Glas Wein zum Entspannen und verscheuchte damit das ganze heilige Getue. Auf die Frage, ob es denn bei uns auch so etwas wie einen Weg zur Erleuchtung gäbe, formulierte er einen Satz, den ich ebenfalls nie vergessen habe und der im Gegensatz zum eben erwähnten eine Art Auftrag für mich wurde: Ja, war die Antwort, der Erleuchtungsweg des Westens sei die Kunst, aber die Künstler seien nicht erleuchtet. Was für ein Satz!

Aber stimmte er, ging das überhaupt, Erleuchtetes zu schaffen, ohne erleuchtet zu sein? Mir ließ diese Behauptung keine Ruhe mehr, eine solche Spaltung konnte ich mir in den beiden mir heiligen Angelegenheiten, der Kunst/Literatur und der Erleuchtung, einfach nicht vorstellen, besser gesagt: Ich wollte sie mir nicht vorstellen.

Doch wir kennen genügend Beispiele: Meisterwerke – ob Bilder, Sinfonien oder Gedichte –, die uns ein Tor ins Jenseits öffneten und von Menschen gemacht wurden, die rücksichtslos und egoistisch durch das Leben gingen. Das Suspekte an diesem Vorgang hatte dem Künstler seit eh und je den Stempel des Außenseiters verpasst. Dem Narren gleich hat der Künstler eine eigene Freiheit. Man billigte ihm zu, Wahrheiten ans Licht zu bringen, machte er es aber zu oft und waren sie zu unangenehm, dann konnte es, und das ist bis heute so geblieben, das Leben, das „Ganze“ kosten.

Verhängnisvoller Geniekult

Je mehr die Gesellschaft den Einzelnen in den Vordergrund stellte, das Individuelle bewunderte, desto mehr Anerkennung erfuhr dieser „einsame“ Weg des Künstlers. Narr, das war nun kein passendes Wort mehr, Außenseiter auch nicht, nun betitelte man den großen Künstler als Genie und hob besagten Kult in die Welt: das Genie, das sich alles erlauben darf, denn es wird allein an seinem Werk gemessen und nicht an seinem Leben und schon gar nicht an seiner Verbundenheit mit anderen Leben. Am Geniekult leiden wir noch heute und es ist schwer, gegen ihn anzugehen.

Denn er hat so etwas Beruhigendes, für die Bewunderer und für die Künstler auch. Bedeutet er doch nichts anderes, als dass es zwar etwas Größeres gibt, das gelegentlich in die Welt will, man aber doch ein ganz normaler Mensch sein und bleiben, der Status quo also getrost unangetastet bleiben darf. Ein Modell, das man außerdem aus anderen Zusammenhängen schon sehr gut kannte: dort das Göttliche, hier der Mensch – schon immer eine der besten Freikarten für, nennen wir es einmal vorsichtig: „schlechtes Betragen“. Denn in diesem Modell muss man keine Verantwortung übernehmen.

Die Spaltung überwinden

Aber es waren nicht alle beruhigt. Manche Künstler litten gerade unter diesem Paradigma umso mehr. Rilke war so einer. Sicher, er hatte auch seine exzentrischen Allüren, aber worum es ihm ging, war das Ganze: ein ganzer Mensch zu werden, durch und durch, nichts ließ er aus, seine Sexualität nicht, seinen Glauben, seine Ängste, seine Wünsche,

alles bezog er in sein Werden, sein Wachsen und somit auch in sein Schaffen ein. Sein Werk zeugt davon. Es ist radikal. (Ein Aspekt, der leider noch immer zu wenig gesehen wird.)

Die Spaltung überwinden. Den Erleuchtungsmoment ausdehnen. Jene Momente des Schaffens, in denen man sich tatsächlich dem zu Entstehenden bedingungslos hingibt, mehr noch: preisgibt und zugleich auch noch die Gnade erfährt, die richtigen Mittel, den richtigen Ausdruck zu finden. Vergleichbar vielleicht am ehesten dem Liebesakt, mit seiner Hingabe und dem Einswerden im Wir.

Betrachtet man den künstlerischen Prozess auf diese Art (und mit künstlerisch meine ich hier alle Sparten der Kunst, auch die Literatur), dann leuchtet sehr schnell ein, welches hohe Anforderungspotential ihm eigen ist. Sich selbst ganz infrage zu stellen, in den Dienst zu stellen: Kunst hat viel mit Demut zu tun und eben nicht mit Überheblichkeit und Ab- und Ausgrenzung.

Aber das macht Angst. Sowohl dem Künstler als auch der Gesellschaft: einer Gesellschaft, die sich dadurch bestimmt, die Entfaltung des Individuums als höchstes Ziel anzusehen. Und ist der Künstler, das Künstlergenie nicht das Top-Individuum schlechthin? Will der Künstler also Anerkennung in dieser Gesellschaft, dann muss er dieses Bild bedienen, er muss es nähren, und will die Gesellschaft ihrerseits ihr höchstes Ziel weiterhin verfolgen, dann muss sie es feiern und dafür sorgen, dass es nicht infrage gestellt wird.

Marktwert statt Transzendenz

Genau dieses Bild erleben wir in dem, was man die Kunstszene nennen kann, den Kulturbetrieb, das Feuilleton. Das Egoauflösende der Kunst ist eine absolute Bedrohung und deshalb fährt man die ganze Sache lieber herunter, bleibt lieber bei dem alten Modell der Spaltung, bewundert, verehrt, genießt den Opernabend und die tolle Ausstellungseröffnung und verpasst der ganzen Sache das Bewertungskriterium, das nun einmal allgemein zu gelten scheint: den Marktwert. (Damit keine Missverständnisse aufkommen, ich rede hier nicht vom Kunstgenuss des Einzelnen, sondern von einem gesellschaftlichen Phänomen).

Das Egoauflösende der Kunst aber ist das Spirituelle in der Kunst. Und hier liegt das wahrhaft Verunsichernde. Es ist das Namenlose, das durch Kunst erfahrbar werden kann. Sowohl beim Akt der Entstehung als auch beim Akt der Wahrnehmung des Lesens, Schauens, Hörens.

Die Angst des Feuilletons, des Kulturbetriebs vor dieser Wirkung ist immens, und sie ist zu verstehen. Die Angst der Künstler ebenso. Sowohl vor ihrer eigenen Kunst als auch vor der Beurteilung. Denn Künstler wollen wirken, sie wollen teilen.

Aber es muss gesagt sein: Wer im System wirken will, der muss sich dem System anpassen. Und es gibt eindeutig sehr viele angepasste Künstler. Und wenn sie nicht angepasst sind, wenn es ihnen auch um diese Menschwerdung geht, um den ganzen Menschen, wenn sie das Spirituelle in ihrer Kunst erforschen und leben wollen, dann haben sie es oftmals schwer.

Ich habe Künstler kennengelernt, die sich zwei Namen geben, die peinlichst darauf bedacht sind, dass niemand erfährt, dass sie zugleich Zen-Lehrer sind, denen die Galeristen gesagt haben, sie mögen bitte nicht so sehr auf irgendwelche religiösen Bezüge in ihren Bildern aufmerksam machen, das schade dem Verkauf. Doch je mehr die Kunst ihr bewusstseinserweiterndes Potential versteckt oder verleugnet, desto weniger Wirkkraft hat sie. Sie wird dekorativ, oberflächlich. Dekorativ können übrigens auch Bilder des Schreckens sein.

Wiederentdeckung des Geistigen?

Natürlich gibt es Gegenbeispiele und es kommt auch Gegenwind auf. Kurz vor seinem Tod formulierte Christoph Schlingensiefel in einem Fernsehinterview den Satz: „Was mich an der Kunst interessiert, ist das Spirituelle.“ Diesen Satz von einem zu hören, dessen Auftreten man zwar mit provokanten, aufrüttelnden Aktionen verbunden hat, aber nicht unbedingt mit Spiritualität, das ließ aufhorchen. Ungefähr zeitgleich meinte der Schriftsteller Martin Walser – ein Seismograph gesellschaftlich relevanter Themen – Literatur sei eigentlich Religion und es ginge darum, ihr diese eigentliche Bedeutung wieder zukommen zu lassen.

„Religio“ bedeutet Rückverbindung, und wer von Spiritualität spricht, der fragt wieder nach dem Geistigen in der Kunst, nach dem Bewusstsein, dem bewussten Sein.

Und jetzt erklärt auch noch die Leiterin der diesjährigen Documenta, Carolyn Christov-Bakargiev, in einem Interview mit der ZEIT, dass Kunst etwas mit Heilung zu tun habe. „Heilung, das meine ich ganz ernst. Die Kunst kann etwas verändern, sie kann uns verändern.“ Wie wunderbar. Das lässt hoffen!

Heilung ist Ganzwerdung, sie ist eben kein getrennter Prozess. Wie schön wäre es, könnten wir den Weg der Kunst wieder aktiver als Weg der Ganzwerdung verstehen, anschauen, begreifen und ihm noch mehr Wirkung zukommen lassen. Auch öffentlich. Wie schön wäre es, könnten wir Kunst wieder als „wesentlich“ begreifen, als Ausdrucksform von und für neue „Wesen“.

Das Jetzt im Werden zeigen

Kunst zu machen, ist etwas zutiefst Menschliches. Vielleicht ist es sogar die Qualität des Menschseins schlechthin. Kunst zu machen, bedeutet, den Über-Fluss zu feiern, die Fülle, die Schönheit, das Leben. Und

sind wir nicht der schönste Über-Fluss, den es gibt? (Ach, die Sprache! Man denke nur einmal über die tiefe, die eigentliche Bedeutung des Wortes „Über-Fluss“ nach ...) Kunst und Literatur zu machen, bedeutet, das Jetzt im Werden zu zeigen.

Zur Autorin
Liane Dirks



Sie hat bisher sechs Romane veröffentlicht, 21 Bücher herausgegeben, für Film und Funk geschrieben. In ihren Seminaren vermittelt sie Menschen die tiefere Bedeutung des Schreibens. Gemeinsam mit den Malerinnen Detel Aurand (Berlin) und Zora Berweger (Leipzig) hat Liane Dirks das Projekt „Schöpfen I“ initiiert, ein Begegnungsfeld für Künstler, die Kunst und Spiritualität nicht länger als etwas Getrenntes begreifen wollen.

Nähere Informationen unter <https://liane-dirks.de/>

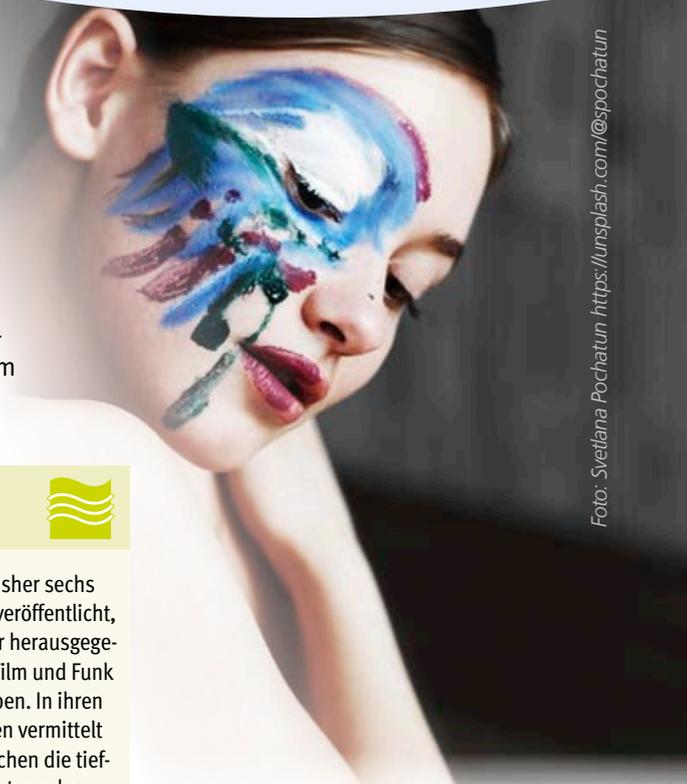


Foto: Svetlana Pochatun [@spochatun](https://lunplash.com)

Die viel zitierte Schwelle, an der wir stehen, die höhere Bewusstwerdung, sie gilt auch für die Kunst. Überschreitet man diese Schwelle, dann erfährt man, dass man gar nicht so viel Angst haben musste, auf der anderen Seite wartet seit eh und je die Schönheit. Die Schönheit und die Freiheit. Was ein und dasselbe ist, ihr Spiegel ist die Kunst, die Musik, die Literatur, der Tanz.

Mexiko akzeptiert Steuerzahlungen von Künstlern in Form eigener Werke.

Künstler leiden im Allgemeinen darunter, zwar voller Schaffenskraft zu stecken, aber kein Einkommen erwirtschaften zu können, das zu mehr als dem Lebensunterhalt ausreicht. In Mexiko ist das Steuerzahlen generell unbeliebt, auch im Kunstbereich.

Der mittelamerikanische Staat dürfte der einzige weltweit sein, in dem Steuerschulden in Form selbst geschaffener Werke bezahlt werden können. 1957, im Todesjahr des berühmten mexikanischen Malers Diego Rivera, wollte es das Schicksal, dass Mexiko einen kunstbegeisterten Abteilungsleiter im Finanzministerium hatte, der nach Wegen suchte, wie klamme Künstler ihren Bürgerpflichten gegenüber der Gemeinschaft nachkommen konnten. Das *Pago en especie* – Das „Bezahlen in Naturalien“ wurde geboren und besteht bis zum heutigen Tage. 1975 und noch ein-

mal 1994 in seinen detaillierten Regelungen verfeinert, führte diese Möglichkeit dazu, dass der Staat nicht nur im Besitz einer wertvollen Kunstsammlung ist und viele Werke heimischer, teilweise international anerkannter Berühmtheiten im Bestand hat, sondern man leistete auch einen außergewöhnlichen Beitrag zur Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes im eigenen Land. Aufgrund der Vielzahl der auf diese Weise in Staatsbesitz gelangenden Kunstwerke, finden nicht alle den Weg in landeseigene Museen und Ausstellungen. Sie verschönern Amtsstuben und Büros öffentlicher Einrichtungen.

Ein Bewertungsausschuss (*Comité de Evaluación*) aus Malern, Bildhauern und Galeristen beurteilt die Qualität der Werke und im Rahmen einer klaren fiskalischen Regelung werden sie für den Künstler steuerentlastend in den Bestand des Staates ge-

„Pago en especie“

Redaktion

nommen. Die Steuerhöhe ist gestaffelt je nach verkaufter Anzahl von Kunstwerken.

Bis zum heutigen Tage versuchen alle Beteiligten, dieses System zu verfeinern, die Staatskasse zufriedenzustellen und die Qualität der Kunst in Mexiko zu verbessern.

José Ramón San Cristóbal Larrea, Generaldirektor der Landeskulturförderung ist vom Erfolg der steuerrechtlichen Eigentümlichkeit überzeugt: „Hätten all die Künstler ihre Steuern mit Geld bezahlt, dann wären wir heute nicht im Besitz der landesweit besten Sammlung zeitgenössischer Kunst.“

Die Zahl der Kunstwerke beläuft sich mittlerweile auf über 7.000 Stück und mehr als 700 Künstler haben sich dem Programm angeschlossen.

„Ohne mich hätten sie's leichter gehabt“

Zur Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt/M, 24. 05. 2018

Christoph Rinneberg

Hinweis der Redaktion: Seit vielen Jahren ergreifen die „Kritischen Aktionäre“ in Person von Christoph Rinneberg bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG das Wort und nutzen ihr Rederecht für einen kritischen Beitrag. Die HUMANE WIRTSCHAFT veröffentlichte diese ansonsten medial kaum wahrgenommenen Reden viele Male. Der Autor ist Mitglied der „Ordensleute für den Frieden“. Diese rufen seit 25 Jahren monatlich zu einer Mahnwache vor den Frankfurter Banktürmen der größten deutschen Bank auf und setzen sich für eine menschlichere Wirtschaft ein.

Die Rede von diesem Jahr sendete uns Christoph Rinneberg mit dem Hinweis, dass es für ihn voraussichtlich die letzte sei. Auf die Frage eines Freundes, warum er sich so viele Jahre im Kampf gegen die Übermacht von Banken engagiert habe, antwortete er mit dem Brechtzitat, das diesem Beitrag als Überschrift dient.



NEIN
zum Götzen Kapital



JA zu allem Leben

Sehr geehrte Gastgeber, sehr geehrte Gäste dieser Hauptversammlung,

im Dachverband der Kritischen Aktionäre spreche ich hier für die „Initiative Ordensleute für den Frieden“ (IOF). Mit weniger als 2 Tagen Vorlauf haben Sie, Herr Achleitner, für den 09. 05. 18 die entscheidende Sitzung des Aufsichtsrats mit seinen 13 Herren und 7 Damen einberufen. Den meisten in aller Welt befindlichen Mitgliedern hat die Zeit für die Anreise gefehlt, sodass die wenigen Anwesenden in Ihrem Büro genug Platz gehabt haben. Gleich zu Beginn erklären Sie per zugeschalteter Telefonkonferenz und vorbereiteter Pressemitteilung, warum die Bank so rasch einen Wechsel im Vorstand braucht:

Der 3. Jahresverlust in Folge, der Aktienkurs halbiert, global auf dem Rückzug, in Deutschland postbank-geschüttelt. Trotzdem wird die Bank ihren Beschäftigten gut 2 Mrd. € an Boni zahlen, mehr als die Hälfte davon den Investmentbankern. Die Anteilseigner sollen jedoch mit nur 1/10 dieser Summe ab-

gespeist werden. Erst öffentliche Empörung hat den Vorstand veranlasst, auf seine eigenen Boni zu verzichten.

1. Frage: Wie erklären Sie den Aktionären, dass die Investmentbanker trotz unerreichter Ertragsziele höhere Boni verdient haben und die Eigentümer nur eine miese Dividende?

Nach vergeblichen Bemühungen um fähige Bankmanager von außen (Richard Gnodde, Jean Pierre Mustier und Bill Winters) haben Sie Ihr Heil in Hast und Hatz gesucht:

John Cryan fliegt 'raus, Christian Seewing wird Vorsitzender, Karl von Rohr und Garth Ritchie werden Vize-Vorsitzende, Markus Schenck gibt düpiert freiwillig auf.

Einige Aufsichtsräte, einfach vor vollendete Tatsachen gestellt, verlangten Einzelabstimmung, äußerten sich kritisch. Sie, Herr Achleitner, sahen Ihre Autorität infrage gestellt und verhinderten eine offene Aussprache, eine Szene, in die aus Schillers Don Carlos bekannte Bitte gehört hätte: „*Sir, geben Sie Gedankenfreiheit!*“ In dieser Skizze (SZ, 14./15. 04. 18) stecken all die bekannten Taten und Untaten von Vorstand und Aufsichtsrat, in den Sie John Thain, den Spezialisten für vorgezogene Boni, geholt haben.

2. Frage: Wie bewerten Sie die Tatsache, Herr Achleitner, dass es im neuen Aufsichtsrat bei dem flink verkündeten Prioritätenwechsel vom Investmentbanking zum Privat- und Firmengeschäft keinen Vertreter der deutschen Realwirtschaft mehr gibt?

Seit Ihrem Amtsantritt vor 6 Jahren hat die Bank sage und schreibe 6 Vorstandsmitglieder verschlissen, eine Belastung Ihres eigenen Kontos an Fähigkeit und Glaubwürdigkeit und das der Bank. Die zunehmende Unzufriedenheit v. a. der Großinvestoren hat Sie wieder zu dem Trick greifen lassen, statt einer Analyse der Möglichkeiten und der Erwartungen die gebotenen Sach- einfach durch Personalentscheidungen zu fällen.

Nach der Ablösung von Josef Ackermann haben Sie bei der Doppelspitze Jain/Fitschen den Dritten im Vorstand gespielt. Das beißt sich zwar mit der gebotenen Rollenverteilung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat. Doch auf diese Weise haben Sie Ihre Qualifikation so erweitert, dass Sie eigentlich hätten klar wissen können und müssen, welchen Menschen man so ein Himmelfahrtskommando zumuten kann, wie es der Bankchef unter Ihnen als Aufsichtsratsvorsitzender ist. Sie hatten John Cryan aus dem Aufsichtsrat geholt und bald zum alleinigen Chef der Bank gemacht, damit er die mit dem Aufsichtsrat abgestimmte Strategie umsetzt.

Handverlesen haben Sie einst weitere Leute wie Markus Schenck und Kim Hammonds in ihre Positionen gehievt. „*Trial and error*“ als Prinzip ist doch nur dann sinnvoll, wenn nach einem *error* eigenes Fehlverhalten erkannt, eingestanden und korrigiert wird. Sonst wiederholt sich das gleiche Spiel mit erneutem *trial* – *da capo al fine*.

3. Frage: Wie hoch schätzen Sie realistisch die betriebsinternen Kosten für das

fortlaufende Auswechsellern der Vorstände in Ihrer Amtszeit, Herr Achleitner?

John Cryan, ebenfalls handverlesen, sollte die Deutsche Bank aus ihrer hundsmiserablen Lage herausmanövriern. Seine tatsächliche Leistung kann ich nicht beurteilen, aber wie Sie Ihren ehemaligen Freund aus dem Vorsitz katapultiert haben, das kann nicht als die feine englische Art bezeichnet werden. Wohl u. a. ist Ihr Zerwürfnis unterschiedlichen Ansichten über die Bonität des chinesischen Großaktionärs HNA geschuldet:

4. Frage: Wäre es nicht naheliegend gewesen, John Cryan einzugestehen, dass er die Lage beim HNA-Konzern richtig eingeschätzt hat und Sie sich verschätzt haben?

Für mich ist das skizzierte Szenarium Ausdruck eines kannibalisch zu nennenden Systems, getrieben von der Gier nach mehr Geld und mehr Macht. Dieser Zweck scheint fast alle Mittel zu heiligen und lässt die Akteure über Leichen gehen. Diese Aussage ist seit über 25 Jahren Bestandteil der allmonatlichen, 2-stündigen Mahnwache der IOF vor den Zwillingstürmen der Bank.

Auch die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre reißen sich nicht darum, dass ihr in einem ramponierten Institut angelegtes Geld immer weiter an Wert verliert, aber sie legen großen Wert darauf, dass mit ihrem Geld ethisch verantwortbar umgegangen wird. Während ihnen als Anteilseigner persönlich an Glaubwürdigkeit und Ansehen gelegen ist, haben beide Qualitäten bei der Bank krisenreich gelitten, mit den bekannten Folgen von Strafzahlungen von rund 12 Milliarden €, die eine enorme Bandbreite an unethischen bis illegalen Aktivitäten belegen. Zum besseren Begreifen der milliardenschweren, dennoch oft leichtfüßig präsentierten Zahlenwerke mag ein kleines Zahlen-spiel dienen, das angesichts der Null-Zins-Phase leicht nachzurechnen ist: Wenn wir heute einem Menschen 1 Milliarde € mit der Auflage geben, von heute an Tag für Tag 1.000 € auszugeben, dann hätte der Mensch bis zum Verbrauch des letzten Euros 2.740 Jahre zu tun, wäre also bis zum Jahre 4.758 schwer beschäftigt. Oder wenn er heute den letzten Tausender verbraucht hätte, dann hätte er im Jahr 722 vor Christus mit der Prasserei anfangen müssen.

ICAN, die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, ist 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, ein unübersehbares Votum gegen die bisher vorrangig für Finanzierung sorgende Deutsche Bank.

5. Frage: Wird die Deutsche Bank das zaghaft begonnene *Divestment* aus fossilen und nuklearen Energieunternehmen und aus Menschen- und Völkerrecht verletzenden Staaten verstärkt fortführen und den Menschenrechten zur Vorrangigkeit verhelfen?

Das Schicksal von John Cryan ist die eine Seite der hässlichen Achleitner-Medaille, die andere betrifft den am 09. 05. 18 durchgeboxten Nachfolger für PCB, die „private and commercial bank“. PCB steht auch für hochgiftige polychlorierte Biphenyle:

6. Frage: Haben Sie, Herr Sewing, sich vor Ihrer Zustimmung gefragt, ob Ihnen – als bekanntlich dritte Wahl – nicht über kurz oder lang ein ähnliches Schicksal ereilen wird?

Mich erinnert Ihre Situation an ein Phänomen, das die VDI-Nachrichten (15. 03. 1996) unübertrefflich gut auf den Punkt gebracht haben, tauglich als geflügeltes Wort: „Der Reiz der Beförderung überdeckt oft die mit ihr verbundenen Probleme.“

Wer diesem Phänomen tiefer nachspüren möchte, sei auf den Schriftsteller Werner Bergengruen und sein Buch „Der Großtyrann und das Gericht“ (1949) verwiesen: Die **Versuchungen der Mächtigen**, ihre Macht zu missbrauchen und die **Verführbarkeit der Unmächtigen**, von dieser Macht zu profitieren.

Ein zweites Beispiel belastet Ihre Fähigkeit und Glaubwürdigkeit, Herr Achleitner: Kim Hammonds, bis vor kurzem verantwortlich für den – von John Cryan einst lausig genannten – IT-Bereich. Deren harsche Kritik der „most dysfunctional company“ hat Sie gewiss *not amused*. Doch solche blitzartigen Äußerungen setzen ja zuvor angesammelte Energie voraus. Ihre einst für sehr qualifiziert gehaltene Kollegin wird zuvor auf das jahrelang versäumte, be- und verhinderte Aufräumen hingewiesen und frustriert erfahren haben, für den nötigen Total-Umbau nicht die nötige Unterstützung zu bekommen. Dies trifft ins

Nervenzentrum der Machtelite und speziell in das System Achleitner. Die Badische Zeitung vom 05. 04. 18 titulierte kurz „Der Fisch stinkt vom Kopfer“:

7. Frage: Halten Sie es nach wie vor für richtig, dass Aufsichtsratsplätze eher vererbt als nach Erfahrung und Können vergeben werden, dass Aufsichtsräte also gewissermaßen einem Orden oder einer Kaste angehören, die vorrangig an ihrem Machterhalt interessiert ist und von daher neue Ansätze und den Mut zu Veränderungen ausbremst?

Bill Gates sagte bereits 1994: „*Banking is necessary, banks are not*“ – eine bis heute kontrovers diskutierte Aussage über die Zukunft des Bankgeschäfts. Mit der längst erfundenen und bei Krypto-Währungen bereits funktionierenden sogenannten Block-Chain-Technologie können Transaktionen dezentral unter den Playern vereinbart werden, ohne dass eine zentrale Instanz für Organisation, Sicherung und Abschluss z. B. von Transaktionen eingeschaltet werden muss. Die an Rasanz und Brisanz zunehmende Digitalisierung grüßt also auch die Deutsche Bank.

8. Frage: Mit welchem Konzept werden Sie im Aufsichtsrat und im Vorstand der Bank dafür sorgen, dass die nicht nur im IT-Bereich zu lange unterlassenen, grundsätzlichen Maßnahmen nicht zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen, die für die Management-Fehler nicht verantwortlich gemacht werden können?

„Nicht nur wer zu spät kommt, auch wer zu spät geht, den bestraft das Leben“ – mit dieser kleinen Anleihe bei Michael Gorbatschow danke ich Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit. 



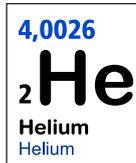
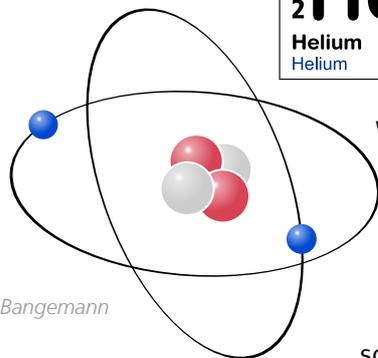
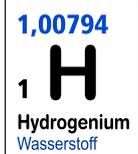
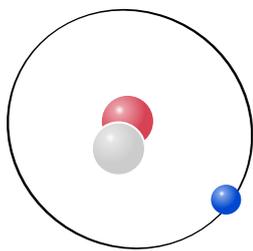
Zum Autor
Christoph Rinneberg 



aktiv beim „Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre“ und in der „Initiative Ordensleute für den Frieden“ (IOF), mit der er zusammen schon seit Jahren immer wieder vor der Deutschen Bank demonstriert.

www.facebook.com/Ordensleute

Kernfusion – Lösung des Energieproblems?



Grafik: Martin Bangemann

Für die einen ist sie die vermeintliche Lösung aller irdenen Energieprobleme von heute in einer nahen Zukunft. Energie in unbegrenztem Maß wie aus der Sonne. Andere sehen bei ihr vor allem kritische Aspekte, die auch schon für die anfangs viel gelobte Atomenergie zutrafen und sich dann auch spätestens mit Tschernobyl und Fukushima als wahr herausstellten: die Kernfusion. Sie wird von ihren Befürwortern gepriesen als sicher, sauber, unbegrenzt und auch noch wirtschaftlich, also „nachhaltig“. Sie, deren bisherige Forschung und Entwicklung bereits zig Milliarden Euro verschlungen hat, ohne ein absehbares Ergebnis. Eine Forschung, die sich so langwierig gestaltet wie der Bau von Kathedralen früher. Die, die damit begannen, erlebten ihre Fertigstellung nicht mehr und nachfolgende Generationen von Bauarbeitern und Handwerkern setzten die Arbeit fort in ständigen Bauhütten. Es ist offenbar nicht so einfach und leicht, die Vorgänge im Innern der Sonne bei bis zu 150 Millionen Grad Celsius auf der Erde nachzuvollziehen und mit einer komplizierten Technologie zu beherrschen. So kompliziert, dass sich dagegen die Atomkrafttechnik wie ein Waisenknabe ausnimmt.

Kernfusion ist auch waffenfähig



Was ist und macht Kernfusion aus? Statt wie beim Uranatom dieses zu spalten und durch kontrollierte Kettenreaktionen Energie zu gewinnen, werden zwei leichte Atomkerne vom

Wasserstoff oder seinen Isotopen miteinander unter großen Drücken und Energieaufwand verschmolzen, fusioniert zu einem Heliumatom, unter großer Menge freiwerdender Energie. Dabei werden in großer Zahl auch Neutronen freigesetzt, das verweist auch gleich auf ein Problem der Sache, nämlich deren gefährliche Strahlung. Also ähnlich wie bei der Radioaktivität. Dieses Prinzip ist auch waffenfähig, der Mensch hat es bereits angewandt bei den Wasserstoffbomben. Sie sind nichts anderes als Kernfusionsbomben. Und weil sie so schwer zu handhaben und nur aufwendig zu kühlen waren, waren sie unförmig groß, mehrere Meter lang und über einen Meter dick im Umfang. Die größte, je oberirdisch gezündete Wasserstoffbombe war die sogenannte Zar-Bombe der Sowjetunion, die im Oktober 1961 auf die unbewohnte Insel Nowaja Semlja im Nordpolarmeer abgeworfen wurde. Sie wog 27 Tonnen, war acht Meter lang und maß zwei Meter im Durchmesser. Die Auswirkungen ihrer 4.000-fachen Hi-

roshima-Sprengkraft waren noch hunderte von Kilometern weit ins südliche Landesinnere zu verspüren und beobachten. Seismische Wellen bis Stärke 6 auf der nach oben offenen Richterskala waren noch in Tausenden von Kilometern Entfernung deutlich messbar. Der größte TU-95-Bomber, den die Russen hatten, konnte sie nur außerhalb unten an seinem Rumpf befestigt transportieren, da sie nicht in dessen Bombenschacht passte. Die Verheerungen der 57 Megatonnenbombe waren fürchterlich, ein Teil der großen Insel wurde buchstäblich atomisiert. Ihr Schöpfer, der Atomphysiker und spätere Nobelpreisträger wie Regimegegner, Andrej Sacharow, fürchtete vorab um ihre enorme Wirkung und hatte die ursprüngliche Maßgabe Chruschtschows von 100 Megatonnen schon um die Hälfte reduziert. Auch die Amerikaner machten ihre Erfahrungen mit ihren vor den Russen entwickelten H-Bomben im Pazifik. Sie beließen es „nur“ bei max. 15 Megatonnen bei ihrer größten Bombe „Castle Bravo“, von deren unerwartet heftigen Wirkung sie gänzlich überrascht wurden. Die H-Bombe war eine Weltbombe, geeignet größte Zerstörungen anzurichten. Aber sie war nicht gerade besonders kriegseinsatztauglich.



Maßstabsgerechtes Modell der Zar-Bombe (AN602) im Atombomben-Museum von Sarow im östlichen Teil des europäischen Russland.

Foto: Croquant, Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tsar_Bomba.JPG
 Lizenz CC BY-SA 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Elmar Klink



Unser Planet
im Größenvergleich -> 

Über dreistündige solare Protuberanz an der erdabgewandten Seite der Sonne. Aufgenommen am 24. Februar 2018. Veröffentlicht am 3. April 2018. Bild gemeinfrei, Solar Dynamics Observatory, NASA, Link: https://solarsystem.nasa.gov/resources/758/brief-outburst/?category=solar-system_sun

Die Sonne auf die Erde holen?

Das vermittelt eine ungefähre Vorstellung, was passiert, wenn ein Kernfusionsreaktor in die Luft flöge, es würde Tschernobyl und Fukushima weit in den Schatten stellen. Eben solare Dimensionen! Man kennt die riesigen Protuberanzen, die von der Sonnenoberfläche bis zu Millionen km weit mit ungeheurer Geschwindigkeit in langen Bändern und Fontänen ins All schießen. Man muss sich das Prinzip der Fusion vorstellen wie eine Flasche. Im Inneren von ihr ummantelt befindet sich das supraheiße und supraleitende Plasma, in der Realität zusammen- und auf Abstand zur Ummantelung gehalten durch starke Magnetspulen, die ein extrem starkes Feld erzeugen. Das verweist auf das zweite große Problem, die Anforderungen an das Material, seine Konstruktion und einen großen Energieaufwand beim Input, um überhaupt einen rentablen, d. h. zehnfachen Energiegewinn zu erzielen. Dieser soll immer noch beim etwa Zweieinhalbfachen der Atomenergie liegen. Man müsste quasi zu jedem Fusionskraftwerk einen speziellen Energielieferer haben. An diesem Prozess sind noch weitere komplexe chemo-physikalische Vorgänge beteiligt, die nur insofern hier interessieren als auch mit ihrer Handhabung natürlich

gewisse unwägbare Risiken verbunden sind. Der Rest läuft ähnlich ab wie bei jedem konventionellen Kraftwerk. Die durch die Fusion im Plasma freigesetzte thermische Energie erzeugt über Wärmetauscher Wasserdampf, der Dampfturbinen antreibt, an die Stromgeneratoren gekoppelt sind. Der Unterschied ist wie bei der Atomkraft, dass vom nuklearen Ausgangsmaterial des Wasserstoffs nur geringste Mengen benötigt werden. Soweit so gut. Bei der Konstruktion von Mantel und Spulen muss auf höchste Präzision und Passgenauigkeit geachtet werden, da sonst die Gefahr von Undichte und Rissen droht, die sich unter hohem Druck vergrößern und am Ende einen GAU verursachen könnten. Die Reaktoranlage müsste durch eine weitere dicke Abdeckung stabil gegen Einflüsse von außen geschützt werden wie Flugzeugabstürze oder Bombenanschläge. Wiederum alles wie bei der Atomenergie. Sauber, sicher? Dazu kommt, dass der Mantel den Belastungen von Neutronenstrahlung und Plasmahitze nicht lange standhält und immer wieder ausgetauscht werden muss, dabei fällt neutronenverseuchter Fusionsmüll an, wohin damit in Fusionskraft-Zwischen- und Endlagern? Nächster unwägbarer Punkt.

ITER

All diese kritischen Aspekte werden derzeit bei der Werbung der beteiligten Regierungen für Kernfusion zu meist unterschlagen oder nur verharmlosend angesprochen. Die Physikerin Angela Merkel ließ es sich nicht nehmen, beim Fusionsexperiment mit dem „Wendelstein 7-X“, einem Reaktor nach dem Stellarator-Prinzip, einer technischen Modifikation zum heute gängigen Tokamak-Verfahren, persönlich in der Greifswalder Versuchsanlage zu erscheinen und begeistert auf den Inbetriebnahme-Knopf zu drücken. Wir erinnern uns an das einhellige Lob auf die Segnungen kommender Atomenergie in den 1950er Jahren durch die Parteien. Die SPD erging sich geradezu in höchsten Tönen der Begeisterung über den zivilen Nutzen der Atomkraft, sah sogar die Klassenfrage damit gelöst! Atomenergie für jedermann! ITER bedeutet International Thermonuclear Experimental Reactor. Es ist die seit 2007 auf dem Areal des südfranzösischen Kernforschungszentrums von Cadarache im Rhonetal im Bau befindliche Kernfusions-Forschungsanlage der daran beteiligten Staaten China, Südkorea, Japan, Russland, Indien, EU und USA. Kanada schied 2007 aus der Beteiligung aus, die USA waren von 1996 bis 2003 an den Vorbereitungen nicht beteiligt. Es gibt in den USA zudem weitere Forschungsprojekte privater Unternehmen und Labors. Sie wollen in kleinerer Dimension und zum Teil mit anderen Konzepten wie den anders konstruierten Stellarator-Spulen weiter vorankommen. Beim ITER gab es in der Vergangenheit immer wieder größere Baupausen und Störungen und auch schwere Managementfehler von zwei japanischen ITER-Direktoren. Diese haben das Projekt um etwa 10 Jahre zurückgeworfen, heißt es. Der jetzige Leiter ist seit 2015 ein Franzose, Bernard Bigot. Mit ihm hofft man, die früheren Verständigungs- und Mentalitätsprobleme mit den Japanern auszuräumen.

Wie es begann

Der Zusammenhang mit der Wasserstoffbombe wurde bereits erwähnt. Die Entwicklung der Forschung zur Kernfusion begann in den 1950er Jahren. Ein autodidaktischer Tüftler auf der russischen Insel Sachalin arbeitete Vorschläge dazu aus, aus denen der Physiker



© Martin Bangemann

Sacharow die entsprechenden Schlüsse zog. Der Tokamak-Reaktor der Russen war die erste experimentelle Anwendung und das derzeitige europäische Projekt basiert auf dessen Prinzip. Ein Fehler, wie manche glauben, sich darauf festgelegt zu haben. Bei ITER ist das Problem, dass inzwischen der Bau einer größeren Anlage gewünscht und vorbereitet wird. Fragt man die Techniker und Arbeiter, woran sie bauen, nennen sie in vager Vermutung etwas, das mit Atomkraft zu tun habe. Hier fehlt es offensichtlich noch immer an Transparenz und Einblick.

Kosten ohne Ende



Das ITER-Projekt wird bislang nahezu unbeachtet von der Öffentlichkeit seit Mitte der 1980er Jahre betrieben. Es war Michail Gorbatschow, der dazu mit Ronald Reagan zusammen den Anstoß gab. Es ist das weltweit größte Energieforschungsvorhaben, in seinem Kosten- und Beteiligungsumfang nur vergleichbar mit dem Bau und Unterhalt der Internationalen Raumstation ISS. Insgesamt sind Kosten zwischen 15 und 16 Milliarden Euro veranschlagt. Bis zu einem ersten Probelauf voraussichtlich Mitte des kommenden Jahrzehnts könnten noch 4 bis 5 Milliarden Euro an laufender Verteuerung hinzukommen. Es gibt eine Kosten-Nutzenrechnung der Betreiber, die besagt, dass die beteiligten Länder jährlich mindestens 800 Millionen Euro aufbringen müssen, um das Projekt rentabel und effektiv am Laufen zu halten. Sind es nur 500, gerät es in Gefahr und bei nur 300 Mio. Euro wäre das Unternehmen aussichtslos, jemals fertiggestellt zu werden. Es bleibt den beteiligten

Staaten überlassen, ihre Beiträge entweder in Zahlungen oder Sachleistungen gebauter Module zu erbringen. Man lässt sich also die Sache etwas kosten an Steuerzahlermitteln, schließlich hängt an ihr die ganze zukünftige Energiefrage. Man kann den Verzicht auf Atomenergie nicht mit bisheriger Energiegewinnung aus Kohle, Wasser, Öl und Gas genügend kompensieren, die sog. nichtfossilen Energieträger wie Solar, Wind- und Energie aus Biomasse machen bisher lediglich einen Umfang von 15 Prozent hierzulande aus, in anderen Ländern ist diese Bilanz noch ungünstiger. Die Kernfusion scheint hier Lösungen bereitzuhalten für die Zukunft. Wenn sich im großen Stil die E-Mobilität durchsetzt und weltweit Milliarden Autos auf Strombetrieb eingestellt werden, wird dies den Bedarf an Energie noch zusätzlich in die Höhe treiben. Ganz abgesehen vom weiteren Anwachsen der elektronischen und digitalen Vernetzung. Wir sind sozusagen in der Energiefalle. Wenn nicht umgesteuert, sich nicht umorientiert wird. Auf sparsamere Energieverbräuche, auf Verzicht auf unnötigen Stromverbrauch, auf mögliche Synergien und neue technische Konzepte wie etwa Wärme-Kraft-Kopplung, Gezeitenkraft, auf Wasserstoffantriebe für Autos und Fortbewegungsmittel, auf besonnene Eingrenzung der weltweiten Mobilität usw. Das kapitalistische Wertungsprinzip, eingebettet in Wachstumsideologie, ist hier am Ende, eine neue, maßvolle Sicht auf „small is beautiful“ und die Reduktion von Größe in der Wirtschaft und der Nationen wäre dringend geboten (siehe dazu Leopold Kohr und E. F. Schumacher).

Bis 2075?



Wieder wird den Menschen vorgegaukelt, dass es letztlich keine Alternative zur Fusion gäbe, deren Durchbruch als Technologie erst für die Zeit um 2050 und praktische Einsatzbereitschaft im letzten Viertel des 21. Jahrhunderts prognostiziert wird – vorausgesetzt, man bekommt alle technischen und organisatorischen Probleme in den Griff. Zu dem Zeitpunkt wäre dann die Erschöpfung der weltweiten Erdölreserven schon eingetreten. Welcher Zeitraum, wenn man bedenkt, dass es nach der Entdeckung der Kernspaltung Ende 1938 lediglich wenige Jahre dauerte, bis 1942 in den USA der erste Uranreaktor funktionierte. Wie ungleich langwieriger und offenbar schwieriger nimmt sich dagegen die bisherige Entwicklung der Kernfusionsforschung aus, an der nun schon über 30 Jahre mit beträchtlichem Mitteleinsatz gearbeitet wird. Der arbeitsteilige Bau mit vielen Zuliefererquellen in verschiedenen Ländern ist eine zusätzliche Erschwernis, ein Fusionsreaktor besteht aus einer Million Einzelteile, die alle genau zusammenpassen sollen. Die Kernfusion ist nicht sauber, nicht umweltfreundlich, wie jede Hochtechnologie nicht ohne erhebliche Risiken und ihre Wirtschaftlichkeit steht bei den horrenden Kosten und dem erforderlichen Energieaufwand für den Betrieb zumindest in Frage. Sie gleicht einem modernen „Turmbau zu Babel“. Ihr einziger Vorteil scheint ihre Unerschöpflichkeit zu sein. Aber um welchen Preis? Sich auf die Solarenergie zu begrenzen, die auf natürliche Weise aus dem All auf der Erde eintrifft, wäre sauberer, sicherer und gewiss auch weit kostengünstiger. Schon jetzt fliegen Leichtflugzeuge damit rund um den Globus.



Zum Autor

Elmar Klink



Jg. 1953; freier Autor; Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaft in Bremen; Berufstätigkeit in Beratung und Öffentlichkeitsarbeit; aktiv in Ökologie- und Friedensbewegung; zahlreiche Aufsätze und essayistische Beiträge zu verschiedenen Themen, Film- und Buchbesprechungen; lebt in Bremen.

Kontakt: Elmar.Klink@gmx.de



Die Standhafte

20 Jahre Europäische Zentralbank

Sven Giegold und Gerhard Schick

Zum 1. Juni 1998 nahm die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Arbeit auf. Zwanzig Jahre nach ihrer Gründung steht die EZB für ihre Niedrigzinspolitik insbesondere aus Deutschland im Kreuzfeuer der Kritik. Aus der politischen Krise Italiens erwächst zusätzliche Gefahr für die Währungsunion.

Mario Draghi hat mit seinem „*Whatever it takes*“ die Eurozone vor dem Zusammenbruch und Europa vor einer schweren Depression bewahrt. Wenn sich heute deutsche Politiker über die Nebenwirkungen der niedrigen Zinsen beschweren, dann ist das Heuchelei. Denn Deutschlands Blockadehaltung gegen ein gemeinsames europäisches Vorgehen hat dazu beigetragen, dass die Eurozone immer noch am Tropf der laxen Geldpolitik hängt. Die EZB hat durch ihr mutiges Agieren den Mitgliedstaaten Zeit verschafft für die dringend nötige Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion. Passiert ist seither aber viel zu wenig: Die Wirtschafts- und Währungsunion bleibt unvollendet, gemeinsame Investitionsmittel sind in weiter Ferne, die soziale Säule und der Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerkriminalität sind in vielen Bereichen nicht mehr als Lippenbekenntnisse, nicht einmal die Europäische Einlagen-Rückversicherung (EDIS) oder der lange diskutierte Europäische Währungsfonds sind bislang beschlossen. Der gemeinsame Bankenabwicklungsfonds ist nicht glaubwürdig, weil ihm in einer schweren Krise die Mittel fehlen und viele Banken sind immer noch voller Risiken, für die nicht ausreichend Eigenkapital vorgehalten ist. Mit ihren hohen öffentlichen Schulden machen sich einige Länder Südeuropas verletzlich für abrupte Stimmungsän-

derungen auf den Finanzmärkten. Die Situation in Italien verdeutlicht drastisch, dass die Verschleppung notwendiger Reformen Europa jetzt auf die Füße fallen könnte und die Existenz der Wirtschafts- und Währungsunion bedroht. Die Geldpolitik der EZB hat in der Krise das Fehlen wichtiger fiskalpolitischer Instrumente aufgefangen. Diese fehlen sowohl auf europäischer Ebene als auch in den Mitgliedstaaten, deren antizyklischer Handlungsspielraum in Krisen durch die EU-Haushaltsregeln stark eingeschränkt ist. Die Kritik richtet sich damit an die falsche Adresse: Die Verantwortlichen dafür, dass die Zinsen immer noch so niedrig gehalten werden müssen, sitzen nicht in Frankfurt, sondern in den europäischen Hauptstädten, allen voran in Berlin.

Die EZB hat im Angesicht der Krise die Entschlossenheit bewiesen, die die Mitgliedstaaten vermissen ließen. Hierfür verdient sie unseren Dank. In anderen Bereichen fällt die Bilanz nach 20 Jahren weniger gut aus: Der bei der EZB angesiedelte Europäische Ausschuss für Systemrisiken hat wiederholt vor Klimarisiken gewarnt und Finanzinstitute aufgefordert, aus klimaschädlichen Anlagen auszusteigen. Die EZB selbst investiert jedoch im großen Stil in Anleihen der fossilen Energiewirtschaft. Auch in Sachen Transparenz gehört die EZB nicht zu den Klassenbesten. Sie verweigert dem Europäischen Rechnungshof wichtige Unterlagen und geht auf die Empfehlungen der EU-Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly nicht ein, die Zusammenarbeit mit der intransparenten „*Group of Thirty*“ (G30) zu beenden. Damit befeuert

sie nicht nur die Zweifel an ihrer eigenen Integrität, sondern an der Integrität der europäischen Institutionen insgesamt. Wer jedoch mit der eigenen Unabhängigkeit schludrig umgeht, gefährdet sie. Verbesserungsbedarf besteht auch beim Kampf der EZB-Bankenaufsicht (SSM) gegen Geldwäsche. Wenn das Geschäftsmodell eines Instituts darauf fußt, ausländische Kunden im Austausch für hohe Gebühren nicht ordentlich zu identifizieren, müssen die EZB-Kontrolleure frühzeitig Alarm schlagen. Die EZB darf bei der Beaufsichtigung von Banken die Risiken aus Geldwäsche und Finanzkriminalität nicht ausblenden.

Zu den Autoren Sven Giegold



Jhg. '69, Europaabgeordneter aus NRW. Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament und Sprecher seiner Fraktion für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Seit über 20 Jahren ist der Wirtschaftswissenschaftler in sozialen Bewegungen aktiv. Er ist Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages.
Webseite: <https://sven-giegold.de>

Dr. Gerhard Schick



Jhg. '72, Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied im Finanzausschuss Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. 1996 den Grünen beigetreten, seit 2005 Bundestagsabgeordneter. Von 2007 bis 2017 finanzpol. Sprecher des Bündnis 90/Die Grünen. Seit zehn Jahren auch Mitglied im Parteirat der Grünen.
Webseite: <https://gerhardschick.net>

Dieser Beitrag erschien zuerst am 31. Mai 2018 auf der Webseite von Sven Giegold unter CC-Lizenz (BY-NC 3.0 DE) siehe: <https://sven-giegold.de/die-standhafte-20-jahre-ezb/>

Leser kommen zu Wort



Das Glück reist umher, die Verbitterung verweilt.

Tristan Abromeit

Diese Überschrift von Andreas Bangemanns Editorial ist eine Zusammenfassung seiner Aussagen. Auf dem Hintergrund, für den die **HUMANE WIRTSCHAFT** steht – oder stehen sollte – ist das eine Aufforderung an die Geldreformer, in ihrem erfolglosen Streben nicht stehen zu bleiben und zu verbittern, sondern das Glück auf neuen Wegen zu suchen. Generell stimmt diese Aussage. Sie wird nur dann problematisch, wenn nicht nur der Weg zum Ziel ausgetauscht werden soll, sondern auch das Ziel selbst. Nun könnte beim flüchtigen Lesen ja gesagt werden, das Ziel bleibt im Inhalt des Editorials und im Beitrag von Arthur Brock mit dem Titel „Die Einführung eines ethischen ICOs“ unberührt. Das würde aber nur unter einer Zielformulierung wie z. B. „Die Störungen im Währungsbereich lokalisieren und überwinden“ stimmen. Im vorliegenden Fall wird aber etwas anderes empfohlen, nämlich: „Vergesst die Lokalisierung von Gesells Theorie der Währungsprobleme und den freiwirtschaftlichen Weg zu ihrer Lösung, der ist durch die digitale Technik – die Blockchain-Technik – sowieso schon lange überholt.“ Die Aussage soll schon vor zehn Jahren gegolten haben. Die Freiwirte hätten es nur nicht bemerkt. Es wäre an der Zeit, jedenfalls jetzt aufzuwachen und umzusteigen.

Das klingt nicht nur bestürzend, sondern es wäre auch so, wenn es stimmen würde, denn ein Hoffen, Streben und Einsatz von vielen Menschen in mehreren Generationen für einen Reformansatz im Währungsbereich – der letztlich mit über Krieg und Frieden entscheidet – wäre vergeblich und ein Irrtum gewesen. Ich nehme nicht an, dass Andreas Bangemann seine Leser bewusst in die Irre oder aufs Glatteis führen will, sondern nur zeigen wollte, was der Stand seiner Überlegungen zum Thema ist. Es ist doch so, dass unser Wissen über Sachverhalte keine konstante Größe ist und die Gewissheiten, die wir über bestimmte Aussagen und Lehrsätze bekommen, eine ständige Verstärkung bzw. Auffrischung benötigen durch unser eigenes erkennendes Denken und das anderer Menschen, denen wir eine glaubwürdige Kompetenz beimessen. Es ist den Menschen, die vielen Anforderungen gerecht werden müssen, nicht immer möglich, die eigenen Annahmen bis auf dem Grund zu überprüfen. Und für die Festigung unserer freiwirtschaftlichen Gewissheiten durch Aussagen von außen fehlen uns heute in Bezug auf das Thema Geld und Zins Köpfe wie Karl Walker und Helmut Creutz sie für uns waren. In dieser Situation ist es nicht verwerflich auf Erklärungsmuster – die im Kleide der Modernität daher kommen – zurückzugreifen,

die einen von Menschen zugetragen wurden, zu dessen Wissen und Können man Vertrauen gewonnen hat.

Bei den Gewissheiten, die wir in bestimmten Denk- und Handlungsfeldern gewinnen können, ist aber zu bedenken, dass sie nicht immer letzte Wahrheiten sind. Grundsätzlich ist es daher möglich, dass sich unsere (also auch meine) Gewissheit über die Richtigkeit des freiwirtschaftlichen Weges durch nachgewiesene Fehler von anderer Seite in Wohlgefallen auflöst. Wenn aber ein ökonomischer Lösungsansatz oder hier das Verständnis vom Geld und seinen Wirkungen als falsch und überholt dargestellt wird, dann muss als Ausgangspunkt der Behauptung erkennbar sein, dass der Ansatz, der außer Gültigkeit gesetzt werden soll, überhaupt verstanden wurde. Und an diesem Verständnis – so erscheint es mir – mangelt es nicht nur außerhalb der Freiwirtschaftsschule, sondern auch innerhalb von ihr.

Da wir Freiwirte bis in die Gegenwart moralisch gesehen immer auf einem hohen Ross saßen und sitzen, müssten wir im Fall, dass das stimmen würde, was Andreas Bangemann schreibt, unser Bemühen um eine Geldreform im bisherigen Verständnis aufgeben, und wenn wir Geldreformer bleiben wollen, unter einer neuen Bezeichnung neu formatieren. Es wäre dann falsch, länger zu versuchen unter der Flagge Gesell oder Freiwirtschaft zu segeln, um Spenden einzusammeln und Zeitgenossen für seine Reformen zu motivieren, die nicht mehr gelten sollen. Es ist gut, dass Andreas uns – vermutlich ungewollt – zwingt, Farbe zu bekennen. Dass er ansonsten mit einer Mini-Redaktion eine anregende Zeitschrift gestalten kann, hat er jedenfalls (für mich gesprochen) bewiesen.

Andreas Bangemann schreibt:

Lösungsvorschläge müssen zeitgemäß sein, 1916 ist nicht 2018. Silvio Gesell entwickelte die Natürliche Wirtschaftsordnung unter generell andersartigen Umständen, als sie heute herrschen. Ein Kern seiner Lösung, der Funktion Tauschmittel im Zusammenspiel mit den beiden weiteren Funktionen des Geldes (Wertmaßstab und Wertaufbewahrung) die oberste Priorität zu geben, bleibt ein stichhaltiger Ansatz. Er muss in die jetzige Zeit übertragen und sinnvoll und zweckmäßig eingesetzt werden.

Gesell beansprucht (zum Teil) zu Recht, Fehler im Geldsystem entdeckt zu haben, die Jahrtausende alt sind, da ist ein Zeitraum von 102 Jahren zu gering, um zu behaupten, dass heute ganze andere Bedingungen herrschen. Die Digitalisierung der Zahlungsströme ist eine Beschleunigung von Forderungen auf Geld vom Zahlungspflichtigen zum Zahlungsempfänger, die bewirkt, dass weniger Bargeld für den Austausch einer bestimmten Menge an Gütern im Umlauf sein muss, weil das Bargeld schneller erneut zu einem weiteren Tauschakt eingesetzt werden kann. Im Prinzip ist die heutige elektronische Übertragungsmethode von Forderungen auf Geld nur schneller aber nicht anders als die (und hier auch auf die Übertragungen von Bargeld selbst) in früheren Zeiten durch Boten, Pferde oder Schiffe oder die Post.

Dass das Geld keine stoffliche Gestalt haben muss, kann man schon bei Gesell lesen (NWO, Anhang von der Ausgabe 1949.) Er konnte diese Aussage machen, weil er erkannt hatte, dass das Geld nicht aufgrund seines inneren (intrinsic) Wertes begehrt ist, sondern aufgrund seiner Funktion als praktikables Tauschmittel. Er erkannte auch, dass die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes seine Tauschfunktion stört. Diese Störung kann so weit gehen, dass die Tauschmittelfunktion des Geldes aufgehoben wird (Schatzbildung bei Edelmetallwährungen, sonst allgemein durch Hortung). Daher muss die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes aufgehoben werden. Gesell steht in der Reihe der Ökonomen, die die Werttheorie des Geldes gegen die Preistheorie ausgetauscht haben. Und Gesell gehört zu den Ökonomen, die die Quantitätstheorie des Geldes aus eigenen Beobachtungen (wieder) entdeckt haben. Zuletzt wurde für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in die Wirtschaftswissenschaft Milton Friedman mit dem „Nobelpreis“ für Ökonomie ausgezeichnet.

Bereits Nikolaus Kopernikus und Jean Bodin entwickelten Grundideen der späteren Quantitätstheorie. Die erste vollständige Formulierung ihrer wesentlichen Elemente stammt von dem englischen Philosophen John Locke, der aufbauend auf Bodin den Begriff der Umlaufgeschwindigkeit einführte und die Natur des Geldes als Tauschmittel durch Konvention (gemäß Aristoteles) betonte. Später wurde das Konzept von David Hume vereinfacht dargestellt. Der Ökonom Irving Fisher griff das Konzept später auf und verbesserte es („*The Purchasing Power of Money*“; 1911). Bedeutendster Vertreter der Neo-Quantitätstheorie des Geldes war der US-Amerikaner Milton Friedman.^[1]

Dass Silvio Gesell in dem Wikipedia-Eintrag nicht erwähnt wird, zeigt nur, dass seine Existenz und sein Wirken durch die Wirtschaftswissenschaft fast völlig verdrängt und der Inhalt von freiwirtschaftlicher Seite noch nicht ergänzt wurde. Wie wir aus dem zitierten

Ausschnitt entnehmen können, ist der Faktor der Umlaufgeschwindigkeit bei Gesell auch nur eine Wiederentdeckung. (Die Wiederentdeckung aufgrund eigener Beobachtungen und eigenen Nachdenkens sind aber genauso originäre Leistungen, wie vorhergehend Entdeckungen, wenn diese in der jeweiligen Gegenwart der Entdecker diesem nicht bekannt waren.) Gesell war, wie ich schon erwähnte, bewusst, dass die Tauschfunktion des Geldes nicht vom Stoffwert des Geldes abhängt. Dass die gefährliche Abhängigkeit der Geldprägung von Edelmetallen oder anderen Sachwerten, die hinterlegt werden, ein unnötiger Ballast ist, ist leicht nachvollziehbar. Ob die Einsicht auch schon bei den Vorgängern in der Reihe der Quantitätstheoretiker vorhanden war oder nicht, kann sicher anhand des Literaturstudiums festgestellt werden. Das Papiergeld gab es schon vor unsere Zeitrechnung in China. Und wenn ich mich an das Gelesene darüber recht erinnere, zirkulierte das ohne Kenntnisse von der Bedeutung der Menge und der Umlaufgeschwindigkeit, was dann auch zu Problemen der Inflation führte.

Wichtig ist hier zu beachten:

- a) Die Quantitätstheorie des Geldes ist die einzige Theorie, die eine Währungspolitik ohne Blindflug und theoretische Spekulationen ermöglicht.
- b) Die Anwendung dieser Theorie ist nur möglich, wenn die Quantität des Geldes (Stückelung x ziffernmäßige Werteinheit) eindeutig bestimmbar ist.
- c) Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (ohne Hortung und Enthortung) konstant gehalten werden kann.
- d) Das für die Preisniveaustabilität erforderliche Verhältnis von Waren- und Geldmenge von der Geldseite her angepasst werden kann. (Hier hat der Begriff „dynamisch“ im Zusammenhang mit dem Begriff „Währung“ in der Freiwirtschaft seinen Ursprung.)

Diese genannten Bedingungen waren zu Lebzeiten Gesells alle geklärt und hätten zur Rettung der Weimarer Republik und zur Vermeidung des Nationalsozialismus erfüllt werden können, wenn etwas weniger Ideologie und etwas mehr Sachverstand in der Politik zur Anwendung gekommen wären. Auch die Wirkungen der jeweiligen Höhe der Zinssätze auf die Einkommensverteilung und die Konjunktur waren bekannt. An diesen Sachverhalten ändert eine digitale Währung nichts, sie steht unter dem Diktat, die gleichen Bedingungen erfüllen zu müssen, wie das Freigeld in der Form einer Papierwährung.

Für eine digitale Währung, die ihren Namen zu Recht trägt und mehr sein soll als ein Zahlungsmittel, ist es überflüssig für sie einen Wert – gemessen in Größe oder Gewicht – zu hinterlegen, da auch der Wert einer digita-

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Quantit%C3%A4tstheorie>

len Währung durch seine umlaufende Quantität des Geldes (im Verhältnis zur Ware und Dienstleistungen, die konkret im Markt angeboten werden) und durch seine Funktion bestimmt wird. Bisherige Versuche – wie Bitcoin – sind bisher nicht über das Stadium des Zahlungsmittels nicht hinausgekommen und können es auch nicht. Ihnen fehlt das Alleinstellungsmerkmal des Geldes mit seiner Wertmesserfunktion. Als Zahlungsmittel kann alles benutzt werden, was ein Gläubiger (z. B. der Verkäufer eines Autos oder einer Hose) akzeptieren, aber wie groß auch die Akzeptanz der Gläubiger im Hinblick hinsichtlich der Form des Zahlungsmittels ist, die kein Geld sind, sie bewerten es immer in Geld, weil nur dieses neben der Zahlungsmittelfunktion auch die Wertmesserfunktion hat. (Aber: Je mehr das Geld entwertet wird, um so begehrt können Zahlungsmittel werden, die kein Geld sind.)

Das Geld als Wertmesser ist aber wie das Kilogramm oder der Meter ein künstliches Maß, dass durch Übereinkunft der Menschen bzw. die Leistung ihres Geistes mit Unterstützung von Hilfsmitteln festgelegt wurde. Das Meter als Beispiel:

Ein „zweites sogenanntes definitives Urmeter aus Platin hergestellt und am 22. Juni 1799 im französischen Nationalarchiv in einem Stahlschrank verschlossen. Heute wird es in einem Tresor des Internationalen Büros für Maß und Gewicht (BIPM) in Sèvres bei Paris aufbewahrt.“^[2] Es ist ohne weiteres einsichtig, dass es nur ein Urmeter und nicht ein Dutzend geben kann. Mit Herstellung des Geldes als Wertmesser ist es etwas komplizierter, vor allem dadurch, dass hier nicht ein Akt der Festlegung genügt, sondern ein ständiges Eingreifen der Zentralbank erforderlich ist, wenn der Geldumlauf (durch Hortung und Enthortung) oder die Zahlungsgewohnheiten (z. B. vom Scheck zur Scheckkarte) und besonders der Güterstrom im Markt sich verändert. Hinzu kommt noch, dass ein weiteres künstliches Hilfsmaß, der sogenannte Warenkorb gebildet werden muss. Mit diesem abstrakten Warenkorb, in dem die Waren, die im Markt gehandelt werden im Umfang ihrer Bedeutung und mit ihren Preisen berücksichtigt werden, können Abweichungen vom Durchschnittspreis nach unten und nach oben gemessen werden. Steigt der Durchschnittspreis der Waren im Korb, ist zu viel nachfragendes Geld im Umlauf, fällt er, ist zu wenig davon im Umlauf. Die Beschreibung der Messung des Wertes des Geldes mit Hilfe eines Indexes mag hier nicht exakt sein. Klar dürfte aber geworden sein, dass in einem solchen System ein Monopol für legale Eingriffe im Geldkreislauf bestehen muss, um die illegitimen Veränderungen der nachfragenden Geldmenge durch Hortung und die Veränderungen im Güterstrom, der den Markt durchläuft, kompensieren zu können. Das ist eine Bedingung dafür, dass das Geld überhaupt annähernd ein

zuverlässiger Wertmesser sein kann. So wie es nicht in mehreren Metropolen ein Urmeter geben kann, so kann es im Geltungsbereich einer Währung auch nicht mehrere Zentralbanken geben. Und wenn wie im Euro-Raum mehrere Nationalbanken gibt, die vorher für ihr Land die Zentralbank waren, dann ist es zwingend notwendig, dass sie in Bezug auf ihre Kompetenz Untergliederungen der EZB (der Europäischen Zentralbank) sind.

Die Marktwirtschaft ist ein dezentrales Kooperations- und Koordinationssystem, Gesell lehrt, wie die Marktwirtschaft voll funktionsfähig werden kann. Wir, die wir seinen Spuren folgen sind Dezentralisten. Die Vielfalt der Anbieter und Nachfrager im Markt in Bezug auf die Waren wie auch auf Personen ist das Kennzeichen dafür. Fusionen von Anbietern, die mehr als ein technisches Optimum, sondern Marktmacht erreichen wollen, sind ein Angriff auf die marktwirtschaftliche Ordnung. Auf diesem Hintergrund ist ein Satz von Andreas Bagemann wie: „*Es wird deutlich, dass Vielfalt in Zukunft ein wesentlicher Aspekt wird.*“ in Bezug auf freies Handeln in allen Lebensbereichen, also auch im Wirtschaften richtig. Die Vielfalt im Angebot und in der Nachfrage wird aber nicht durch eine Vielfalt von Währungen möglich, sondern durch eine Entfaltung der Arbeitsteilung, die selbstbestimmt und störungsfrei von der Geldseite ist. Eine Währung, die die ökonomische Voraussetzung der Vielfalt im Angebot und der Nachfrage fördert und nicht stört ist aber nur mit der synthetischen Währung zu haben, wie sie von Gesell beschrieben wurde. Sie schließt die Vielfalt der Währungen in einem Währungsbereich aus. Der Zentralismus in dieser Währung ist sozusagen der Kontrapunkt zu der dezentralen Melodie des Marktes.

Wir haben aber auch die Möglichkeit ein dezentrales Währungssystem zu wählen. Gewählt werden kann aber nicht eine bessere Leistungsfähigkeit, wie sie ihr durch ihre Konstruktion möglich ist. Ein dezentrales Währungssystem (oder konkurrierende Währungen) sind nur möglich, wenn wir uns wieder ein Stück zum Warentausch zurückbewegen. Die primitivste Form einer solchen Währung finden wir heute in einem Teil der Tauschringe. Für eine geleistete Stunde Arbeit wird ein Anspruch auf eine Stunde Arbeit eines anderen gutgeschrieben. Das System kann dadurch gesteigert werden, dass bestimmte Produkte, die möglichst in konstanter Menge und im möglichst konstantem Austauschverhältnis zu anderen Produkten stehen, zum Zahlungsmittel erhoben werden, die dann auch eine Preisbildung ermöglichen. (Die Zigarettenwährung nach dem Krieg ist ein Beispiel, auch für eine Doppelwährung. Das Austauschverhältnis, der Wechselkurs zwischen amerikanischen und deutschen Zigaretten war 1:7.) Die nächste Steigerung ist dann, dass diese Produkte hinterlegt werden und die Hinterlegungsscheine als Zahlungsmittel benutzt werden. Die reifste Form dieser Tauschwährungen besteht dann in der Edelmetallwährung

² https://de.wikipedia.org/wiki/Urmeter#Das_zweite,_%E2%80%9Edefinitive%E2%80%9C_Urmeter

und deren Endstufe als eine durch Edelmetall gedeckte Währung. Was diese nicht leisten können, ist die Schaffung eines stabilen Preisniveaus und wenn sie miteinander konkurrieren sollen, erfordern sie ein übersichtliches System sich ständig verändernder Wechselkurse zwischen allen Währungen, die im Verkehr sind. Jede Währung ist dann auch eine Ware, die ihren Preis nach Angebot und Nachfrage hat. Wir sind dann wieder bei einem System, das das Wirtschaften über die Jahrhunderte hinweg so schwierig gemacht hat und dass durch das Freigeld überwunden werden sollte. Auf die Frage, ob eine Umlaufsicherung bei einer Naturalwährung – die nicht währt – einen Sinn macht und durchführbar ist, sollte der interessierte Leser selber eine Antwort suchen.

Eine reine digitale Währung nach freiwirtschaftlichen Grundsätzen wäre möglich. Diese würde sogar die Einführung der Umlaufsicherung erleichtern, sie könnte so eingerichtet werden, dass das Geld ein echtes Schwundgeld wird, das heißt, das Geld auf dem Notenbankkonto, egal ob es von einem Bürger, einer Bank oder einer staatlichen Institution unterhalten wird, würde pro Woche (oder einer anderen Zeitspanne) in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes Geld vom jeweiligen Guthaben abgebucht. Die Konten könnten grundsätzlich nur als Guthabenkonten geführt werden, aber treuhänderisch von den Geschäftsbanken verwaltet werden. Sie würden nicht in der Bilanz der Treuhandbanken aufgeführt und nicht pfändbar sein. Die Frage ist hier nur, wie die Gesamtmenge des Geldes, die für die Erhaltung der Preisniveaustabilität erforderlich ist, wieder aufgefüllt wird. Es sollte eine Methode sein, die von Walker benannte Forderung für die Geldvermehrung erfüllt. Das Bankensystem mit dem üblichen Spar- und Kreditgeschäft – einschließlich der Girokonten – bleiben dabei erhalten. Nur Bargeldbestände gäbe es nicht mehr. Aber das digitale Geld in ihrem Bestand wäre auch automatisch umlaufesichert. Diese ganzen Überlegungen dürfen aber nicht dazu führen, dass ein Programmierer bzw. Programmentwickler nach Ausreifung des Modells darauf ein Patent erhält.

Die Bedenken gegen ein solches Modell, bestehen darin, dass ein digitales Geld sehr leicht ein Instrument für einen Überwachungsstaat werden kann. Wir dürfen bei allen Überlegungen nicht vergessen: die Freiwirtschaft ist nicht nur ein Versprechen, das ökonomische Gerechtigkeit zu ermöglichen, sondern auch eines, dass dem Individuum Handlungsfreiheit ermöglichen will. Es bleibt auch zu überlegen, wie man mit einem digitalen Geld dem Bettler etwas in den Hut werfen kann oder für die Enkel etwas anderes erfindet als die Spardose (die ja auch als Hort ein Problem ist): Vielleicht kann der Scheck in neuer Form eine Wiederbelebung erfahren.



- Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement gegen Rechnung
- Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Kundennummer (falls vorhd.): _____

Datum: _____

Telefon/Fax: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Bestellschein:

Bitte per Fax an (+49)9161 - 87 28 673
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel gegen Rechnung:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

ggf. Kundennummer: _____

Datum: _____

Telefon/Fax: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Bestellschein:

Bitte per Fax an +49(0)9161 - 87 28 673
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch



BUCHEMPFEHLUNGEN

Silvio Gesell: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1920)
Verlag für Sozialökonomie, letztmalig 1920 von Silvio Gesell überarbeitete 4. Auflage,
2009, Paperback, 440 Seiten, 25,00 €, ISBN 978-3-87998-421-3 (Band 11)



Das Standardwerk des Begründers der Natürlichen Wirtschaftsordnung, das in seiner Logik nichts an Aktualität verloren hat. Mit seinem Reformkonzept war Silvio Gesell seiner Zeit voraus.

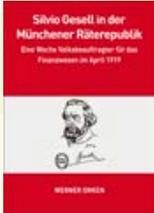
Anmerkung des Verlags: „Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die letzte von Silvio Gesell selbst überarbeitete und durchgesehene Auflage

aus dem Jahr 1920. Die seinerzeit verwendete Frakturschrift wurde in einer besser lesbaren Schrift neu erstellt. Die frühere Rechtschreibung wurde beibehalten. Wir haben lediglich einige Schreibfehler und technische Mängel behoben und Abbildungen verkleinert, um sie aus dem Querformat in eine lesefreundlichere Position zu bringen. Am Inhalt wurde nichts verändert.

Um auch auf neuere Veröffentlichungen hinweisen zu können, wurde als Geleitwort die erweiterte Fassung aus dem Buch „Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Werner Onken (Lütjeburg 1999) verwendet und für diese Ausgabe 2007 nochmals bearbeitet.“

<http://shop.humane-wirtschaft.de/NWO>

Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“, Oldenburg 2018, 110 S., Softcover, 16,00 €, ISBN 978-3-933891-31-0



Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Es geht in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie er die wirtschaftspolitische

Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug.

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über:

Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.

E-Mail: post@dieterfauth.de (Lieferung frei Haus)

NEU

Michael Kopatz: „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“
oekom verlag, München, Juli 2016, 416 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86581-806-5



Dieses Buch macht Schluss mit umweltmoralischen Appellen! Es zeigt: Wir können nachhaltig leben, ohne uns tagtäglich mit Klimawandel oder Massentierhaltung befassen zu müssen. Wir machen ökologisches Leben einfach zur Routine!

Was unmöglich erscheint, ist konzeptionell einfach: Mülltrennung, Sparlampen, Effizienz-

enzhäuser – alles längst akzeptiert oder in Reichweite. Was wir zur Durchsetzung einer gelebten Nachhaltigkeit brauchen, ist eine Politik, die neue, innovative Standards und Limits durchsetzt: Wenn Geräte weniger oft kaputtgehen, die Tierhaltung artgerechter wird oder bedenkliche Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden – welcher Ver-

braucher würde sich darüber beschweren? Michael Kopatz präsentiert in diesem Buch eine Vielzahl leicht umsetzbarer, politischer Vorschläge für alle Lebensbereiche, damit die Utopien von heute schon bald die Realitäten von morgen werden.

Weitere Informationen unter: www.oekoroutine.de

Zu beziehen im Shop: http://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz_oekoroutine

Eugen Drewermann: „Geld, Gesellschaft und Gewalt – Kapital und Christentum (Band 1)“
Patmos Verlag, 406 S., Hardcover m. Schutzumschlag, 32,00 €, ISBN 978-3-8436-0817-6



Immer mehr, immer schneller, immer weiter: Die derzeit herrschende Wachstumsdoktrin ist nicht nur schädlich, sie ist ruiniös. Es werden immer mehr Produkte auf den Markt geworfen – zu Lasten der armen Bevölkerung und der Natur.

Eugen Drewermann zeigt auf, dass eine nachhaltige und damit nicht länger wach-

tumsbestimmte Wirtschaftsform die einzig realistische und tragfähige ist. Leicht verständlich erläutert er wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge und deutet die derzeitige Weltlage tiefenpsychologisch fundiert.

Ein unverzichtbares Werk für alle, die die Problematik der aktuellen ökonomischen und damit ökologischen Entwicklungen erkennen und etwas ändern wollen.

»Es gibt im Kapitalismus keine Messfühler, die auf Mitleid oder Menschlichkeit oder moralische Verantwortung reagieren würden (...) Womit man es zu tun hat, sind nicht Personen, die man mit moralischen oder religiösen Argumenten erreichen könnte; man hat es zu tun mit einem System, das nach eigenen Regeln funktioniert, und nur, wenn man diese Regeln begreift, ... besteht eine gewisse Aussicht, etwas zu erreichen.«

Eugen Drewermann

Zu beziehen im Shop: http://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann_G_G_G

Die Zeichen der Zeit unserer ZEITschrift.

Funkgesteuerte TOP-Metall Wanduhr (ca. 25 cm Ø). Gebürstetes Aluminiumgehäuse, **kein lästiges Ticken**, stellt sich automatisch und zeigt Ihnen immer, was die Stunde geschlagen hat. Die Uhr holt sich die korrekt Zeit per Funk. Kein Umstellen von Sommer-/Winterzeit nötig. Kein Nachstellen erforderlich. Erste Batterie im Paketpreis enthalten.



Auslieferung in dekorativer Einzel-Geschenkbbox.
Eignet sich hervorragend zum Verschenken!



Werner Peters: „Generosität – Für einen aufgeklärten Egoismus“ Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten, 19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Ver-

lauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintliche Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine erstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

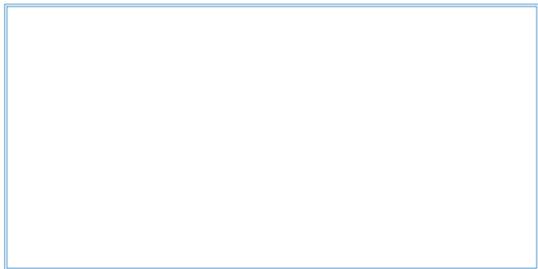
http://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet

D 6,50 EUR
A 6,90 EUR
CH 9,80 SFR
0018 ETH 4



HUMANE WIRTSCHAFT

...mehr als eine Zeitschrift



www.humane-wirtschaft.de



1140-8-VM – Helmut Creutz: „Das Geld-Syndrom 2012“, korrigierte Auflage 2014, 484 Seiten, 16,80 €

Das faktenreiche Standardwerk eröffnet neue Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den Entwicklungen der Probleme unserer Gesellschaft und zeigt Wege zur Überwindung der geldbezogenen Fehlstrukturen auf. Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren, warum wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen und trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zunehmen und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? – Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.



1226-1-ME – Dirk Lohr, Fred Harrison (Hg.): „Das Ende der Rentenökonomie“ – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Lohr et al. Metropolis-Verlag, Marburg 2017, 377 S., broschiert, ISBN: 978-3-7316-1226-1 34,80 €

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaublich geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriwelt geprägten Fach ist eine Scheibe. In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.



Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT
Einzelpreis 6,00 €

Juli/Aug.	04/2017	0517-4-HW
Sept./Okt.	05/2017	0517-5-HW
Nov./Dez.	06/2017	0517-6-HW
Jan./Feb.	01/2018	0518-1-HW
März/April	02/2018	0518-2-HW
Mai/Juni	03/2018	0518-3-HW
Juli/Aug.	04/2018	0518-4-HW

Ältere Ausgaben auf Anfrage.

Postkarten-Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



Flyer Postkartenformat, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 105x148mm (Postkarte), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0911-1-HW

DIN-Lang Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



DIN-Lang Flyer, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 100x210mm (DIN-lang), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0910-4-HW

Jahres-CD: 18,00 € Alle Ausgaben eines Jahrgangs!
Verfügbar von 2010 bis 2017 – auch zum Download!

2016: 4016-0-HW

2017: 4017-0-HW



Das Einsteigerpaket für Aussteiger

Alle sechs Ausgaben aus 2017 in einer Baumwolltasche
24,95 €



Bestellnr.: 0617-0-HW